

Riehener-Zeitung

Wochenzeitung für Riehen und Bettingen

83. Jahrgang / Nr. 41

Redaktion und Inserate:

Riehener Zeitung AG

Schopfeggässchen 8, PF. 4125 Riehen 1

Telefon 061 645 10 00, Fax 061 645 10 10

www.riehener-zeitung.ch

Erscheint jeden Freitag

Preis: Fr. 1.90, Abo Fr. 76.- jährlich

Ehrung: Der Riehener Kulturpreis 2003 geht an Bettina Skrzypczak

SEITE 2

«Archiskulptur»: Neue Sonderausstellung in der Fondation Beyeler

SEITE 5

Sport: Erste Saison-niederlage von Amicitia gegen Leader Liestal

SEITE 11

RZ-Wahljournal: Die ausführliche Vorschau auf die Wahlen 2004

SEITEN 16–26

Nächste Ausgabe Grossauflage

Die RZ-Nr. 42/2004 erscheint in 11'000 Exemplaren und wird in alle Haushalte von Riehen und Bettingen verteilt.

BERUFSWAHL 1. Riehener Ausbildungsinfobörse für Jugendliche am 16. Oktober im Gemeindehaus

Eine Berufsschau für die Riehener Jugend

Rund vierzig Unternehmen werden am Samstag, 16. Oktober, an zwanzig Ständen im Riehener Gemeindehaus über vierzig Berufe vorstellen. Die 1. Ausbildungsinfobörse, organisiert von der Mobilien Jugendarbeit Riehen, soll der Riehener Jugend einen Überblick über mögliche Lehrberufe geben.

ROLF SPIESSLER

Verglichen mit anderen Regionen der Schweiz ist die Jugendarbeitslosigkeit in Riehen nicht dramatisch. Aber auch in Riehen haben junge Leute zunehmend Mühe, Ausbildungsplätze oder, nach abgeschlossener Lehre, eine feste Stelle zu finden. Das weiss Daniel Wölflé, Mobiler Jugendarbeiter der Gemeinde Riehen, von seiner Tätigkeit her sehr genau. Und so kam er auf die Idee, unter der Regie der Mobilien Jugendarbeit Riehen eine Berufsschau für junge Leute zu organisieren.

Gemeinde, HGR und VRD dabei

Die Idee schlug ein. Die Gemeinde Riehen, das Basler Amt für Berufsinformation sowie der Handels- und Gewerbeverein Riehen und die Vereinigung Riehener Dorfgeschäfte unterstützten das Vorhaben. Zusammen mit Evi Jakob (die ehemalige Riehener Jugendarbeiterin ist heute in der Gassenarbeit in Freiburg im Breisgau tätig) und Heinz Augsburger (er war für die Informatiklehrlinge der UBS verantwortlich) bildet Daniel Wölflé das Projektteam. Dieses durfte auch auf die Hilfe Jugendlischer zurückgreifen – die beiden Riehener Tobias Madison und Dan Solbach zum Beispiel haben die grafische Gestaltung der Plakate und Flyer übernommen, mit denen für den Anlass geworben wird.

Entstanden ist eine Berufsschau, an der sich insgesamt rund vierzig Unternehmen beteiligen und über vierzig verschiedene Berufe vorstellt. Die Palette ist überraschend breit und reicht vom klassischen Handwerk über soziale Berufe bis zu kaufmännischen Ausbildungen. Als «Grüne Branche» stellen sich verschiedene Riehener Gartenbauunternehmen mit einem Aussenstand hinter dem Gemeindehaus vor, die Basler Chemie ist prominent vertreten, in Riehen tätige Grossbanken sind ebenso dabei wie die Gemeinde Riehen selbst sowie verschiedene Spenglerei- und Maler- und Schreinerbetriebe, es gibt Berufe aus der Druckbranche und der Elektrobranche zu entdecken. Weitere vorgestellte Berufe sind Informatiker, Automonteur, Koch, Tierpfleger, Augenoptiker, Anlagen- und Apparatebauer, Apotheker, Drogist, Polymechaniker, Pflegeassistent, Pflegefachperson und noch einiges mehr.

Arbeitsplätze und Live-Musik

«Wir wollen, dass die Gäste gewisse Tätigkeiten sehen und vielleicht sogar ein Stück weit selber ausprobieren können», betont Daniel Wölflé, «und wir haben Lehrlingsausbildner und aktuelle Lehrlinge eingeladen. Es wird also möglich sein, mit Ausbildnern direkt über Voraussetzungen und Anforderungen zu sprechen und Eindrücke von jungen Leuten zu hören, die bereits in einer entsprechenden Ausbildung sind.» Es werden auch realistisch eingerichtete Arbeitsplätze zu sehen sein.

Aufgelockert wird das Ganze durch Auftritte von zwei Riehener Musikgruppen und Verpflegungsstellen, die von den Jugendtreffpunkten Landauer, GoIn, Andreashaus und St. Franziskus betrieben werden.

Eröffnet wird die Riehener Ausbildungsinfobörse am 16. Oktober um 11 Uhr durch Gemeinderätin Irène Fischer-Burri. Zwischen 11 Uhr und 18 Uhr sind die verschiedenen Infostände in Betrieb. Um 13 Uhr steigt der Auftritt der Riehener Band «Dirk Dollar», um 16 Uhr spielen die Riehener Rapper «Ulysse & E-Simi» mit «DJ Larix».

Regelmässiger Turnus angestrebt

Wird die Veranstaltung ein Erfolg, so soll sie im Zweijahresrhythmus wiederholt werden. «Gerade kleinere Betriebe warten ab, wie sich die Premiere bewährt. Ich bin überzeugt, dass wir später auch Riehener Kleinbetriebe integrieren können», sagt Daniel Wölflé. Denkbar wäre für 2006 auch eine Integration in die nächste Riehener Gewerbeausstellung.

Heinz Augsburger hofft, dass die Veranstaltung auch Impulse an die Betriebe auslöst. In letzter Zeit habe die Zahl an Lehrstellen vor allem im kaufmännischen Bereich deutlich abgenommen. Ausserdem würden Lehrlinge aus Basel-Stadt auf der Suche nach Lehrstellen in ihrem Heimatkanton zur Zeit stark von Lehrstellensuchenden aus dem Baselbiet konkurrenziert. Da sei eine lokale Ausbildungsinfobörse, wie sie nun in Riehen stattfindet, eine grosse Chance für die einheimischen Jugendlichen, direkt mit ihren potenziellen Arbeitgebern in Kontakt zu kommen, sagt Augsburger.

Die Ausbildner ihrerseits haben die Chance, für einmal nicht einfach nur auf dem Papier beurteilen zu müssen, welche Lehrstellensuchenden sie zum Vorstellungsgespräch einladen wollen und welche nicht, denn nicht jedes Talent schlägt sich in schulischen Noten und Beurteilungen nieder.



Mechaniker – einer von vielen Berufen, die am 16. Oktober an der 1. Ausbildungsinfobörse Riehen vorgestellt werden.

Foto: Madison/Solbach (zVg)

INTERVIEW Peter Zinkernagel spricht über Arbeitslosigkeit und Perspektiven in der Berufswahl

Viele Berufe sind angehenden Lehrlingen nicht bekannt

Seit Jahren setzt sich der Architekt Peter Zinkernagel, Präsident des Handels- und Gewerbevereins Riehen, für die Nachwuchsförderung im Gewerbe ein und hat als Grossrat und Einwohnererrat entsprechende politische Vorstösse unternommen. Die RZ unterhielt sich mit ihm über Arbeitslosigkeit und Perspektiven in der Berufsausbildung.

RZ: Immer häufiger liest man von Jugendarbeitslosigkeit. Haben Sie einen Überblick über die Situation in der Region Basel? Wie stark ist Riehen betroffen?

Peter Zinkernagel: Die Arbeitslosenquote insgesamt ist in Riehen seit über zwei Jahren stabil und liegt bei 2,1 bis 2,3 Prozent. Riehen verfügt total über rund 8900 Erwerbstätige. Zugenommen hat die Zahl der Ausgesteuerten, was zum Anstieg der Sozialhilfekosten geführt hat. Im Moment leben in Riehen rund zweihundert Ausgesteuerte. In der Stadt ist die Arbeitslosigkeit höher. Seit Monaten ist zu hören, dass es der Industrie insgesamt besser gehe, dass also ein Wirtschaftswachstum da sei, nur hat sich das noch nicht auf den Arbeitsmarkt niedergeschlagen. So lange das so ist, ist es grundsätzlich schwierig für jene, die gerade eine Ausbildung abgeschlossen haben, eine Stelle zu finden. In Zukunft wird es relativ gesehen immer weniger junge Menschen geben in Bezug auf die Gesamtbevölkerung. Tendenziell sollten die Jungen deshalb in den kom-

menden Jahren wieder bessere Chancen auf eine Stelle haben.

Wie kommt es, dass Junge zunehmend Probleme haben, eine Stelle zu bekommen? Liegt es an den Jugendlichen selbst oder am Arbeitsmarkt?

Einerseits ist es so, dass sich der Arbeitsmarkt noch nicht so erholt hat, dass alle Ausgebildeten sofort eine Stelle finden. Ein weiteres Problem liegt in der schulischen Qualität. Absolut oberste Priorität hat die sprachliche Ausdrucksfähigkeit. Da spielt die Integration eine wichtige Rolle. Aber auch Fächer wie Rechnen gehören zu den absoluten Grundvoraussetzungen für jede berufliche Tätigkeit. Ich stelle fest, dass es heute mehr schlecht ausgebildete Junge gibt als früher. Es gibt Leute – und das hängt auch mit dem höheren Anteil Fremdsprachiger in der Bevölkerung zusammen –, die eine Aufgabe, die man ihnen stellt, nicht verstehen. Kommt erschwerend hinzu, dass die Berufe zunehmend komplexer werden. Oft ist es zudem so, dass die Jungen ihren Beruf weitgehend nach ihren eigenen Wünschen und Neigungen auswählen und nicht darauf achten, welche Chancen sie damit auf dem Arbeitsmarkt haben. Entscheidend ist aber, dass ein Lehrling darauf achtet, wo und wie er später seinen erlernten Beruf auch ausüben kann.

Gibt es auch gesellschaftliche Gründe, die es Jungen erschweren, einen Job zu bekommen?

Ein Problem kann die Motivation sein. Eine gewisse Freude an der Arbeit ist verloren gegangen. Es fehlt zuweilen das Bewusstsein, dass es eine positive Lebenserfahrung sein kann, wenn man etwas geleistet und erreicht hat. Für viele ist die Arbeit zur Erledigung einer unangenehmen Pflicht geworden. Man arbeitet, um danach die Freizeit konsumieren zu können. Das gilt natürlich nicht für alle und nicht nur für Junge. Aber die Tendenz hat zugenommen.

Sie sind Präsident des Handels- und Gewerbevereins Riehen und haben schon verschiedene politische Vorstösse im Kantons- und im Gemeindeparlament unternommen. Welche Lösungsansätze sehen Sie und wo liegen die Prioritäten?

Ganz entscheidend ist, dass die ganze breite Palette an möglichen Berufen bekannt gemacht wird. Die Kampagne «Usbildig bringt's!» und die geplante Ausbildungsinfobörse der Gemeinde Riehen sind gute Ansätze. Auch die Riehener Gewerbeausstellung – die nächste ist 2006 vorgesehen – arbeitet in diese Richtung. Nützlich ist, wenn von Betrieben attraktive Schnupperlehren angeboten werden. Wichtig ist aber auch, dass sich Lehrer und Eltern mit der Thematik auseinandersetzen und ihre Kinder und Schüler früh auf die Problematik der Berufswahl hinweisen – auch auf die Tatsache, dass wir in unserem Land nicht nur eine Hochschulausbildung, sondern auch

hoch stehende nichtakademische Berufsausbildungen haben. Es fehlt für mich das Verständnis für die breiten Möglichkeiten der Berufsausübung, die wir haben. Eine direkte Hochschulausbildung ist nicht unbedingt der richtige Weg. Es hat seine Vorteile, wenn man eine Basisausbildung in einem Beruf absolviert und danach eine Zusatzausbildung an einer Fachhochschule macht, weil dann die Praxisbezogenheit viel mehr gegeben ist.

Gibt es auch ausbildungsbedingte Probleme?

Es gibt Probleme, die auch mit den Ausbildungsplänen zusammenhängen können. Es gibt zum Beispiel heute gewisse mechanische Arbeitsgänge, die mit der Lasertechnik schneller und präziser ausgeführt werden können als durch Säge- oder Schweisstechiken. Lehrlinge müssen also in den Grundfähigkeiten ihres Berufes, aber auch in modernen Arbeitsweisen geschult werden, sonst sind sie am Ende nicht à jour und bekommen keine Stelle. Es gibt Berufsfelder, die rasante Entwicklungen durchmachen. Deshalb ist nicht nur eine gute, moderne Ausbildung, sondern auch die ständige Weiterbildung etwas ganz Entscheidendes im heutigen Arbeitslebenrhythmus.

Welche Qualitäten sind heute in der Wirtschaft gefragt?

Wichtig ist ein gutes fachliches Wissen. Zweitens muss man kommunizie-

ren können, das wird immer wichtiger. Ein dritter Punkt ist der Umgang mit den anderen Mitarbeitern – das gilt innerhalb eines Teams, aber auch im Verhältnis zu den Vorgesetzten. Die Vorgesetzten müssen wieder mehr Vorbildcharakter haben. Dazu gehört auch, dass Leute in Spitzenpositionen nicht plötzlich Gehälter und Boni beziehen, die in keinem Verhältnis mehr stehen zu ihrer Arbeit.

Interview: Rolf Spiessler

Reklameteil

PREIS Gemeinde Riehen zeichnet Bettina Skrzypczak aus Kulturpreis für eine Komponistin

pd. Zur Förderung kultureller Tätigkeiten und zur Anerkennung bedeutender kultureller Leistungen richtet die Gemeinde Riehen jährlich einen Kulturpreis in der Höhe von 15'000 Franken aus. Die Jury für den Kulturpreis der Gemeinde Riehen hat die Auszeichnung für das Jahr 2003 der Komponistin Bettina Skrzypczak zugesprochen.

Bettina Skrzypczak ist Musikerin, Musikwissenschaftlerin und Komponistin und stammt aus Poznan (Posen) in Polen, übersiedelte 1988 in die Schweiz und lebt seitdem in Riehen.

Die Gemeinde Riehen richtet auf Antrag der Jury Bettina Skrzypczak den Kulturpreis aus in Anerkennung eines in seiner Bedeutung, Vielfalt und Tiefe heute schon bedeutenden kompositorischen Werks, das in einem Musikdenken verwurzelt ist, das in sehr persönlicher Weise philosophischen, mathematischen und überaus subtilen ästhetischen Grundgedanken verpflichtet ist. Eindrücklich sind die gestalterische Vielfalt, das handwerkliche Können sowie der sublimen gesellschaftliche Konnex, der die Ton- und Wort-Ton-Schöpfungen durchdringt.

Das Œuvre umfasst Orchesterwerke, Kammermusik, Vokalwerke und Werke

für Soloinstrumente und hat internationale Ausstrahlung erreicht, wovon zahlreiche Preise zeugen. Bettina Skrzypczak ist seit 1995 Dozentin für Musikgeschichte, Theorie und Musikästhetik und seit 2002 auch Professorin für Komposition an der Musikhochschule Luzern.

Die offizielle Übergabe des Kulturpreises 2003 findet am Donnerstag, 28. Oktober 2004, um 18.30 Uhr im Rahmen einer öffentlichen Feier mit anschliessendem Apéro im grossen Saal der Musikschule Riehen an der Rössligasse 51 statt. Die Laudatio hält André Baltensperger, Mitglied der Jury für den Kulturpreis und Rektor der Musik-Akademie der Stadt Basel.

Den musikalischen Rahmen bilden einige exemplarische Werke der Preisträgerin: Die Sängerin Sylvia Nopper wird mit dem Ensemble Phoenix unter der Leitung von Jürg Henneberger das Werk «Miroirs» (2000) zur Aufführung bringen, Felix Renggli wird die «Mouvements» (1999) für Flöte solo spielen und Studierende der Hochschule für Musik an der Musik-Akademie Basel werden mit der «Toccata sospesa» (1999) für Flöte und zwei Schlagzeuger zu hören sein.

KONZERT «Liederkranz» im Landgasthof

Unvergängliche Melodien



Der Gemischte Chor «Liederkranz» singt unvergängliche Melodien im Landgasthof.

Foto: RZ-Archiv

rz. Am Sonntag, dem 17. Oktober, um 17 Uhr wird der Gemischte Chor «Liederkranz» im Konzertsaal des Landgasthofes Riehen unvergängliche Melodien aus den letzten Jahrzehnten vortragen.

Was waren das noch für Zeiten, als auf Strassen und Plätzen das «Wochenend und Sonnenschein» ertönte, als die Comedian Harmonists «Mein kleiner grüner Kaktus» trällerten oder wo viele sich fragten: «Wo sind deine Haare,

August?». Doch nicht nur deutsche Schlager waren «in». Wer erinnert sich nicht an Gilbert Bécauds «l'important c'est la rose» oder an Frank Sinatra, der mit «Strangers in the night» die Welt eroberte. Bis zurück in die «Goldenen Zwanziger» und noch weiter gehen die Evergreens, die der «Liederkranz» neu erklingen lassen will. Schliesslich wird dieser Chor das übernächste Jahr 150 Jahre alt. Wa-

rum sollte er sich da nicht an diese unvergessenen Melodien erinnern?

Unter der Leitung von Franziska Meier und bereichert durch «I Musichieri», ein Trio, bestehend aus Christof Brunner (Violine), Raimund Wiederkehr, (Klavier), und Matthias Lempp (Kontrabass) wird er sein Publikum in diese tolen Zeiten zurückzaubern!

Der Eintritt ist frei, Kollekte am Ausgange zur Deckung der Unkosten.

ORTSGESCHICHTE Ausstellung in der Gemeindebibliothek Meilensteine der Riehener Badi



Blick vom Bruckwegli aus auf die Badi an der Weilstrasse 60 in Riehen, aufgenommen im Jahr 1978.

Foto: zVg © Gemeinde Riehen

rz. Vom Dienstag, 12. Oktober, bis Samstag, 20. November 2004, findet beim Eingang der Gemeindebibliothek Riehen, Baselstrasse 12, eine kleine Ausstellung zum Thema «Badeanstalt Riehen: 1898 bis heute» statt, die von der Dokumentationsstelle der Gemeinde Riehen organisiert wird. Gezeigt

werden anhand von Zeitungsartikeln, Fotos und Protokollen ein paar Meilensteine der Badi Riehen.

Öffnungszeiten: Mo, 16–18.30 Uhr, Di, 18.30–21 Uhr, Mi, 14–17 Uhr, Do, 9–11 Uhr und 16–18.30 Uhr, Fr, 16–18.30 Uhr, Sa, 10–12 Uhr. Während der Schulferien: Mi, 16–20 Uhr.

ZIVILSTAND/KANTONSBLATT

Geburten

Frutig, Aurel Quentin, Sohn des Frutig, Dominik Jürg, von Meikirch BE, und der Frutig geb. Röösl, Karin, von Meikirch und Romoos LU, in Riehen, Friedhofweg 40.

Sinigaglia, Milena Giovanna, Tochter des Sinigaglia, Pasquale, italienischer Staatsangehöriger, und der Sinigaglia geb. Chiarotto, Anna, italienische Staatsangehörige, in Riehen, In den Neumatten 43.

Heinzelmann, Svenja, Tochter des Heinzelmann, Andreas, von Basel, und der Heinzelmann geb. Graf, Cornelia, von Basel und Rothenfluh BL, in Riehen, Lachenweg 3.

Künzli, Noemi, Tochter des Künzli, Markus, von Basel und Ettiswil LU, und der Keiser Künzli geb. Keiser, Karin Barbara, von Basel, Ettiswil und Zug, in Riehen, Immenbachstrasse 20.

Bran, Aaron Maurice, Sohn des Bran, Ricardo Rodolfo, australischer Staatsangehöriger, und der Bran geb. Nicosia, Cristina, von Basel, in Riehen, Bäumlihofstrasse 410.

Fuhrmann, Anastasia, Tochter des Fuhrmann geb. Egger, René, von Basel und Bönigen BE, und der Fuhrmann, Christine, von Basel, Bönigen und Oeschbach BE, in Riehen, Im Hirsalm 39.

Todesfälle

Stirnemann, Robert, geb. 1928, von und in Riehen, Lörracherstrasse 102.

Bürgisser-Jung, Johann, geb. 1919, von Basel, in Riehen, Kettenackerweg 8.

Sutter, Werner, geb. 1937, von Basel, in Riehen, Schmiedgasse 6.

Grundbuch

Schäferstrasse 12, S D P 3012, 168,5 m², Wohnhaus, Schäferstrasse, MEP 2005-0-12 (= 1/25 an P 2005, 37 m²), Schäferstrasse, MEP 3001-0-12 (= 1/25 an P 3001, 37 m²). Eigentum bisher: AG für Planung und Überbauung, in Basel (Erwerb 30.10.2003). Eigentum nun: Stephan und Nicole Knüsel, in Riehen.

Fürfelderstrasse 14, S D P 937, 187 m², Wohnhaus. Eigentum bisher: Judita Dolinar und Diana Szijarto, beide in Basel (Erwerb 1.9.2004). Eigentum nun: Sasa Protic, in Basel.

Aeusserer Baselstrasse 260, 262, S B StWEP 39-9 (= 85/1000 an P 39, 3915 m², Mehrfamilienhäuser mit Autoeinstellhalle) und MEP 39-13-6 (= 1/13 an StWEP 39-13 = 52/1000 an P 39). Eigentum bisher: Rosmarie Gasser, Yves Gasser und Tiffany Katja Gasser, alle in Riehen (Erwerb 10.10.2000). Eigentum nun: Julie Ventris, in Riehen.

Schäferstrasse 8A, S D P 3009, 168,5 m², Wohnhaus, Schäferstrasse, S D MEP 2005-0-9 (= 1/25 an P 2005, 37 m²), Schäferstrasse, S D MEP 3001-0-9 (= 1/25 an P 3001, 37 m²). Eigentum bisher: AG für Planung und Überbauung (Erwerb 30.10.2003). Eigentum zu gesamter Hand nun: Matthias Müller und Franziska Böss, beide in Riehen.

Wächter in der Wüste mit Rüsselnase

zgb. Viele Besucher des Basler Zoos halten sie für Mäuse, die kleinen Wesen in der Ministeinwüste im Etoscha-Haus. «Die Arme ist ja ganz alleine», kommentieren sie und drücken damit ihr Mitleid aus, das sie beim Anblick des verloren wirkenden Fellknäuels inmitten der kargen Felslandschaft empfinden. An Mäuse erinnern die Kurzohr-Rüsselspringer in der Tat, weil sie etwa deren Grösse, ein seidenes Pelzchen und ein spärlich behaartes Schwänzchen besitzen. Und mit ihren dunklen, knopfartig aufgesetzten Augen erobern sie ebenso leicht unsere Herzen. Abgesehen von diesem, sehr ähnlichen Erscheinungsbild und einer vergleichbaren Bedrohung durch Fressfeinde, wie dem Habicht aus der Luft oder Schlangen und Kleinräubern am Boden, haben Rüsselspringer und Mäuse aber wenig gemeinsam.

In den Halbwüsten- und Wüstengebieten des südlichen Afrika sind Nahrung und Wasser oft Mangelware. Die auf Insektennahrung spezialisierten Rüsselspringer sichern sich deshalb ein Jagdrevier, das im Verhältnis zu ihrer Grösse gigantisch ist. Ein einziges Pärchen schafft es, ein Streifgebiet von bis zu einem Quadratkilometer zu kontrollieren und sich gegen eindringende Artgenossen erfolgreich zu behaupten! Für diese so wichtige Aufgabe benötigen sie ein Netz von «Schnellstrassen», die sie regelmässig unterhalten und von Steinchen säubern. Mit Hilfe von Duftmarken und Kothäufchen unterstreichen sie ihren Besitzanspruch nachhaltig und mit Langzeitwirkung. Das Männchen wehrt im Allgemeinen nur fremde Männchen, das Weibchen immer nur andere Weibchen ab. Bei all diesen Aktivitäten vermeiden die solitär lebenden Revierpartner eine direkte Begegnung. Sie nähern sich höchstens bis auf 200 Meter. Die Einzelunterbringung im Zoo ist deshalb entspannend und artgemäss, die Haltung zu zweien immer ein günstiger Sonderfall.

Auch mit eigenem Nachwuchs gehen Rüsselspringermütter nicht anders um. Als frühreife Nestflüchter geboren, werden die ein oder zwei Jungtiere schon im Alter von drei bis vier Wochen aus dem Revier vertrieben und zur Selbstständigkeit gezwungen. Im Zolli betrug die kürzeste natürliche Aufzucht, das heisst die Zeit von der Geburt bis zur Vertreibung aus dem Revier, nur gerade eine Woche! Und das Rüsselspringerchen hat überlebt.

JUBILÄUM Zehn Jahre Genossenschaft Im Niederholzboden Ein rauschendes Strassenfest



Kürzlich haben die Bewohnerinnen und Bewohner der Genossenschaftssiedlung Im Niederholzboden das zehnjährige Bestehen ihrer Siedlung mit einem Fest gefeiert. Musik und Buffet erfreuten Gross und Klein.

Fotos: Philippe Jaquet

GESUNDHEITSWESEN Podiumsdiskussion der LDP

Chance für das Gemeindespital

pd. Steigende Kosten im Gesundheitswesen zwingen zu Sparmassnahmen. Hat das Riehener Gemeindespital unter diesen Voraussetzungen eine Überlebenschance? Beat Osswald, Unternehmensberater im Gesundheitswesen, und Hans-Ulrich Iselin, Chefarzt der medizinischen Klinik Rheinfelden, diskutierten diese Frage an einer Veranstaltung der LDP Riehen/Bettingen. «Gesundheit muss bezahlbar bleiben» lautete der Titel.

Vier Faktoren sind nach Ökonom Beat Osswald für die stark steigenden Kosten im Gesundheitswesen verantwortlich: die technische Entwicklung, die Leistungsausweitung der Grundversicherung, die sich verändernde Altersstruktur der Bevölkerung und die individuelle Anspruchshaltung. An eindrücklichen Beispielen zeigte Hans-Ulrich Iselin weitere Ursachen auf, etwa staatliche Vorschriften, welche die Spitäler

das Aufsterilisieren von bestimmten Instrumenten verbieten und sie damit zwingen, sie nach einmaligem Gebrauch wegzuerwerfen.

Auf die Frage von Moderator Conradin Cramer nach Lösungsansätzen waren sich beide Gäste einig, dass Leistungsanbieter mehr unternehmerischen Freiraum bräuchten. Spitäler zu selbstständigen Unternehmen werden und mit Leistungsaufträgen und fixen Fallpauschalen operieren müssen. Spitäler müssen innerhalb von Regionen vermehrt zusammenarbeiten. Gibt es für das Gemeindespital unter diesen Voraussetzungen überhaupt eine Überlebenschance? Ja, waren beide Experten überzeugt. «Gemessen an der Bettenzahl ist es zwar an der unteren Grenze», hielt Hans-Ulrich Iselin fest. Sinnvoll wäre die Integration in eine Verbundlösung und mittelfristig eine Anpassung des Leistungsprofils.

IN KÜRZE

Korrigendum

rz. Im Artikel über das Podiumsgespräch mit den Bettinger Grossratskandidaten in der RZ letzter Woche wurden im Abschnitt «Persönlichkeitswahl» die Namen von Herbert Streit und Helmut Hersberger an einer Stelle verwechselt. Korrekterweise müsste es heissen: «Seine technischen Fähigkeiten brachte Herbert Streit unter anderem beim Bau der Solaranlage im Gartenbad in Bettingen ein.» Die Redaktion entschuldigt sich für diesen Fehler und bittet die Leserinnen und Leser um Verständnis.

Führung durchs Autal

rz. Am Samstag, 16. Oktober, 10 Uhr bis ca. 11.30 Uhr, veranstaltet die Gemeindeverwaltung Riehen eine Führung zum Thema «Was ein Bach zum Leben braucht». Der Aubach in Riehen ändert seinen Charakter innerhalb kurzer Streckenabschnitte sehr stark von «na-

turnah» bis zu «naturfern». Wie ein Bach dynamischer, abwechslungsreicher und natürlicher gemacht werden kann, erfährt das Publikum dieser Führung auf einem Spaziergang durchs Autal.

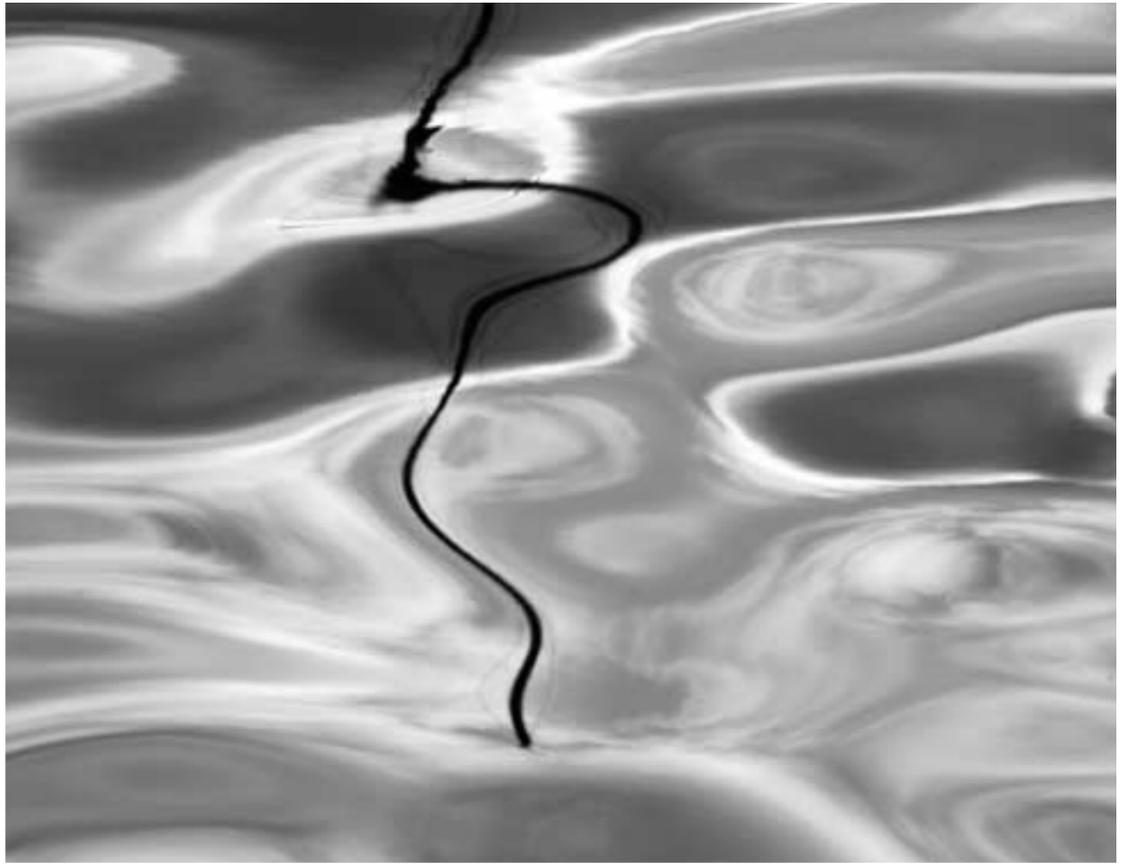
Treffpunkt: Bushaltestelle Haidweg in Riehen, Leimgrubenweg Nähe Fischerhof, Buslinie 45, Leitung: Dr. Daniel Kury, Biologe; der Spaziergang findet bei jedem Wetter statt. Bitte gutes Schuhwerk mitbringen (Stiefel).

Bewegende Bücher

rz. In einer Reihe von Sonntagsmattineen stellen Basler Persönlichkeiten die Bücher vor, die sie im Moment bewegen. Den Anfang macht Roger Thiriet, Drehbuchautor Café Bäle, am Sonntag, 17. Oktober, 10.30 Uhr, in der Hauptstelle der Bibliotheken der GGG, Im Schmiedenhof 10, Rümelinsplatz, Basel. Vortrag mit Diskussion und anschliessendem Apéro. Eintritt frei.

AUSSTELLUNG Digitale Fotografie von Florian Besset im Lüscherhaus

Oberflächen und Spiegelungen



In seinen Fotografien fängt Florian Besset das faszinierende Spiel von Wasseroberflächen ein.

Foto: Florian Besset (zVg)

rz. Vom Sonntag, 10., bis Sonntag, 17. Oktober, findet im Keller des Lüscherhauses (Zugang durch das Spielzeugmuseum) die Ausstellung «Images Reflexes – Reflexbilder» mit digitalen Fotografien von Florian Besset statt. Aus einer grösseren Arbeit zum Thema Wasser zeigt Florian Besset Fotografien, die die optischen Eigenschaften von Wasseroberflächen einfangen: Wie sie sich im Wind kräuseln, wie sie durch die Strö-

mung verformt werden, wie sie unter verschiedenen Lichteinflüssen schillern, glitzern, trüb oder klar werden. Bessets besonderes Augenmerk gilt unscheinbaren Pfützen, in denen sich winzige Ausschnitte der Umgebung spiegeln, was oft zu überraschenden Effekten führt. Florian Besset benutzt die Digitalkamera oft im klassischen Sinn der Fotografie und geht mit digitaler Nachbearbeitung sparsam um. Der gelernte Grafiker, der heute

in Neuchâtel und Südfrankreich wohnt, lebte früher lange Zeit in Basel. In Riehen war er für die Neugestaltung des Spielzeugmuseums und des Dorf- und Rebbaumuseums zuständig und hat dort mehrere Sonderausstellungen gestaltet.

Öffnungszeiten: Mi, 14–19 Uhr; Do–Sa, 14–17 Uhr; So, 10–17 Uhr; Mo und Di geschlossen. **Finissage statt Vernissage am Samstag, 16. Oktober, 17–20 Uhr.**

GRATULATIONEN

Rudolf Wehrli-Holtz zum 80. Geburtstag

rz. Am Montag, 4. Oktober, durfte Rudolf Wehrli-Holtz seinen 80. Geburtstag feiern. Der Jubilar wuchs in der Genossenschaftssiedlung an der Schäferstrasse auf, wo er bis heute wohnt. Er besuchte die Primarschule in Riehen und das Gymnasium am Münsterplatz. Als Jugendlicher trat der dem Arbeiter Touring Bund (ATB) bei. Diesen Verein, bei dem sportliche Aktivitäten und später vermehrt Ausflüge im Zentrum standen, präsidierte er in dessen letzten Jahren bis zur Auflösung 1994. Rudolf Wehrli-Holtz kam 1940 als Laborgehilfe zur Firma J.R. Geigy und absolvierte 1944 die Laborantenprüfung. Er war als Delegierter im Volkswirtschaftsbund an der Ausarbeitung des Reglements für die Laborlehrlingsausbildung beteiligt und war langjähriges Mitglied der Laborantenkommission. Ausserdem war er Mitglied beim Hausverband der Ciba und beteiligte sich an den Verhandlungen mit der Geschäftsleitung.

Die Rekrutenschule und den Aktivistendienst absolvierte er im Laufental. Neben seinem Engagement in der Firma war Rudolf Wehrli-Holtz auch politisch aktiv: Die Anliegen der Partei der Arbeit (PdA) vertrat er während mehrerer Jahre im erweiterten Gemeinderat in Riehen.

Aus der ersten Ehe, die er 1944 schloss, gingen zwei Kinder hervor. 1962 heiratete er seine zweite Ehefrau und hatte zusammen mit ihr einen Sohn. Leider musste er vor wenigen Wochen von seiner zweiten Ehefrau Abschied nehmen.

Wichtig war Rudolf Wehrli-Holtz zeitlebens die Beziehung zur Natur. Seit 1953 ist er Mitglied der Naturfreunde und war 1971–82 Präsident der Sektion Basel-Stadt. Er besass nie ein Auto und ist bis heute begeisterter Autofahrer. Als Besitzer eines SBB-Generalabonnements unternimmt er gerne kleinere und grössere Ausflüge innerhalb der Schweiz. Auf seinen Wanderungen sammelt er Mineralien und Fossilien und hat während vieler Jahre eine umfangreiche Sammlung aufgebaut.

Die Riehener Zeitung gratuliert Rudolf Wehrli-Holtz herzlich zum Geburtstag und wünscht ihm für die Zukunft weiterhin gute Gesundheit und viel Lebensfreude.

... Gret Moosbrugger

me. Wenn Gret Moosbrugger-Leu in ihrem warmen Berner Dialekt vom Hubbach zu erzählen beginnt, steht die Zeit still. Der Hubbach, das ist nicht mehr als ein Schulhaus und ein Stöckli, in der Hügellandschaft des Emmentals gelegen, umgeben von verstreuten Bauernhöfen, eine halbe Stunde Fussweg vom nächsten Dorf entfernt. «Kei Huus, kein Lade, kei Wirtschaft – nüüt!» Nur ein kleines «Schmittli» lag in der Nähe und dort kaufte sich Gret Moosbrugger-Leu von ihrem ersten Lohn ein Occasionsvelo. 350 Franken im Monat plus Wohnungsentschädigung bekam die frisch patentierte Primarlehrerin, die als 19-Jährige in den Hubbach kam, um die Unterstufe zu unterrichten. Die Gemeinde lieferte das Holz zum Heizen und Kochen. In der Schulstube von Gret Leu sassen etwa 18 Kinder von der ersten bis zur vierten Klasse, in der Stube nebenan unterrichtete ein Lehrer die vierte bis neunte Klasse. Die Kinder, viele von ihnen Pflege- und Verdingkinder, kamen aus den umliegenden Höfen. Wer einen weiten Schulweg hatte, brachte das Mittagessen mit. Brot, Äpfel, etwas Käse. Im Winter standen die Milchflaschen auf dem hohen schwarzen Ofen an der Wärme.

In den Sommermonaten mussten die Kinder auf den Feldern und Höfen mit anpacken, die Schule war für drei Monate geschlossen. In dieser Zeit machte die junge Lehrerin Ferienvertretungen in den Basler Sonderschulheimen «Zur Hoffnung» und «Klosterfiechten». Hier, wo nicht der Unterricht, sondern die Betreuungsaufgaben im Vordergrund standen, habe sie vieles gelernt und «anstatt dass ich in den Ferien Geld ausgab, verdiene ich noch etwas dazu».

Dank der Mithilfe ihrer älteren Schwester Trudi war ihr der Besuch des Lehrerseminars in Thun möglich gewesen. Nun galt es, diese Darlehen zurückzuerstatten und die beiden jüngeren Schwestern zu unterstützen, die in der Ausbildung waren. Seit vielen Jahren hatte die Mutter mit einem Laden für Mercerie für das Auskommen der Familie gesorgt, doch leider starb sie, noch bevor alle ihre Töchter erwachsen waren.

Dass sie Lehrerin werden konnte, obwohl zu Hause das Geld knapp war, hat Gret Moosbrugger-Leu auch dem Pfarrer zu verdanken, der sie konfirmierte. «Es

RENDEZVOUS MIT ...



«Meine Viertklässler konnten fünfzig Lieder auswendig.» Gret Moosbrugger-Leu in ihrem Wohnzimmer an der Oberdorfstrasse 15.

Foto: Sibylle Meyrat

war ein Wunderpfarrer. Er gab uns eine Lebensgrundlage, ein Urvertrauen.» Bereits für die Haushaltlehre angemeldet, musste sie im Konfirmationsunterricht einen Lebenslauf schreiben, worauf der Pfarrer das Gespräch mit den Eltern suchte und ein Machtwort sprach: «Das Meitschi ghört in d' Schuel.»

Bei einer Ferienablösung im «Heim zur Hoffnung» lernte sie ihren zukünftigen Mann Rudolf Moosbrugger kennen. Dieser war beeindruckt, mit welcher Leichtigkeit sie den Kontakt zu den Kindern im Heim fand, und interessierte sich für die Gesamtschule im Hubbach, wo lernschwache Schüler, die anderswo in eine Sonderschule geschickt würden, selbstverständlich mitgetragen wurden. Zum Beispiel «Röbel», der jede Klasse zweimal machte und zum Oberlehrer sagte: «Bis ig zu dir in d' Oberschuel chumm, bisch du scho lang gschorbe.»

Rudolf Moosbrugger war damals Lehrer im Heim «Zur Hoffnung» und wollte sich für eine Erneuerung solcher Anstalten von innen her einsetzen. Besondere Impulse versprach er sich von dem «frischen Landwind, der auch andere Kräfte ansprach als rein schulische». Von Anfang an war er sicher, dass sie zusammen

etwas aufbauen könnten. Das taten sie auch, doch anders als vorgesehen.

Gret Moosbrugger-Leu kam zwar gerne nach Basel, nahm aber eine Stelle als Primarlehrerin auf dem Bruderholz an. Dass sie kurz später heiratete, wurde von der Schulverwaltung nicht gern gesehen. Zusammen mit ihrem Mann zog sie in eine Dreizimmerwohnung an der Hebelstrasse und kündete ihre Stelle, als sie das erste Kind erwartete. Die nächsten Jahre gehörten der Familie. Als ihr drittes Kind unterwegs war, zogen Moosbruggers nach Riehen, in ein Reiheneinfamilienhäuschen am Stellimattweg.

Das war Anfang Fünfzigerjahre. An Lehrkräften herrschte Mangel und schon bald bekam Gret Moosbrugger-Leu die ersten Anfragen, wieder zu unterrichten. Nach einigen Stellvertretungen übernahm sie feste Randstunden in der Primarschule: Turnen und Religion. Während sie in der Schule war, kam ihre Nachbarin zu ihr und kümmerte sich um den Haushalt und die Kinder. Ihre eigenen kleinen Kinder brachte sie gleich mit. Die beiden Frauen teilten sich Arbeit und Lohn. Das sei für beide wunderbar gewesen und ihre Kinder hätten sich immer gefreut, wenn «s Anneli» kam.

Über 25 Jahre unterrichtete Gret Moosbrugger-Leu Religion in Riehen. Das Wichtigste waren ihr die Geschichten und das Singen. «Meine Viertklässler konnten fünfzig Lieder auswendig», sagt sie nicht ohne Stolz. Nicht nur religiöse Lieder, auch «Lumpelieder» habe sie mit ihnen gesungen und schöne Heimatlieder wie «Luegit vo Bärig und vo Tal». Ihren unermesslichen Liederschatz begann sie schon als kleines Mädchen anzulegen. Ihre fünf Jahre ältere Schwester brachte ihr alle Lieder bei, die sie in der Schule lernte, und wehe, sie sang falsch, dann zupfte sie sie am Ohr.

Die Geschichten in der Bibel sind ein weiterer Fundus, aus dem sie im Religionsunterricht wie aus einer Schatzkiste schöpfte. «Ich erzählte immer die gleichen Geschichten und doch waren sie jedes Mal anders. Jedes Mal waren es andere Kinder, die ich vor mir hatte, und ich selbst stand auch immer an einem andern Punkt.» Die Diskussionen, die sich daraus ergaben, fanden oft Eingang in die Gespräche am Mittagstisch. Und viele Fragen und Reaktionen der Kinder berührten sie so, dass sie eine Sammlung von «Kinderweisheiten» anlegte.

Kurz nach der Einführung des Frauenstimmrechts wurde Gret Moosbrugger-Leu von der Vereinigung Evangelischer Wähler angefragt, ob sie auf ihrer Liste für das Riehener Gemeindeparlament kandidieren wolle. Sie erklärte sich bereit, unter der Bedingung, politisch unabhängig zu bleiben. Kurz nach ihrer Wahl trat sie der VEW bei, da die Linie der Partei sie überzeugte und ihr genug Freiheit liess, um sich nicht eingeeengt zu fühlen. Was sie erst später erfuhr: Ihre Schülerinnen und Schüler hatten ihre Foto aus dem Wahlplakat ausgeschnitten und fleissig Werbung für sie gemacht. Zwölf Jahre vertrat sie die VEW im Gemeindeparlament und engagierte sich ausserdem im Frauenverein Riehen.

Die enge Beziehung zum Hubbach blieb über die Jahre hinweg lebendig. Mit ihrer Familie verbrachte sie ab und zu die Ferien dort und ihr Jüngster machte dort eine Käserlehre. Diesen Sonntag führt sie ein grosses Fest in den Hubbach. Dort, wo sich sonst fast nur Fuchs und Hase gute Nacht sagen, werden sich Freunde, Verwandte und ehemalige Schülerinnen und Schüler versammeln, um gemeinsam ihren achtzigsten Geburtstag zu feiern.

KALENDARIUM RIEHEN/BETTINGEN

Samstag, 9.10.

TRÉFFPUNKT

Zollfreizvieri

Zollfreizvieri mit Guy Morin, Arzt und Regierungsratskandidat der Grünen, und Martin Vosseler, Arzt und Geschäftsführer «Sun 21», im Rahmen einer Wanderung des Grünen Bündnis/Liste 8 entlang der Kantonsgrenze. Treffpunkt an der Wiese, Grenze zu Lörrach, 16 Uhr.

AUSSTELLUNGEN/ GALERIEN

Fondation Beyeler Baselstrasse 101

Dauerausstellung mit Werken der klassischen Moderne und Kunst aus Ozeanien. Sonderausstellung «ArchiSkulptur. Modelle, Skulpturen, Gemälde» bis 30. Januar 2005. «Montagsführung Plus» zu «Architektur wird Skulptur – Skulptur wird Architektur» am Montag, 11. Oktober, 14–15 Uhr. «Masterführung» durch die Sonderausstellung mit dem Kurator Markus Brüderlin am Dienstag, 12. Oktober, 18.45–20 Uhr. Alle Sonderveranstaltungen auf Voranmeldung über Telefon 061 645 97 20 oder via E-Mail unter fuehrungen@beyeler.com. Öffnungszeiten: Mo–So 10–18 Uhr, Mi bis 20 Uhr. Eintritt: Fr. 18.–, Jugendliche von 10 bis 19 Jahren: Fr. 6.–, Studierende bis 30 Jahre: Fr. 10.–, Kinder bis 10 Jahre gratis.

Spielzeugmuseum, Dorf- und Rebbbaumuseum Baselstrasse 34

Sonderausstellung «Hans-Peter His (1906–1974): Architekt, Maler und Sammler». Bis 10. Oktober. Dauerausstellung: Riehener Dorfgeschichte, Wein- und Rebbau, historisches Spielzeug. Geöffnet: Mi–Sa 14–17 Uhr, So 10–17 Uhr. «Images Reflexes – Reflexbilder». Digitale Fotografie von Florian Besset im Keller des Lücherhauses (Zugang durch das Spielzeugmuseum). Öffnungszeiten: Mi, 14–19 Uhr, Do–Sa, 14–17 Uhr, So, 10–17 Uhr. 10.–17. Oktober. Finissage am Sa, 16. Oktober, 17–20 Uhr.

Kunst Raum Riehen Baselstrasse 71

«Teppich-Bilder – vom Atlas bis Tibet». Richard Hersberger Collection. Bis 7. November. Öffnungszeiten: Mi–Fr 13–18 Uhr, Sa und So 11–18 Uhr.

Galerie Arte Lentas Erlensträsschen 65

Gerhard Rühlend – «Bilder aus der Sonne». Helmut Uhlig – «Horizonte». Brigitte Wöhrle – «Sand und Rost». Ausserdem: Afrikanische Masken und Skulpturen. Öffnungszeiten: Mi–Fr 15–18 Uhr, Sa 13–18 Uhr.

Galerie Lilian André Gartengasse 12

Claudine Leroy – Bronzeskulpturen, Silvia Grossmann – Objekte. Bis 17. Oktober. Öffnungszeiten: Di–Fr 13–18 Uhr, Sa 10–17 Uhr, So 13–16 Uhr.

Galerie Mazzara Gartengasse 10

Künstler der Galerie – Verkaufsausstellung. Bis 13. Oktober. Geöffnet: Di–Fr 14–18 Uhr, Sa 11–17 Uhr oder nach Vereinbarung.

Galerie Monfregola-Anderegg Baselstrasse 59

Bilder von Uschi Kaiser und Walter Beck, 9.–22. Oktober. Öffnungszeiten: Di–Fr 14–18.30 Uhr, Sa 10–17 Uhr.

Café Reithalle Wenkenhof

Chris Hettich – Bilder. Bis Dezember 2004. Öffnungszeiten: Di–Do 9.15–18 Uhr.

Winteler Galerie & Viothek Rössligasse 32

«maniera» – Italienische Gemälde und Handzeichnungen des 16. bis 18. Jahrhunderts. Bis 7. Januar 2005. Ausverkauft: Italienische Weine und Produkte aus dem «Wuyguet Rinklin z Riehen». Öffnungszeiten: Di und Fr 14–18.30 Uhr, Sa 9–12 Uhr.

«Terra Ceramica», Atelier und Galerie Baselstrasse 5

Regina Stampfli – Keramik, Charles Stampfli – Malerei. Bis November 2004. Öffnungszeiten: Di und Do 14–16 Uhr oder nach Vereinbarung.

Restaurant Waldrain Bettingen

«Dampflokbilder» in Öl und Aquarell von Alan Miller. Bis Ende Oktober. Geöffnet: Di–Fr 11.30–19 Uhr, Sa/So 9–19 Uhr.

IN KÜRZE

Polit-Wanderung

rz. Das Grüne Bündnis und die Liste 8 organisieren eine Wanderung entlang der Kantonsgrenze mit Guy Morin, Arzt und Regierungsratskandidat der Grünen, und Martin Vosseler, Arzt und Geschäftsführer «Sun 21».

Start: 8 Uhr, St. Louis Grenze, Endstation Tram Nr. 11, 10 Uhr: Neuweilerstrasse (Tram Nr. 8), 12 Uhr: Dreispitz, Tram Nr. 10 und 11, 13 Uhr: Hörnli Grenze, Bus Nr. 31, 16 Uhr: Zollfreizvieri an der Wiese, Grenze zu Lörrach, Ankunft in Kleinhüningen, Tram Nr. 8, um 18 Uhr.

Interessierte können bei jeder Station dazustossen.

AUSSTELLUNG «ArchiSkulptur» in der Fondation Beyeler

Dialoge zwischen Architektur und Skulptur



Minoru Yamasaki, World Trade Center, New York. Foto: zVg (© Corbis/Bill Ross/RDB)

Die Ausstellung «ArchiSkulptur» in der Fondation Beyeler widmet sich der Beziehung zwischen moderner Skulptur und Architektur. Mit der Gegenüberstellung von Skulpturen und Architekturmodellen zeigt sie deren wechselseitige Einflüsse auf. Gemälde, Fotografien und Installationen ergänzen den interdisziplinären Rundgang.

SIBYLLE MEYRAT

«Das ist ja mein Atelier!», soll Constantin Brancusi überrascht gesagt haben, als er im Jahr 1926 nach wochenlanger Fahrt über den Ozean zum ersten Mal die Skyline von Manhattan erblickte. Die Parallelen, die dem rumänischen Bildhauer ins Auge stachen, sind auch für die Besucherinnen und Besucher der Ausstellung offensichtlich, wenn sie den Blick zwischen dem Modell der hier noch aufrecht stehenden «Twin Towers» und der Fotografie von Constantin Brancusis Atelier mit den geometrischen Sockelelementen und den von afrikanischer Plastik inspirierten Holzstelen wandern lassen.

Noch deutlicher sind die skulpturalen Aspekte von Bauwerken im Fall von Frank Gehrys Guggenheim-Museum in Bilbao, das die Besuchermassen wohl mindestens so stark durch seine Hülle wie durch seine Sammlung lockt, und bei Norman Fosters Swiss Re Tower in London. Der gleicht zwar mehr einem umgestülpten Tannenzapfen als der vielzitierten Gurke, zieht aber auf jeden Fall die Aufmerksamkeit der Touristen auf sich.

Skulptur, Architektur und ihre Verschränkungen – das Thema liegt im Trend. Architekturhistoriker, die dem Skulpturalen in der Architektur nachspüren, finden in den expressionistischen Entwürfen der plastisch modellierten Architektur der Zwanzigerjahre die Vorläufer der «Blob»-Architektur – die Abkürzung für «Binary Large Objects» bezeichnet, lautmalend passend, eine biomorphe, amöbische Masse. Was früher mühsam mit dem Zirkel am Zeichnungstisch bearbeitet wurde, wird heute mit dem Computer simuliert und anschliessend mit elektronisch gesteuerten Robotern gesägt und gefräst. So auch der neun Meter hohe Pavillon «Jinhua Structure II – Vertical» von Herzog & de Meuron, der als Teil einer Projektserie für einen Architekturpart in Jinhua, nahe Shanghai, eigens für den Standort im Berowerpark entwickelt wurde. Bis er seine physische Gestalt bekam, bis die in Finnland computergesteuert gefrästen Holzplatten nach Riehen transportiert und dort nach Plan aufgebaut wurden, existierte er ausschliesslich in digitaler Form.

Streben nach Superlativen

Wenn das Skulpturale in der zeitgenössischen Architektur schon fast ein Gemeinplatz ist, wie verhält es sich umgekehrt? Inwiefern hat die Architektur die moderne Skulptur beeinflusst? Und wie sehr hat die Kunstgeschichte diese Einflüsse bisher zur Kenntnis genommen? Studiert wurde das Thema eingehend, visuell präsentiert in dieser Form und Fülle bisher noch nie.

Dass Markus Brüderlin, Leitender Kurator der Fondation Beyeler, mit der

letzten Ausstellung, die er in dieser Funktion realisiert, nach Superlativen strebt, ist unübersehbar. Zusammen mit seiner wissenschaftlichen Assistentin Viola Weigel hat er anderthalb Jahre lang Material zusammengetragen. Mit 180 Objekten von 60 Künstlern und 50 Architekten, gegliedert in zehn Kapitel, wird versucht, den Besucherinnen und Besuchern die Wechselwirkungen von Architektur und Skulptur seit Ende des 18. Jahrhunderts nahe zu bringen – von Étienne-Louis Boullées revolutionärem Kugelbau bis zur computeranimierten und interaktiven Videoinstallation «Cave» von Peter Kogler.

Leergrab und Lichtraum

Étienne-Louis Boullée, der als einer der Gründerväter der skulpturalen Architektur gilt, schuf Ende des 18. Jahrhunderts ein ebenso riesiges wie utopisches Leergrab für den Physiker Isaak Newton, eine glatte Kugel ohne jeden Säulenschmuck, durch dessen Öffnungen das Licht einströmen und die Illusion eines Sternenhimmels erzeugen sollte. Das Modell des nie ausgeführten Entwurfs steht am Anfang der Ausstellung. Als Gegenstück dahinter ein von Gerhard Merz gestalteter Raum, in dem nichts ist als Licht – 150 Neonröhren, die den Besucher mit über 10'000 Watt blenden.

Die gängige kunsthistorische Erklärung, die moderne Skulptur sei aus dem Kubismus entstanden, wird hier um die These ergänzt, sie habe bei ihrer Entstehung wesentliche Impulse aus der Formgeschichte der Architektur bezogen. Im Kapitel «Vorgeschichte» werden diese Linien durchgezogen: eine klassizistisch-tektonische, die von Boullées Leergrab bis zu Malewitsch «Architektone» führt, eine gotische, die in den Gewölben der Kathedrale von Reims spitz in den Himmel läuft und sich in der Haltung von Auguste Rodins aufrecht ragenden Händen «La cathédrale» wiederfindet, und eine barocke, die der Kunsthistoriker Sigfried Giedion bei Borrominis Kupellaterne Sant' Ivo della Sapienza im Rom des 17. Jahrhunderts ansetzt und über die revolutionären Denkmälerentwürfe von Wladimir Tatlin und Friedrich Kieslers «Endless House» bis zu Corbusiers Kapelle in Ronchamp führt. Nicht zu knapp wird das alles mit Modellen, Skulpturen und Gemälden illustriert. Anders als in einer Fachpublikation, die ihre Belege in Form von Abbildungen und Zeichnungen anführt, werden die Architekturmodelle in dieser Inszenierung selbst zu



Ansicht des Ateliers von Constantin Brancusi, um 1927. Foto: zVg (© ProLitteris, Zürich)

Skulpturen, fallen aber vom sinnlichen Erlebnis her hinter diesen zurück – die Ausnahmen bestätigen die Regel.

«Blob» und «Box»

Das Kapitel «Kubismus – De Stijl – Bauhaus» zeigt die Tendenzen zur geometrischen Abstraktion Anfang des 20. Jahrhunderts anhand von kubistischen Gemälden und stellt ihnen formal verwandte architektonische Modellen von Mies Van der Rohe und Le Corbusier gegenüber. Zeitgleich entdeckt die Architektur das Plastische: Erich Mendelsohn schuf seinen Einsteinturm mit den biomorphen Formen als expressionistischen Gegenentwurf zum rationalen Bauen, während Hermann Finsterlin aus Abneigung gegen das «Wohnen in Würfeln» Fantasiehäuser entwarf. Seine schneckenhausartigen Bauten nannte er «Seelengletschermühlen». Der Gegensatz zwischen geometrischen und organischen Formen, zwischen «Box» und «Blob», wie er Ende des 20. Jahrhunderts heissen wird, gipfelt in der Gegenüberstellung von Modellen zweier Bauten, die von Philosophen entworfen wurden und entsprechend unterschiedliche Weltbilder spiegeln: hier das Haus Stonborough von Ludwig Wittgenstein in Wien, dort das Goetheanum von Rudolf Steiner in Dornach. Kühl, streng, kubisch das eine, plastisch, organisch, jeden rechten Winkel meidend, das andere.

Eine Synthese der beiden Pole schuf Le Corbusier Anfang der Fünfzigerjahre mit der Wallfahrtskirche von Ronchamp. In der einschlägigen Literatur gelten die Fünfziger- und Sechzigerjahre als Periode eines besonders fruchtbaren Austauschs zwischen Architektur und Skulptur und bekommen hier einen entsprechend prominenten Platz eingeräumt. Im nächsten Raum wird die Skulptur selbst «Weg und Platz» – hier dient Alberto Giacomettis Gruppe für die Chase Manhattan Plaza als Referenz. Ab den Siebziger Jahren befruchten sich Minimal Art und Minimal Architecture, während die urbanen Utopien der Sechziger, als «Megaplastik» gelesen, einen Raum weiter auf zwei schiefen Ebenen präsentiert werden. Von Pascal Häusermanns zellförmigen «Domobiles», die ganze Kolonien bilden, ist der Weg bis zu Greg Lynns «Embryological House» aus Kunststoff nicht mehr weit, das gegen Ende der Ausstellung die Schwelle zum 21. Jahrhundert markiert. Seinen formalen Gegenspieler findet es in Jean Nouvels Monolith, den er für die Expo.02

kreiert und für diese Ausstellung neu interpretiert hat.

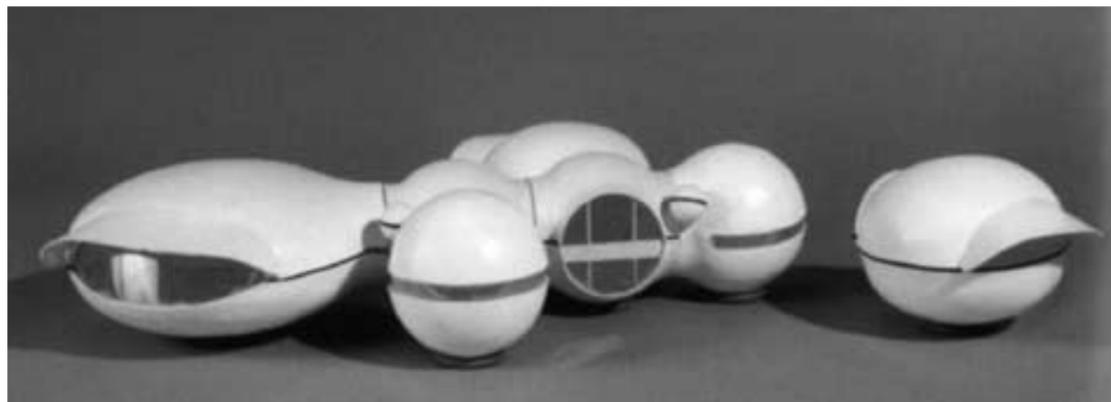
Thesen und Zitate

Skulptur und Architektur beeinflussen sich seit langer Zeit auf komplexe Art. Das wird spätestens bei den ersten Schritten durch die Ausstellung klar. Um dies zu zeigen und um die Frage aufzuwerfen, ob die Architektur die Geschichte der Skulptur in Gebäudeform fortschreibt, hätte diese Masse an Referenzen nicht gebraucht. Man wird den Eindruck nicht los, hier gehe es vor allem darum, mit Hilfe der Exponate eine Theorie zu illustrieren, die in Fachkreisen Beachtung finden will. Fragt sich, ob der Erkenntniszuwachs, den «ArchiSkulptur» in didaktischer Absicht dem Publikum vermitteln will, Chancen hat, dort anzukommen.

Auf der sinnlichen Ebene kaum, denn die Sinne sind schlicht überfordert. Zum stetigen Hüpfen zwischen den Massstäben kommen die Zeitsprünge. Es scheint, als ob sich die Ausstellungsmacher nicht recht entscheiden konnten, ob sie den Rundgang chronologisch oder thematisch anlegen wollen. Die Kapitel sind zwar zeitlich geordnet, aber ständig mit Rückblenden und Vorgriffen durchbrochen, um die Konstanz gewisser Themen zu zeigen. Das klingt zwar gut, ist in Realität aber ziemlich verwirrend und man fragt sich, warum überhaupt an der Datierung der einzelnen Kapitel festgehalten wurde.

Zudem wirken die Räume überfrachtet. Weniger wäre mehr gewesen. Bei der Masse an grossen Namen auf relativ kleinem Raum ist der Kontext der Kunst- und Bauwerke aus drei Jahrhunderten fast vollständig ausgeblendet. Hier bieten weder das dicht bedruckte Faltblatt noch der Katalog eine echte Orientierungshilfe. Louis Kahns Parlamentskomplex von Bangladesch, Brancusis «Schlafende Muse», Eduardo Chillidas «Homenaje a Pili» und Peter Zumthors «Topografie des Terrors» – zwischen den Umständen, unter denen diese Bau- und Kunstwerke zu ihrer Form fanden, liegen Welten. Die interessieren hier kaum. Aus ihrem Kontext gerissen, werden die Modelle und Skulpturen zu Zitaten, denen gerade so viel Raum gegeben wird, wie es zum Belegen einer These braucht. «ArchiSkulptur» will gemäss Markus Brüderlin allerdings eine «Thesenausstellung» sein. Insofern hält sie, was sie verspricht.

Fondation Beyeler, bis 30. Januar 2005. Zur Ausstellung ist ein umfangreicher Katalog erschienen.



Modell von Pascal Häusermanns «Domobiles», 1971.

Foto: Philippe Magnon (zVg)

KONZERT Abschluss der China-Tournee des Basler Sinfonieorchesters in Basel

Malwina Sosnowska als Solistin im Basler Stadtcasino

rz. Zum Abschluss einer China-Tournee gibt das Sinfonieorchester Basel unter der Leitung von Marko Letonja am kommenden Dienstag, 12. Oktober, um 19.30 Uhr im Stadtcasino Basel ein Konzert mit der Riehenerin Malwina Sosnowska (Violine) und dem Genfer Louis Schwizgebel-Wang (Klavier) als Solisten. Die achtzehnjährige Malwina Sosnowska und der 1987 geborene Louis Schwizgebel haben beide den diesjährigen Schweizer Final für den «Concours Eurovision des Jeunes Musiciens» erreicht und kürzlich eine gemeinsame CD mit Werken von Frédéric Chopin, Claude Debussy, Henryk Wieniawski, Othmar Schoeck und Franz Liszt aufgenommen. Das Basler Konzert mit Teilen des Tourneeprogramms umfasst Heinz Holligers «Elis, drei Nocturnes für Orchester», Frédéric Chopins

«Grande Polonaise brillante Es-Dur op. 22», Maurice Ravels «Tzigane, Rhapsodie de concert» und Nicolai Rimski-Korsakows «Scheherazade op. 35».

Das Orchester reiste am 30. September nach Peking und führte am 2. Oktober zur offiziellen Verabschiedung des Schweizer Botschafters Dominique Dreyer zusammen mit dem Ballett des Theaters Basel Sergei Prokofjews «Romeo und Julia» auf, am 3. Oktober folgte eine öffentliche Vorführung. Danach gab das Orchester drei Konzerte, eines in einer Gartenanlage in Suzhou und zwei im 1998 erbauten Grand Theatre in Schanghai.

Eintritt: Fr. 48.–/30.– (Kategorie I), Fr. 38.–/20.– (Kategorie II), Fr. 28.–/10.– (Kategorie III). Vorverkauf über Ticket Corner oder an der Billettkasse des Stadtcasinos (Tel. 061 273 73 73).



Der Genfer Pianist Louis Schwizgebel und die Riehener Violinistin Malwina Sosnowska, die beide den Final des Schweizer Jugendmusikwettbewerbs erreichten, treten am Dienstag in Basel mit dem Basler Sinfonieorchester auf. Fotos: zVg

LESERBRIEFE

Velos im Spittlerwegli?

Mit grosser Sorge sehe ich der Zeit entgegen, in welcher die Velos freie Fahrt durchs Spittlerwegli haben sollen.

Dieser Weg ist eine beliebte verkehrsfreie Spaziermöglichkeit für behinderte Menschen, die in der Nähe wohnen (Alterssiedlungen, Haus zum Wendelin, Diakonissenhaus). Bei gegenseitiger Rücksichtnahme wären Fussgänger und Velofahrer zusammen kein Problem. Aber schwierig wird es, wenn bei gutem Wetter Gehbehinderte, Rollstuhlfahrer, Rollatorgänger oder ein Blindenführhund im Gespann unterwegs sind.

Ich hoffe, die Gemeinde Riehen lasse es beim zweimonatigen Versuch bewenden.

Heidy Küng, Riehen

Schädigende Mobilfunkantenne beim Dorfkern

Neben der BVB-Tramwarte Halle Station Bettingerstrasse ist eine gesundheitsschädigende Mobilfunkantennenanlage geplant. Die Baupublikation erfolgte im Kantonsblatt Basel-Stadt, in der Basler Zeitung und in der Riehener Zeitung vom 24. September. Die entsprechenden Apparaturen und Antennenelemente sollen an einem bestehenden BVB-Oberleitungsbaum montiert werden. Die Projektafel hat das Baudepartement bereits aufgestellt. Wie eine solche Antenne aussehen wird, kann in Riehen auf dem nördlichen Dach des Postamtes Riehen 1 an der Bahnhofstrasse bewundert werden.

Dagegen erhebt sich Widerstand. Es wurde durch die Anwohner Einsprache erhoben und eine Unterschriftensammlung eingeleitet. Die Anwohner verlangen beim Bauinspektorat Basel-Stadt Abweisung und ersatzlose Streichung dieser gesundheitsschädigenden Mobilfunkantennenanlage mit folgender Begründung:

- Riehen hat schon genügend solcher Antennen. Es kann von einem Wildwuchs gesprochen werden. Es soll eine Volksinitiative organisiert werden.
- Die geplante neue Antenne soll am Eingang des dicht besiedelten Riehener Dorfkerns, Bereich Äussere Baselstrasse/Bettingerstrasse, zu stehen kommen.
- Die von der Antenne ausgehende Strahlung ist für Menschen schädlich und bewirkt, wie in den Medien oft diskutiert, Herz- und Kreislauferkrankungen und Hirnschäden.
- Ebenfalls schädigend wirkt sich die Strahlung auch auf Rinder im angrenzenden Weidland Brühl aus.
- Diese neue Antenne ist optisch unzumutbar und stört die einmalige Sicht auf den historischen Dorfkern und Kirchturm, den Brühl und den Tüllingerberg.

Die Einsprachefrist des Bauinspektors Basel-Stadt läuft am Freitag, 22. Oktober, ab. Interessierte Anwohner, welche unsere Einsprache unterschreiben möchten, werden gebeten, sich mit der Telefon-Nr. 061 641 53 07 in Verbindung zu setzen. Aus organisatorischen Gründen läuft die Unterschriftensammlung am Freitag, 15. Oktober, ab.

Unseres Wissens hat vor einiger Zeit die Gemeinde Bettingen und die Riehener Überbauung Glögglihof eine derartige Mobilfunkantennenanlage erfolg-

reich bekämpft. Auch wir Dorfbewohner lehnen es mit Entschiedenheit ab, direkter Strahlenschädigung ausgesetzt zu sein. Unser Gemeinderat, der sich ja immer für ein grünes und gesundes Riehen stark macht, sollte sich anstelle vieler schöner Worte für Riehens Wohn- und Lebensqualität in der Praxis einsetzen und beim Kanton gegen die neue Mobilfunkantennenanlage Einsprache erheben!

Namens der Anwohnergemeinschaft Erlensträsschen/Kirchstrasse
Philipp Largiadèr, Riehen

Rasen statt Blumenrabatten

Der Wenkenhof und die Gärten des Neuen Wenken in unserem «grossen grünen Dorf» gehören zu den Orten, die weitherum bekannt sind. Diese Gärten gehören der Alexander Clavel-Stiftung und werden durch die Stadtgärtnerei unterhalten. Der Kanton ist diese Verpflichtung eingegangen an Stelle einer Denkmalsubvention für die 1976 erfolgte Instandsetzung der Villa Wenkenhof. Der Bund als weiterer Subventionsgeber hat dieser Regelung ausdrücklich zugestimmt. Aus Anlass der Grün 80 ist dieser Blumengarten mit einem weiteren namhaften Betrag auf den heutigen Stand erneuert worden.

Als Folge beschlossener Sparmassnahmen will nun die Stadtgärtnerei ihre Leistungen drastisch abbauen. Der südwestlich an den Französischen Garten angrenzende Blumengarten soll nun fast vollständig ausgeräumt werden und mit einer eintönigen schmucklosen Rasenfläche ersetzt werden.

Die Alexander Clavel-Stiftung ist mit dem Unterhalt des Blumengartens finanziell überfordert, da ihre Mittel vollumfänglich für den Gebäudeunterhalt benötigt werden. Die Parkanlagen sind während der Sommermonate an Sonntagen dem Publikum zugänglich. Die Gemeinde Riehen stellt dafür eine Aufsichtsperson zur Verfügung. Besucherzählungen ergeben über 5000 Personen pro Jahr.

Es wäre schade, wenn weiteres Kulturgut dem Spardruck weichen muss. Unser Dorf ist ohnehin mit öffentlichem Blumenschmuck nicht überladen. Es bleibt zu hoffen, dass es den politisch Verantwortlichen gelingt, eine weitsichtige Lösung zu finden. Dem «grossen grünen Dorf» sei gedankt.

Jürg Sollberger, Einwohnerrat VEW

Naherholungsgebiet

Wir erleben derzeit die schlimmste Krise für die Basler Regierung in der Geschichte der Zollfreistrasse Riehen, bedauerlich auch für unsere Nachbarn in Lörach und Weil. Gelassenheit nützt nichts mehr, um die Krise zu meistern, das Schweigen vor den Wahlen ebenso wenig.

Was also tun? Hiermit wird vorgeschlagen, unser Kanton möge sich dieser Tage an seinen Stadtpoeten Blasius durch Wiedergabe (auszugsweise) dessen Gedichtes «In de Langen Eerle» erinnern, an Blasius, den hochverdienten Juristen Dr. iur., Dr. med. h.c., den Advokaten und Notar Felix Burckhardt-Schmid (1905–1992).

Ja, die Langen Erlen: Wie viele Fachleute sehen Gegner der heute geplanten Linienführung der Zollfreien ein zusammenhängendes Naherholungsgebiet, umfassend die Langen Erlen mit dem

«Glaibasler Zolli», die «Riehener Wässermatten» längs einer renaturierten Wiese und weiter flussaufwärts die «Riehener Badi» und noch weiter oben einen erweiterten Auenwald.

Hommage an Blasius (aus «Der Baasler und sy Wält»):

In de Langen Eerle

I weiss nit, was d Glaibaasler mieche, wenn s zwischen ihrem Doorf und Rieche die Langen Eerle nimme gäbt. I glaub, si wuurd still versuure und sich und jeedermaa biduure, wo drotzdäm in Glaibaasel läbt.

Doo zäpft e Bueb mit haissem Molli dur d Wäggl vom Glaibaasler Zolli, deert drybt me mit den Affe Gspass. Und ääne goht verniegt e Bappe im Restaurant e Bier go schnappe, streggt syni Bai und glopft e Jass.

Hommage an den Juristen Dr. Felix Burckhardt: Der kluge und menschliche Advokat und Notar, u. a. auch Sekretär der Medizinischen Gesellschaft Basel, Mitgründer der regionalen Krebsliga, Mitarbeiter in der Hebel-Stiftung und anderen Gremien, äusserte sich einmal – dem Sinn nach: «Juristerei, die nicht auch Menschenrechte im weitesten Sinn berücksichtigt, entartet allzu leicht in Legalismus und Paragrafenreiterei, dies mit Ausblendung von übergeordneten Gesichtspunkten.» Und zu Menschenrechten gehören heute auch Sozialverträglichkeit sowie Umwelt- und Artenschutz. So äusserte sich nicht ein «Nur-Jurist», sondern eben der feinsinnige und kultivierte Blasius, der unvergessene Dr. Felix Burckhardt. «Übergeordnete Gesichtspunkte» umfasst auch z. B. «andere Rechtsauffassungen», etwa wie ersichtlich an Verhandlungen der EU mit der Türkei. Solche Gesichtspunkte sind nicht von Juristen in Amtsstuben zu interpretieren, sondern von Professoren für internationales Recht, zu Händen von höchsten Gerichten und Kommissionen.

Wie Amtsstubensentscheide, ungenügend fundiert, eine Regierung in die Krise führen können, das war dabei zu lernen. Ohne solide Argumente und Entschiede wird das Gespräch hart und übel!

Dr. Andreas Löffler, Basel

Für eine gerechte Altersvorsorge

Berufliche Altersvorsorge/Volle Freizügigkeit der Arbeitgeberbeiträge seit 1995: Arbeitgeberbeiträge der «gewöhnlichen Arbeitnehmer» blieben als Mutationsgewinne in der alten Vorsorgekasse. Diese Gelder blieben in jeder Kasse. So könnte man meinen, verliert niemand etwas. Wenn aber den zu Stellenwechseln gezwungenen Arbeitnehmern nach Reglement nur die Jahre des letzten Arbeitgebers zur Rentenberechnung angerechnet werden, kann die Rente im Verhältnis zu den gesamthaft geleisteten Arbeitsjahren wesentlich zu klein sein. So beziehen heute viele Rentnerinnen und Rentner viel zu wenig Rente. Dies trifft ältere verwitwete Frauen besonders hart, weil sie nicht wie die Männer die volle Rente erhalten, sondern nur 60 Prozent davon.

Weitere Ungerechtigkeiten:

- Die nicht überwiesenen Vorsorgegelder mussten von den Arbeitnehmenden vorher als Einkommen versteuert werden.

— Mitgelieferte Arbeitnehmerbeiträge sind in der neuen Vorsorgeeinrichtung während eines Jahres nicht verzinst worden.

— Erst mit der Revision des BVG werden die zu übermittelnden Arbeitgeberbeiträge auch verzinst.

Nicht alle Arbeitnehmer haben die gleichen Altersvorsorgeverträge. Kaderangestellte hatten bei einem Stellenwechsel die Arbeitgeberbeiträge in die neue Kasse mitgeliefert erhalten.

Der Gleichheitsgrundsatz der Menschen ist mit dem alten Gesetz verletzt worden und sollte rückwirkend korrigiert werden. Die nicht angerechneten Arbeitsjahre müssen gerechterweise den vor 1995 zu Stellenwechseln gezwungenen Arbeitnehmern nachbezahlt werden. Relevante Zukunftssorgen würden wegfallen.

Von ins Ausland verkauften Firmen sollen vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes die Direktoren die Arbeitgeberbeiträge für private Zwecke in eine Stiftung umgewandelt haben und mussten nicht mehr arbeiten.

Die AHV als Solidaritätsaltersvorsorgeeinrichtung sollte den Teuerungsausgleich in Prokopfteilen ausschütten. Die Schere des AHV-Renteneinkommens als erste Säule geht seit Jahren weiter auseinander. War die Minimalrente ab 2001 Fr. 1030.– gegenüber der Maximalrente von Fr. 2060.–, erhalten Rentnerinnen und Rentner heute eine Minimalrente von Fr. 1055.– zu Fr. 2110.– als Maximalrente. Ab 2005 erhalten AHV-Bezüger bei einem Teuerungsausgleich von 1,9 Prozent Fr. 1075.– Minimalrente gegenüber Fr. 2150.– die Maximalrente. Durch die prozentuale Verteilung der Teuerung wird die Diskrepanz von der Minimal- zur Maximalrente stetig grösser.

Ein grosses Sparpotenzial bei der AHV liegt im Verwaltungsmodell. An Stelle von siebzig Ausgleichskassen wäre eine AHV-Stelle pro Kanton ausreichend.

Helen Burkhalter-Kiefer, Riehen

Grossratswahlen in Bettingen

Grossratswahlen sind in Bettingen in erster Linie Persönlichkeitswahlen, gilt es doch den einzigen uns zustehenden Sitz neu zu besetzen. In diesem Wahljahr stehen Bettingen vier Kandidaten zur Verfügung, die bereit sind, die Bevölkerung unserer Gemeinde, damit aber auch alle übrigen Kantonseinwohner während der nächsten vier Jahre im Grossen Rat zu vertreten. Neben dem Wirken im Parlament ist für sie die Arbeit in der Fraktion, aber vor allem der Einsitz in ständige Kommissionen von grösster Wichtigkeit. Dort werden die konsensfähigen Vorentscheidungen getroffen, dort ist persönliche Mitarbeit besonders gefragt und kann effizient eingebracht werden. Nun haben drei der vier Kandidaten die Absicht, der FDP-Fraktion beizutreten. Von einer grösseren Fraktion aus werden sie wohl nur selten Gelegenheit bekommen, in eine Kommission entsandt zu werden. Mit der Wahl von Herbert Streit wird die Bettinger Stimme in die kleine, aber dynamische VEW-Fraktion getragen. Durch die «Grösse» der Fraktion wird dem Bettinger Vertreter die Möglichkeit geboten, in verschiedenen Kommissionen mitzuwirken.

Herbert Streits Wahl bedeutet auch, dass Bettingen weiterhin von einer Person der Mitte vertreten sein wird, die so-

wohl die Interessen der bürgerlichen wie der politisch eher links stehenden Bevölkerungsgruppen einbringen kann. Zudem sind wir der Meinung, dass unser Dorf in den letzten 20 Jahren mit der VEW-Vertretung im Rat gut gefahren ist. Mit dem Namen Herbert Streit auf Ihrem Stimmzettel wird Bettingen dies auch in der nächsten Legislaturperiode tun.

Hanspeter Kiefer, amtierender VEW-Grossrat, Bettingen

Zur Eigenpräsentation der VEW

Lieber Herr Gerhard Kaufmann, in Artikeln über Ihre Partei halten Sie fest, dass Sie «den Mitmenschen in den Mittelpunkt stellen» wollen. In weiteren Teilen Ihrer Vorstellung stellen Sie fest, dass eine Zusammenarbeit mit der «fundamentalen EDU» für Sie nicht in Frage käme. Schade, sind doch in Ihrer Partei viele Christen vereint, die wie die EDU (Eidgenössisch Demokratische Union) nicht den Menschen, sondern das Wort Gottes, besonders die Zehn Gebote, in den Mittelpunkt stellen.

Dass Sie diese Einstellung «fundamentalistisch» nennen, zeigt, wie falsch Sie verstehen, was fundamental ist, und das sollten Sie als Architekt und Parteipräsident wissen, das Wichtigste beinhaltet das Fundament, die Zehn Gebote oder die ganze Bibel, genau dieses Element, das in Ihrer Partei langsam, aber stetig abbröckelt. Dieses Wort «fundamentalistisch» könnte falsch verstanden werden. Richtig ist, dass wir eine grundlegend christliche Partei sind und dass wir in die Bresche springen, die Sie hinterlassen.

Wir würden unsererseits eine bessere Zusammenarbeit mit einem Grossteil Ihrer Anhänger herbeiwünschen, ausgenommen diejenigen, die planen, Ihre Partei zu verweltlichen oder sogar mit einer sozialistischen Partei zu fusionieren. Sollte – die Chancen sind sehr klein, aber intakt – für uns ein Mandat heraus schauen, würden wir gerne überlegen, mit Ihnen eine Fraktion zu bilden.

Und noch etwas, bitte betonen Sie doch nicht mehr diese christlichen Werte, die Sie so vernachlässigen, die wir in der EDU aber ins Zentrum stellen, so wie das Schweizer Kreuz es symbolisiert. Dies ist unser Wahlversprechen.

Samuel Plüss, Grossratskandidat EDU, Riehen

Hindernisfreies Gemeindehaus

Wie wir bemerkt haben, ist das Gemeindehaus Riehen nun für alle hindernisfrei zugänglich. Eine leicht ansteigende Rampe beim Haupteingang und ein genügend grosser Lift ermöglichten problemlos den Zutritt für Rollstuhlfahrende. Auch für ältere Menschen sowie Familien mit Kinder- und Einkaufswagen ist das Gemeindehaus nun wesentlich einfacher erreichbar. Wir möchten der Riehener Bauverwaltung dafür herzlich danken. Zu hoffen ist, dass auch die Gemeindeverwaltung Bettingen dies anschauen geht, denn auch dort wäre eine solche Anpassung dringend notwendig. Oder vielleicht lädt die Gemeinde Riehen sie dazu ein?

Eric Bertels, Pro Infirmis Basel-Stadt

PUBLIREPORTAGE

FINANZEN 5 Jahre Migrosbank-Filiale Riehen

Feiern ist Silber, gewinnen ist Gold

pd. Die Migrosbank jubiliert und feiert das fünfjährige Bestehen ihrer Filiale Riehen. Im Rahmen der Feier vom 14. bis 16. Oktober 2004 wird sie ihre Schalterhalle in eine Goldgräberstätte verwandeln, wo über 50 attraktive Goldpreise auf ihre Sieger warten.

Seit gut fünf Jahren besteht nun die Migrosbank Riehen und in dieser Zeit haben die dort tätigen Bankfachleute einen beachtlich grossen Kundenkreis aufgebaut.

Entscheidend für den Erfolg waren und sind jedoch nicht allein die zentrale Lage im Dorf und die betont persönliche Kundenbetreuung, sondern ebenso die ganz allgemein vorteilhaften Angebote der Migrosbank. Denn nebst günstigen Hypothekenangeboten stehen attraktive Konten für das Zahlen, Sparen oder Vorsorgen im Zentrum. Zudem umfasst die Palette eine kompetente Anlageberatung bis hin zu einer professionellen Vermögensverwaltung für private Kunden. Und: Wie alle Niederlassungen der Migrosbank ist auch sie an Samstagvormittagen geöffnet.

Das 5-Jahr-Jubiläum soll auf etwas ungewohnte Weise gefeiert werden. Deshalb wird die Schalterhalle zur Goldgräberstätte umfunktioniert. Über 50 attraktive Goldpreise warten auf Sie, darunter 30-mal 1 Gramm, 12-mal 2 Gramm, 9-mal 5 Gramm, 6-mal 10 Gramm und 3-mal 50 Gramm Gold. Die Goldader füllt sich übrigens täglich von selber wieder auf. Die Chance, fündig zu werden, ist also jeden Tag gleich gross.

Kommen Sie vorbei!

Goldgräber-Jubiläumsaktion

Migrosbank Filiale Riehen, Rössligasse 20: vom 14. bis 16. Oktober 2004 zu folgenden Öffnungszeiten: Mo/Di/Mi/Fr 8.30 bis 12.15 Uhr und 13.30 bis 17.15 Uhr; Do 8.30 bis 12.15 Uhr und 13.30 bis 18 Uhr; Sa 8.15 bis 12.15 Uhr.



Die Migrosbank-Filiale an der Rössligasse 20 wird für drei Tage buchstäblich zur Goldmine.

Foto: Dieter Wüthrich

SPORT IN RIEHEN

RAD Swisspowercup-Final in Volketswil

Schöner Abschluss für Leumann



Katrin Leumann – hier auf dem Weg zum Schweizer-Meister-Titel im Juli in Les Crosets – schloss die Saison in Volketswil mit einem Exploit ab. Foto: zVg

Mit einer feinen Leistung fuhr Katrin Leumann am Swisspowercup-Final vom vergangenen Wochenende im Eliterennen der Frauen auf den vierten Platz und wurde Gesamtsechste. Der Riehener Pascal Schmutz wurde Zehnter im Juniorenrennen.

Der CVJM Riehen wurde auf ein Kader von sieben Spielerinnen reduziert, wird aber tatkräftig von der zweiten Mannschaft unterstützt. Die Rieherinnen traten zwar motiviert, aber etwas unkonzentriert auf. Ein spannendes Kopf-an-Kopf-Rennen nahm seinen Lauf. Reussbühl konnte als junge, athletisch starke Mannschaft vor allem durch

destplatz, als er sich in der zweiten Runde bei der Bachdurchfahrt einen platten Reifen einfing. Nach längerem Hin und Her behob er den Defekt eher illegal und nahm das Rennen als Letzter wieder auf. Er konnte sich auf den letzten Runden wieder etwas nach vorne arbeiten, doch die Schnellsten waren bereits zu weit weg.

Pascal Schmutz fuhr stark

Pascal Schmutz zeigte bei den Junioren ein sehr gutes Rennen. Es gelang ihm zwar nicht, in der Spitzengruppe Unterschlupf zu finden, doch führte er die Verfolgergruppe souverän an. Die letzten Runden musste er auf dem

schnellen Parcours leider ohne Windschatten zurücklegen, was ein grosser Nachteil war, trotzdem erreichte er den überraschenden zehnten Schlussrang, direkt vor dem amtierenden Junioren-Weltmeister Nino Schurter.

Katrin Leumann in der Spitze

Auch der Riehener Olympionikin Katrin Leumann gelang ein super Saisonabschluss. Sie reihte sich im Eliterennen der Frauen von Beginn an in der Spitzengruppe ein, die von Runde zu Runde etwas kleiner wurde. Zuletzt bestand die Spitzengruppe noch aus der Kanadierin Alison Sydor, der Russin Irina Kalentjeva, der Deutschen Nina Göhl und Katrin Leumann. Katrin Leumann und Nina Göhl verrichteten viel Führungsarbeit. Die Rieherin wusste, dass sie in einem Schlussspurt wohl keine Chance haben würde, und wagte bereits in der zweitletzten Runde einen Angriff. Sie konnte sich deutlich absetzen, musste sich dann aber wieder einholen lassen. So machte sich die Spitzengruppe zu viert auf die letzte Runde. Katrin Leumann konnte im Aufstieg nicht mehr ganz mithalten, musste die anderen ziehen lassen, fuhr die letzte Runde alleine zu Ende und belegte mit gut dreissig Sekunden Rückstand den hervorragenden vierten Rang. Es gewann Alison Sydor, die auch die Gesamtwertung gewann, vor Irina Kalentjeva und Nina Göhl.

Mountainbike, Swisspowercup-Final, 2./3. Oktober 2004, Volketswil

Frauen Elite:

1. Alison Sydor (CAN) 1:31:04, 2. Irina Kalentjeva (RUS) 1:31:08, 3. Nina Göhl (D) 1:31:08, 4. Katrin Leumann (Riehen/SUI) 1:31:42, 5. Maroussia Rusca (SUI) 1:33:07, 6. Franziska Röthlin (SUI) 1:33:56 (15 Fahrerinnen gestartet). – Gesamtwertung, Schlussstand: 1. Alison Sydor (CAN) 580 Punkte, 2. Nina Göhl (D) 510, 3. Sabine Spitz (D) 415, 4. Maroussia Rusca (SUI) 391, 5. Petra Henzi (SUI) 382, 6. Katrin Leumann (Riehen/SUI) 377, 7. Franziska Röthlin (SUI) 366, 8. Sarah Koba (SUI) 356, 9. Andrea Huser (SUI) 350, 10. Nadia Walker (SUI) 349 (83 Fahrerinnen klassiert).

Junioren:

1. Lukas Kaufmann (Suhr) 1:20:51, 10. Pascal Schmutz (Riehen) 1:24:49 (33 Fahrer gestartet). – Gesamtwertung, Schlussklassement: 1. Nino Schurter (Lunschana) 557 Punkte, 18. Pascal Schmutz (Riehen) 295 (138 Fahrer klassiert).

Fun Männer:

1. Philipp Brack (Wettingen) 1:11:19, 24. Christof Leumann (Riehen) 1:23:50 (30 Fahrer gestartet). – Gesamtwertung, Schlussklassement: 1. Philipp Brack (Wettingen) 600 Punkte, 9. Christof Leumann (Riehen) 325, 103. Christoph Ganzmann (VC Riehen) 47 (194 Fahrer klassiert).

HUNDESPORT «Coupe Suisse» im Bikejöring entschieden

Patrick Wirz vor Rolf Bürgin



Rolf Bürgin – hier bei einem Rennen in Thun – wird dieses Wochenende an den Europameisterschaften starten. Foto: Rolf Sprissler

Der in Riehen aufgewachsene Bubendörfer Patrick Wirz hat mit seinem Hund «Steel» die Gesamtwertung des «Coupe Suisse» der «Eukanuba Trophy» im Bikejöring gewonnen (Velofahren mit vorgespanntem Hund). Gesamtzweiter wurde der Riehener Rolf Bürgin mit «Kajsa».

Patrick Wirz gewann sieben der acht Rennen dieser Rennserie, Rolf Bürgin war fünfmal Zweiter und zweimal Drit-

ter, ein Rennen bestritt er nicht. Bei den Schülerinnen bis zehn Jahre wurde Tabea Wirz, die Tochter von Patrick Wirz, mit «Laika» Gesamtsiegerin.

Patrick Wirz und Rolf Bürgin stehen im Schweizer Aufgebot für die Bikejöring-Europameisterschaften vom kommenden Wochenende in Budapest (Ungarn). Patrick Wirz startet bei den Aktiven, Rolf Bürgin bei den Veteranen (ab 40 Jahre).

VOLLEYBALL KTV Riehen (1.) – VBC Aeschi (1.) 3:1

KTV-Männer im Cup weiter

Noch vor den ersten Meisterschaftsspielen nach dem Aufstieg in die 1. Liga haben die Volleyballer des KTV Riehen ihren ersten Ernstkampf bestritten. Im Schweizer Cup gab es einen 3:1-Erfolg gegen Aeschi.

Nach einem Freilos in der ersten Runde standen die Volleyballer des KTV Riehen in ihrem ersten Schweizer-Cup-Spiel als Erstligamannschaft gleich einer weiteren Erstligamannschaft gegenüber, dem VBC Aeschi. Doch nach dem Turnier in Davos wussten die Rieherer, dass sie gegen einen solchen Gegner würden bestehen können. Mit dieser Einstellung gingen sie in die Partie, die am Donnerstag vergangener Woche in der Sporthalle Niederholz stattfand.

Schon kurz nach dem Anpfiff stellte sich heraus, dass die konzentriert auftretenden Rieherer Aeschi klar beherrschten. Die Gäste aus Solothurn konnten dem KTV einzig mit ein paar wenigen schnellen Angriffen über die

Mitte etwas entgegensehen. Mit einigen Kombinationen und abwechslungsreichem Spiel gelang es dem KTV, den gegnerischen Block unter Druck zu setzen. Dies wirkte sich auch im Resultat aus. Riehen konnte den ersten Satz klar für sich entscheiden.

Dies ging dann nicht so weiter. Als sich die Rieherer von ihrer kleinen Schwäche erholten hatten, war der zweite Satz verloren. Doch die Gastgeber liessen sich nicht aus dem Tritt bringen und konnten die folgenden zwei Sätze wieder für sich entscheiden.

Nach dem letztlich klaren 3:1-Heimerfolg über den VBC Aeschi trifft der KTV Riehen in der dritten Hauptrunde des Schweizer Cups am kommenden Mittwoch, 13. Oktober, auswärts auf den Zweitligisten VBC La Suze (20.45 Uhr, St.-Imier).

In die Meisterschaft startet das Männerteam des KTV Riehen am Samstag, 16. Oktober, um 19 Uhr in der Sporthalle Niederholz mit dem Heimspiel gegen den VBC Buochs.

BASKETBALL CVJM Riehen I – Reussbühl Highflyers 49:57 (26:27)

Niederlage trotz guter Leistung

Im ersten Spiel der Saison trafen die Erstliga-Basketballerinnen des CVJM Riehen am vergangenen Samstag auf Reussbühl. Die Reussbühl Highflyers sind ein U20-Juniorinnenteam, das neu auch in der 1. Liga mittelt und sich für die Erstligameisterschaft mit den Damen des bisherigen Erstligisten BC Oberaegeri zusammengetan hat. So wurde das junge Team durch einige bekannte, technisch sehr starke Spielerinnen verstärkt.

Der CVJM Riehen wurde auf ein Kader von sieben Spielerinnen reduziert, wird aber tatkräftig von der zweiten Mannschaft unterstützt. Die Rieherinnen traten zwar motiviert, aber etwas unkonzentriert auf. Ein spannendes Kopf-an-Kopf-Rennen nahm seinen Lauf. Reussbühl konnte als junge, athletisch starke Mannschaft vor allem durch

eine hohe Trefferquote bei den Dreipunktewürfen überzeugen, während die Rieherinnen durch einige schöne Zusammenspiele und Fastbreaks dagegen hielten.

Nach einem Halbzeitstand von 26:27 galt es für die Rieherinnen, konzentriert in die zweite Halbzeit einzusteigen, denn ein Rückstand von nur wenigen Punkten kann in einer derart knappen Partie fatale Folgen haben. Der Start in die zweite Halbzeit gelang. Dank zwei Dreipunktetreffern von Jasmine Kneubühl während einer kurzen Rückstandssituation konnten die Rieherinnen das vierte Drittel mit vier Punkten Vorsprung in Angriff nehmen.

Im Schlussviertel bewiesen die Reussbühlerinnen ihre Klasse mit drei Dreipunktetreffern, während die Rieherinnen vor allem in den letzten Minuten

mit zahlreichen Ballverlusten und Unkonzentriertheiten in der Verteidigung weit unter ihrem Niveau spielten. Mit acht Punkten Rückstand mussten die Rieherinnen den Reussbühl Highflyers den Sieg überlassen. 49:57 lautete das Schlussresultat dieses spannenden Spiels.

Die Damen des CVJM Riehen treffen im nächsten Spiel am Samstag, 9. Oktober um 17.45 Uhr in der Halle der ETH Höggerberg auf Wallaby Basket Zürich-Regensdorf.

Riehen – Reussbühl Highflyers 49:57 (26:27)

Sporthalle Niederholz. – 50 Zuschauer. – CVJM Riehen I (Frauen, 1. Liga): Anke Wischgoll, Marisa Heckendorn (15), Jasmine Kneubühl (23), Sabina Kilchherr (4), Sarah Wirz (4), Marion Madörin, Salome Kuster, Pascale Walther (1), Nora Fehlbaum (2). – Trainer/Coach: Raphael Schoene. – Riehen ohne Fabienne Gasser (Auslandaufenthalt).

UNIHOCCY Saisonstart der A-Junioren des UHC Riehen

Zwei Kantersiege zum Auftakt

Mit einem so nicht erwarteten 11:2-Kantersieg gegen den letztjährigen Regionalmeister UHC Frenkendorf/Füllinsdorf starteten die A-Junioren des Unihockey-Clubs Riehen in der heimischen Sporthalle Niederholz in die Meisterschaft. Nach nervösem Beginn – zur Pause stand es erst 3:1 – spielten sich die Rieherer warm und schraubten das Ergebnis mit einer so schon lange nicht

mehr gesehenen Chancenauswertung das Resultat in die Höhe.

Gegen den Gruppenneuling UHC Nuglar United, der zu Beginn stärker als erwartet auftrat, hatten die Rieherer keine grossen Probleme. Mit einigen schön herausgespielten Angriffen und gelungenen Freistössen schufen sie sich schnell ein sicheres Polster und gewannen das Spiel schliesslich mit 11:3. Zur

Pause hatte es bereits 6:0 für die Rieherer geheissen.

Riehen – Frenkendorf/Füllinsdorf 11:2 (3:1)

UHC Nuglar United – UHC Riehen 3:11 (0:6)
UHC Riehen (Junioren A Regional): Martin Hafner (Tor); Kay Bachofer (1/2), Silvan Bösigger (-/1), Samuel Diethelm (3/2), Dominik Freivogel (1/-), Tobias Gelzer (-/1), Daniel Kohler (4/3), Marc Osswald (2/-), Christian Pauli (-/1), Thomas Voellmy (-/1).

UNIHOCCY Saisonstart der Juniorinnen A des UHC Riehen

Zwei Niederlagen zu Hause



Im Gegensatz zum ersten Spiel gegen Aarwangen, das nur ganz knapp verloren ging, hatten die A-Juniorinnen des UHC Riehen (am Ball) gegen StaWi Olten (unser Bild) keine Chance und verloren mit 2:7. Foto: Philippe Jaquet

Die A-Juniorinnen des Unihockey-Clubs Riehen sind am vergangenen Sonntag in der Sporthalle Niederholz in einer Heimspielrunde mit zwei Niederlagen in die neue Meisterschaft gestartet. Dabei hatte es gegen den UHC Aarwangen im ersten Spiel nach einem Fehlstart gar nicht so schlecht ausgesehen. Nach einem 1:5-Rückstand gelang es dem mit vier B-Juniorinnen ergänz-

ten Team, auf 5:5 auszugleichen. In einer spannenden und hart umkämpften Schlussphase gelang den Gästen aber noch der entscheidende Treffer zum 5:6-Schlussresultat. Im zweiten Spiel gegen StaWi Olten wirkten die Rieherinnen kraftlos. Gegen die technisch starken Oltenerinnen begingen die Rieherinnen zu viele individuelle Fehler und verloren deutlich mit 2:7.

SPORT IN RIEHEN

SPORT IN KÜRZE

Athletic-Cup-Final in Pratteln

rz. Sieben Mitglieder des TV Riehen vertraten in ihren Altersklassen den Kanton Basel-Stadt am Schweizer Final des «Erdgas Athletic Cup» vom 25. September auf dem Sportplatz Sandgrube in Pratteln. Als Bestklassierte ihres Vereins je Zwölfte ihrer Kategorie wurden Cyrill Dieterle (Knaben Jahrgang 1994), Nadja Anklin (Mädchen Jahrgang 1993) und Carla Gerster (Mädchen Jahrgang 1991).

Schweizer Final Erdgas Athletic Cup, 25. September 2004, Sandgrube Pratteln

Mädchen M15: 1. Fabienne Meerstetter (TV Diegten) 2376, 20. Nadine Osswald (TV Riehen) 1750 (80m 11.19/Weit 4.69/Kugel 7.77). – **Mädchen M14:** 1. Patricia Marciello (Speicher) 2221, 21. Anita Magni (Old Boys Basel) 1736. – **Mädchen M13:** 1. Patrizia Lutz (LAR Thurgau) 2338, 12. Carla Gerster (TV Riehen) 1846 (60m 8.82/Weit 4.58/Ball 41.90). – **Mädchen M12:** 1. Giuanna Buining (Würenlos/AG) 2000, 25. Johanna Aeschbach (TV Riehen) 1389 (60m 9.36/Weit 4.04/Ball 27.43). – **Mädchen M11:** 1. Dunja Freise (Wiesendangen/ZH) 1783, 12. Nadja Anklin (TV Riehen) 1524 (60m 9.15/Weit 4.21/Ball 30.75). – **Mädchen M10:** 1. Sarina Schmid (GG Bern) 1599, 21. Sybille Rion (TV Riehen) 1100 (60m 9.74/Weit 3.54/Ball 21.11). – **Knaben K15:** 1. Simon Schneider (SK Langnau/BE) 2412, 4. Christian Maidana (LC Basel) 2282. – **Knaben K14:** 1. Manuel Bachmann (STV Ballwil/LU) 2148, 3. Stephan Wullschlegler (Old Boys Basel) 2119. – **Knaben K13:** 1. Christopher Allemann (TV Utzendorf/BE) 2200, 14. Tizian Hegyaljai (LC Basel) 1752. – **Knaben K12:** 1. Guillaume Schranz (Aubonne/VD) 1897, 25. Patrick Hammer (TV Riehen) 1119 (60m 9.26/Weit 3.76/Ball 32.95). – **Knaben K11:** 1. André Sutter (Lütisburg/SG) 1551, 9. Jonas Hüllstrung (LC Basel) 1358. – **Knaben K10:** 1. Grégoire Steger (CA Delémont/JU) 1503, 12. Cyrill Dieterle (TV Riehen) 1053 (60m 9.76/Weit 4.06/Ball 30.96).

Simone Werner auf Platz drei

rz. Am Schweizer Final des 1000-Meter-Events des Schweizerischen Leichtathletikverbandes erreichte Simone Werner (TV Riehen) am 26. September in Thun bei den Mädchen mit Geburtsjahr 1993 den hervorragenden dritten Platz. In einem faszinierenden Endkampf wurde sie von Andrina Schläpfer (LZ Biberist) und Marcella Barben (All Blacks Thun) nur ganz knapp geschlagen. Ihre Schwester Mirjam Werner wurde bei den Mädchen mit Geburtsjahr 1990 tolle Fünfte. Dritte Läuferin des TV Riehen, die am Final in Thun laufen durfte, war Regina Meister, die bei den Mädchen mit Geburtsjahr 1993 Vierzehnte wurde.

1000 Meter Schweizer Final, 26. September 2004, Stadion Lachen, Thun

Mädchen Jg. 1994: 1. Seline Stadlmann (LR Ebikon/LU) 3:27.26, 10. Alina Traub (TV Diegten/BL) 3:44.01. – **Mädchen Jg. 1993:** 1. Andrina Schläpfer (LZ Biberist/SO) 3:18.03, 2. Marcella Barben (All Blacks Thun/BE) 3:18.16, 3. Simone Werner (TV Riehen/BS) 3:18.36, 17. Tirza Schwander (TV Diegten/BL) 3:51.78. – **Mädchen Jg. 1992:** 1. Stefanie Barmet (STV Willisau/LU) 3:07.63, 3. Céline Diethelm (TV Diegten/BL) 3:11.61. – **Mädchen Jg. 1991:** 1. Mona Piller (Hochwacht ZUG/ZG) 3:03.46. – **Mädchen Jg. 1990:** 1. Malin Engeli (LC Frauenfeld/TG) 3:02.65, 5. Mirjam Werner (TV Riehen/BS) 3:12.03. – **Mädchen Jg. 1989:** 1. Karin Glanzmann (STV Willisau/LU) 3:05.81, 10. Saskia Vanelli (SC Liestal/BL) 3:26.86, 14. Regina Meister (TV Riehen/BS) 3:47.88. – **Knaben Jg. 1994:** 1. Jonas Räss (LAC TV Unterstrass/ZH) 3:11.42. – **Knaben Jg. 1993:** 1. Fabian Krähenbühl (LV Kirchberg/BE) 3:12.05, 15. Loris Jeitziner (SC Liestal/BL) 3:36.63. – **Knaben Jg. 1992:** 1. Patrick Scheuchzer (LC Frauenfeld/TG) 2:57.67, 14. Yannick Moser (TV Diegten/BL) 3:19.35. – **Knaben Jg. 1991:** 1. Remo Tarnutzer (BTV Chur/GR) 2:48.99, 9. Patrick Meier (LC Fortuna/BL) 3:03.60. – **Knaben Jg. 1990:** 1. Romario Gassmann (LV Albis/ZH) 2:45.37, 2. Christian Fässler (TV Bubendorf/BL) 2:50.16. – **Knaben Jg. 1989:** 1. Maxime Zermatten (CA Sion/VS) 2:41.54, 2. Michael Heyer (Old Boys Basel/BS) 2:42.16.

BBT-Tanzkurse in Riehen

rz. Die Basler Breitensport Tanzgruppe BBT bietet ab dem 21. Oktober einen Grundkurs in neun Lektionen an. Die Lektionen finden jeweils donnerstags von 18.45 Uhr bis 20 Uhr statt, die Kurskosten betragen 270 Franken pro Paar. Weitere Informationen gibt es bei Josef Krüsi, Telefon 061 711 52 34, und im Internet (www.tanzen-basel.ch/bbt).

RTV-Volleyballerinnen gut gestartet

rz. Die Volleyballerinnen des RTV Basel mit den Rieherinnen Lea Schwer und Diana Engelschwiler sowie ex-KTV-Spielerin Naëmi Rubeli, die alle in der Startaufstellung standen, sind gut in die Nationalliga-A-Meisterschaft gestartet. Gegen den leicht favorisierten VC Kanti Schaffhausen kam das Team von ex-KTV-Trainer Chuanlun Liu zu einem verdienten 1:3-Auswärtserfolg. Die Baslerinnen verloren den ersten Satz nach nervösem Beginn klar, holten sich aber den zweiten Satz nach dramatischem Finish mit 30:32 und gewannen

die beiden folgenden Sätze sicher. Dieses Wochenende stehen gleich zwei Spiele auf dem Programm. Morgen Samstag spielt der RTV Basel zu Hause gegen den VBC Aadorf (20 Uhr, Sporthalle Rankhof), am Sonntag steht das Auswärtsspiel gegen den VBC Biel-Bienne an (17 Uhr, Neues Gymnasium Biel).

Trinationaler Ruderklub gegründet

rz. Nördlich der neuen Schleuse von Niffer am Rhein-Rhone-Kanal im Elsass ist ein neues Trainingsgebiet zum Rudern entstanden. Um die 20 Kilometer lange Strecke für den Rudersport zu nutzen, ist als neuer, grenzüberschreitend tätiger Ruderklub die «Société d'Aviron Union REGIO Ruderclub» gegründet worden. Gründungsmitglieder sind der RC Blauweiss Basel, der Basler Ruder-Club, der RC Mulhouse und der RC Rheinfelden/Baden sowie als öffentlich-rechtliche Körperschaften die Communauté de Communes Porte de France Rhin-Sud und die Gemeinde Niffer. Am 9. Oktober und am 16. Oktober (jeweils ab 10 Uhr) können Interessierte das neue Trainingsgelände besichtigen und ausprobieren (Informationen im Internet unter www.niffer.info).

Fussball-Vorschau

Basler Cup, Achtelfinals:
Donnerstag, 14. Oktober, 19.30 h, Grendelmatte
FC Riehen (3.) – FC Riederwald (4.)

2. Liga Regional:
Sonntag, 10. Okt., 10 Uhr, Margelacker Muttenz
SV Muttenz – FC Amicitia

3. Liga, Gruppe 2:
Sonntag, 10. Oktober, 13 Uhr, Grendelmatte
FC Riehen – NK Dinamo

4. Liga, Gruppe 6:
Sonntag, 10. Oktober, 10.15 Uhr, Grendelmatte
FC Amicitia II – FC Münchenstein

5. Liga, Gruppe 4:
Sonntag, 10. Oktober, 10.15 Uhr, Grendelmatte
FC Riehen II – Basel Nord

Senioren, Promotion, Gruppe 1:
Samstag, 9. Oktober, 13 Uhr, Grendelmatte
FC Amicitia – FC Lausen

Frauen, 2. Liga:
Sonntag, 10. Oktober, 13 Uhr, Grendelmatte
FC Amicitia – FC Black Stars

Junioren A, 1. Stärkeklasse:
Sonntag, 10. Oktober, 13 Uhr, Grendelmatte
FC Amicitia B – FC Riehen

Junioren B, 1. Stärkeklasse:
Samstag, 9. Oktober, 14.45 Uhr, Grendelmatte
FC Riehen – SC Steinen Basel

Junioren C, Promotion:
Mittwoch, 13. Oktober, 19 Uhr, Grendelmatte
FC Amicitia A – FC Pratteln

Junioren C, 2. Stärkeklasse:
Samstag, 9. Oktober, 13.30 Uhr, Grendelmatte
FC Amicitia C – SC Dornach

Samstag, 9. Oktober, 13.30 Uhr, Grendelmatte
FC Riehen – Slohoda

Junioren D, Promotion:
Samstag, 9. Oktober, 13.30 Uhr, Grendelmatte
FC Amicitia A – FC Allschwil

Fussball-Resultate

2. Liga Regional:
FC Amicitia – FC Liestal 1:2

3. Liga, Gruppe 2:
FC Riehen – FC Ferad 1:3

4. Liga, Gruppe 6:
FC Sportfreunde – FC Amicitia II 2:13

5. Liga, Gruppe 4:
SV Verkehrsbetriebe NWS – FC Riehen II 4:1

Frauen, Schweizer Cup, 3. Vorrunde:
FC Amicitia – FC Wolhusen 0:4

Junioren A, Promotion:
FC Amicitia A – FC Pratteln 4:4

Junioren A, 1. Stärkeklasse:
FC Riehen – FC Möhlin-Riburg 2:3

Volleyball-Vorschau

Frauen, 2. Liga:
Do, 14. Okt., 19.45 h, Hagenbuchen Arlesheim
TV Arlesheim I – KTV Riehen I

Basketball-Vorschau

Frauen, 1. Liga, Qualifikation, Gruppe 2:
Sa, 9. Oktober, 17.45 h, ETH Hönggerberg ZH
Wallaby Zürich-Regensdorf – CVJM Riehen I

Basketball-Resultate

Frauen, 1. Liga National:
CVJM Riehen I – Reussbühl Highflyers 49:57

Unihockey-Resultate

Männer, Grossfeld, 2. Liga:
Frenkendorf/Füllinsdorf – UHC Riehen I 4:2
UHC Riehen I – UHC Langenthal II 2:1

Junioren A Regional, Gruppe 5:
UHC Riehen – Frenkendorf/Füllinsdorf 11:2
UHC Nuglar United – UHC Riehen 3:11

Junioren A Regional, Gruppe 2:
UHC Aarwangen – UHC Riehen 6:5
UHC Riehen – UHC StaWi Olten 2:7

UHC Riehen II unterwegs

rz. Übermorgen Sonntag tritt das zweite Männerteam des Unihockey-Clubs Riehen (Kleinfeld, 3. Liga) zu seiner zweiten Meisterschafts-Spielrunde an. Die Rieher treffen in der Turnhalle Inkwil auf die Oensingen-Lions (14.30 Uhr) und Basel United III (17.15 Uhr).

FUSSBALL FC Amicitia – FC Liestal 1:2 (0:1)

Nun hat es auch Amicitia erwischt

Im Spitzenspiel gegen Leader FC Liestal musste der FC Amicitia in der achten Runde der regionalen Zweitligameisterschaft die erste Saisonniederlage hinnehmen.

tl. Gegen den souveränen Zweitliga-Spitzenreiter FC Liestal setzte es für den FC Amicitia die erste Saisonniederlage ab. Der Mannschaft von Olivier Grava und Julio Vidal gelang es gegen diesen robusten Gegner am vergangenen Sonntag nicht, die für einen Exploit nötige Leistung abzurufen. Das 1:2 ist daher ein folgerichtiges Ergebnis.

Es war kein besonders ansehnliches Spiel, das die beiden Teams den Zuschauern und der Fernsehstation Nordwest5 darboten. Chancen waren auf beiden Seiten selten. Das Spiel fand im Mittelfeld und tendenziell eher in der Hälfte der Rieherer statt. Liestal setzte den Gegner mit engagiertem Pressing unter Druck. Und an diesem Tag war der FC Amicitia im Spielaufbau nicht ballsicher genug, um sich aus diesem Pressing zu befreien. Spielertrainer Olivier Grava wurde besonders eng beschattet und Arslan, Aeschbach, Erdogan, Grava und Gugger – alle waren sie in vergangenen Spielen schon zu Matchwinnern avanciert – konnten sich gegen

die sehr kompakt auftretenden Liestaler kaum durchsetzen. Auch Santino Negroni gelang dies ausser bei seinem Volleystreifer kaum. Kam hinzu, dass ein weiterer Trumpf des FC Amicitia gegen die kopfballstarken Kantonshauptstädter nicht wie gewohnt zog: Neun Corner und mindestens ebenso viele Freistösse aus aussichtsreicher Position brachten ausser beim Anschlusstreffer kaum Gefahr.

Auch der FC Liestal konnte sich nur wenige Chancen erspielen. Das 0:1 resultierte aus einem für Amicitia-Goalie Jean De Meuron unhaltbaren Schuss aus 20 Metern. Beim 0:2 machten die Amicitia-Verteidiger dem Gegner das Doppelpassspiel sehr einfach: Bieri konnte alleine vor De Meuron abschliessen. Viel mehr Chancen hatte Liestal nicht.

Was gegen diesen zwar starken, aber keineswegs unbesiegbaren Gegner möglich gewesen wäre, zeigte sich in der Phase nach dem 0:2. Endlich gelang es Amicitia, Druck zu entwickeln. In dieser Phase fiel auch das 1:2. Aber bis auf einige weitere Corner konnte Amicitia wenig herauspielen. Eine wirklich grosse Chance zum Ausgleich wurde nicht vergeben – oder doch: Olivier Grava konnte aus 18 Metern noch einmal zu

einem Schuss ansetzen. An einem sehr guten Tag bedeutet dies allerhöchste Gefahr für den Gegner. Gravas Abschlussversuch in der Nachspielzeit war aber bezeichnend dafür, dass er und sein Team am letzten Sonntag keinen guten Tag eingezogen hatten.

FC Amicitia – FC Liestal 1:2 (0:1)

Grendelmatte. – 120 Zuschauer. – SR: Ruff. – Tore: 36. Hasler 0:1, 50. Bieri 0:2, 62. Negroni 1:2. – FC Amicitia: De Meuron; Etienne Lander (80. Maurice Gugger), Rios, Vidal, Lux; Negroni, Ramseier, Grava, Aeschbach (90. Simonetta); Erdogan, Arslan (63. Remo Gugger). – FC Liestal: Konrad; Müller, Steiner, Kaderli, Ebnöther; Pertinez, Bieri (85. Gut), Gysin, Schreiber (10. Hasler); Varano, Eng (58. Spitz). – Amicitia ohne Iannica (verletzt), Bourgnon (gesperrt), Güth, Magno, Spycher, Benni Thoma (alle abwesend), Dominic Thoma (2. Mannschaft) und Cakal (Militär). – Verwarnungen: 24. Rios (Handspiel), 39. Arslan (Unsportlichkeit), 39. Steiner (Unsportlichkeit), 66. Spitz (Foul), 81. Maurice Gugger (Foul), 87. Negroni (Foul). – Platzverweis: Rios (gelb-rote Karte nach Handspiel).

2. Liga Regional, Tabelle:

1. FC Liestal 8/22 (28:7), 2. SC Binningen 8/17 (13:8), 3. FC Amicitia 8/15 (22:14), 4. BSC Old Boys 8/13 (22:13), 5. FC Aesch 8/12 (23:20), 6. FC Oberdorf 8/11 (17:18), 7. SC Baudepartement 8/10 (18:17), 8. SC Dornach II 8/8 (17:22), 9. FC Birsfelden 8/7 (14:18), 10. FC Pratteln 8/7 (15:25), 11. SC Muttenz II 8/7 (13:23), 12. AS Timau Basel 8/4 (9:26).

FUSSBALL FC Güney – FC Riehen 5:9 (2:5)

Tag der offenen Tore beim FCR

Mit dem ungewöhnlichen Resultat von 5:9 holte sich der FC Riehen beim FC Güney den dritten Saisonsieg im siebten Spiel und setzte sich etwas von den Abstiegsplätzen ab. Das Team von Trainer Damir Maricic hat den bisher besten Sturm der Gruppe, aber auch die zweit schlechteste Verteidigung.

mei/rz. Am vergangenen Sonntag spielte der FC Riehen im Duell zweier Mittelfeldklubs gegen den FC Güney. Nach einer ersten Chance des Gegners legten die Rieherer gleich mit dem Toreschiessen los. In der 9. Minute war es Kuzet, dem nach schöner Vorarbeit Oezceviks das 0:1 gelang. Nur zwei Minuten später entwischte Müller der linken Abwehrseite der Gastgeber und erzielte mit einem wuchtigen Flachschuss das 0:2. In der 32. Minute war es abermals Müller, der nach Vorarbeit Juds alleine auf Tor loszog und zum 0:3 einschoss.

Vier Tore in sechs Minuten

In der 40. Minute war die linke Seite der Rieherer Hintermannschaft nicht präsent und erlaubte Güney das 1:3. Im Gegenzug erhöhte Kuzet allerdings gleich auf 1:4 und nur sechzig Sekunden später traf nochmals Kuzet zum 1:5. Noch vor dem Pausenpfiff verkürzte Güney auf 2:5.

In der 56. Minute verwertete Maricic einen schönen Pass von Atuk zum 1:6. Nach genau einer Stunde war es nochmals Kuzet, der ein Tor schoss, bevor er seinen erfolgreichen Auftritt beendete und durch Zorba ersetzt wurde. In der 67. Minute kam Güney zu einem von Pastore unglücklich verschuldeten Handschuss, der zum 3:7 führte. Müller erhöhte in der 71. Minute auf 3:8, im Gegenzug war die Reihe wieder an Gü-



Mit der Defensive konnte FCR-Trainer Damir Maricic gegen Güney nicht immer zufrieden sein.
Foto: Philippe Jaquet

ney. Der sonst gute Rieherer Torwart Neuenschwander liess sich von seinen unsicheren Vorderleuten anstecken, denn die letzten beiden Tore der Gastgeber zum 4:8 und 5:9 waren nicht unhaltbar. Dazwischen hatte Müller in der 75. Minute zum 4:9 getroffen.

Offensiv top, defensiv flop

Fazit der Partie: Die Rieherer Offensivabteilung erledigte ihre Arbeit gut, der FC Riehen hat in seiner Drittligagruppe mit 23 bisher am meisten Tore erzielt. Weniger Freude hatte Trainer Damir Maricic am Defensivverhalten seiner Spieler – der FC Riehen hat bisher mit 21 am zweitmeisten Tore erhalten.

Übermorgen Sonntag kann die Mannschaft diesen Eindruck gegen den

Tabellenletzten NK Dinamo vielleicht etwas korrigieren (13 Uhr, Sportplatz Grendelmatte).

FC Güney – FC Riehen 5:9 (2:5)

Tore: 9. Kuzet 0:1, 11. Müller 0:2, 32. Müller 0:3, 40. 1:3, 41. Kuzet 1:4, 42. Kuzet 1:5, 45. 2:5, 56. Maricic 2:6, 60. Kuzet 2:7, 67. 3:7 (Penalty), 71. Müller 3:8, 72. 4:8, 75. Müller 4:9, 80. 5:9. – FC Riehen: Neuenschwander; Pastore, Oezcevik; A. Jud (65. Wild); Atuk, Haavel, Maricic, Baykal (18. Chr. Jud), Amitoski, Kuzet (61. Zorba), Müller.

3. Liga, Gruppe 2, Tabelle:

1. FC Jugos Basel 7/16 (21:10), 2. FC Ferad 7/16 (17:6), 3. FC Black Stars 7/16 (16:6), 4. FC Gelterkinden b 6/13 (15:5), 5. FC Birklik 7/11 (11:12), 6. FC Riehen 7/9 (23:21), 7. US Olympia Basel 7/9 (12:15), 8. FC Reinach 7/9 (11:17), 9. FC Alkar 6/6 (9:15), 10. FC Rheinfelden b 7/6 (6:12), 11. FC Güney 7/6 (15:28), 12. NK Dinamo 7/3 (8:17).

FUSSBALL FC Sportfreunde – FC Amicitia II 2:13 (0:6)

Kantersieg für den FC Amicitia II

sv/rz. Der Viertligist FC Amicitia II kam gegen den FC Sportfreunde auswärts zu einem 2:13-Kantersieg. Die Gastgeber waren schwach und verhielten sich taktisch ungeschickt, spielten sie doch immer wieder auf Offside, was der FC Amicitia mit seinen schnellen Sturmern ausnutzte. Immer wieder tauchten Amicitia-Spieler alleine vor dem gegnerischen Torwart auf und nutzten ihre Chancen gut. Zur Pause stand es bereits 0:6.

Das Vorhaben, erstmals diese Saison keinen Gegentreffer zu kassieren, gelang nicht. Es gab Unkonzentrierthei-

ten, ein Rieherer Fehler führte zum 1:6. Es folgten weitere schön herausgespielte Amicitia-Tore. Zu erwähnen ist der Treffer von Meier mit einem Weitschuss genau ins Lattenkreuz. Der FC Amicitia musste auf acht Spieler verzichten (Verletzungen, Sperrungen, Ferien und Militär), sodass Trainer Stephan Vogt die Senioren Russo und Di Jorio und den Zweitligagoalie Thoma einsetzte.

Übermorgen Sonntag treffen die Rieherer um 10.15 Uhr auf der Grendelmatte auf den FC Münchenstein. Bleibt zu hoffen, dass die Spieler nach diesem

einfachen Spiel wieder die richtige Einstellung finden werden.

FC Sportfreunde – FC Amicitia II 2:13 (0:6)

Tore: Hassler (2), Wächter (3), Meier (4), Vetter (3), Chiarelli (1). – FC Amicitia II: Thoma; Blaser, Müller, Borriello (62. Ucar), Märklin, Russo (50. Wächter), Chiarelli, Schweizer, Meier, Hassler, Vetter (75. Di Jorio).

4. Liga, Gruppe 6, Tabelle:

1. BCO Alemannia Basel b 6/15 (21:8), 2. FC Amicitia II 6/14 (31:10), 3. FC Italia Club Oberwil b 6/14 (10:5), 4. US Botteccia 6/12 (10:8), 5. FC Nordstern 6/10 (17:11), 6. FC Münchenstein b 6/9 (10:6), 7. FC Gundeldingen 6/6 (14:13), 8. FC Allschwil 6/3 (14:22), 9. SC Binningen 6/3 (8:31), 10. Sportfreunde 6/1 (4:25).

DIE PARTEIEN ZU DEN WAHLEN

LIBERAL-DEMOKRATISCHE PARTEI (LDP)

Für eine nachhaltige Finanzpolitik

Die Liberalen setzen sich für einen attraktiven Kanton Basel-Stadt ein, als Wirtschaftsstandort und Wohnort. Wo niemand wohnen und arbeiten will, fehlt auch das Geld für Innovationen und Sozialleistungen. Wegen der von Riehener Liberalen initiierten Initiative «Stopp der Steuerspirale» bezahlen heute alle Steuerpflichtigen im Kanton weniger Einkommens- und Vermögenssteuern. Gleichzeitig konnte zur Entlastung der Familien der Kinderabzug erhöht werden. Trotzdem belegt Basel-Stadt im interkantonalen Steuervergleich nach wie vor einen der hintersten Plätze. Darum setzen sich die Liberalen weiter dafür ein, dass dieser Wettbewerbsnachteil zu Lasten unseres Kantons verkleinert wird.

Ziel einer nachhaltigen Finanzpolitik ist es, nicht mehr Geld auszugeben, als eingenommen wird – damit wir heute nicht auf Kosten künftiger Generationen über unsere Verhältnisse leben. Wer eine Reduktion der Einnahmen fordert, muss darum auch sagen, wie die Ausgaben an die verfügbaren Mittel angepasst werden sollen. Das tun die Liberalen. Im Unterschied zu «Rasenmähermethoden» anderer Parteien setzen wir uns für eine differenzierte Betrachtung der Aufgaben des Staates ein. Währenddem in einzelnen Fällen für zusätzliche Auf-

gaben sogar mehr Mittel notwendig sind (zum Beispiel für Qualitätssicherung im Bildungsbereich), kann in anderen massiv gespart werden.

Insgesamt leuchtet es nicht ein, warum Basel-Stadt für seinen Staatsapparat bedeutend mehr Geld ausgeben muss als vergleichbare Kantone. Unterstützen Sie eine nachhaltige Finanzpolitik, indem Sie Fachleute mit Erfahrung und Leistungsausweisen in den Grossen Rat wählen:

- Mario Biondi, Treuhänder, Mitinitiant der Initiative «Stopp der Steuerspirale», Vorstandsmitglied Handels- und Gewerbeverein Riehen
- Peter Mathys, Advokat und Notar, Alt-Grossrat und Sprecher der Initiative «Stopp der Steuerspirale», Vorstandsmitglied der LDP Riehen/Bettingen
- Beat Osswald, Ökonom im Gesundheitswesen
- Thomas Strahm, Bankkaufmann, Einwohnerrat (Statthalter), Bürgerrat, Vorstand Bürgerkorporation, Sozialhilfekommission Riehen, Vizepräsident der LDP Riehen/Bettingen

Mehr über liberale Politik erfahren Sie im Internet unter www.ldp-riehen.ch.

Felix Werner, Präsident LDP Riehen

FREISINNIG-DEMOKRATISCHE PARTEI (FDP)

Für tiefere Steuern

Liebe Riehenerinnen, liebe Riehener! Haben Sie die Steuerrechnung dieses Jahr auch schon erhalten? Waren Sie genau so schockiert wie ich? Zum ersten Mal werden die Auswirkungen der Steuerpolitik des Kantons in Riehen spürbar. Die hohen Steuern bremsen den wirtschaftlichen Aufschwung. Als Unternehmer bekomme ich das jeden Tag aufs Neue zu spüren. Standortattraktivität ist sehr wichtig. Basel-Stadt muss wieder wettbewerbsfähig werden. Ich verspreche Ihnen deshalb, dass sich die FDP-Riehen in den kommenden vier Jahren für tiefere Steuern einsetzen wird. Tiefere Steuern sind jedoch nur möglich, wenn der Kanton die Autonomie unserer Landgemeinde wieder vermehrt respektiert. Dank familienfreundlicher Wohnplanung und einer über lange Jahre attraktiven Steuerpolitik leben im Gegensatz zur Stadt viele Nettozahler in Riehen.

In den Schulen weisen die Klassen gesunde Durchmischungen auf. Ausserdem: In Sachen «New Public Management» kann sich die Stadt ein Stück von Riehen abschneiden. Die FDP-Riehen

hat zu allen diesen Errungenschaften in den vergangenen Jahren wesentlich beigetragen. Ich garantiere Ihnen: Wir setzen alles daran, dass der Kanton der Landgemeinde wieder mehr Autonomie schenkt.

Unser Ziel ist es, auch in Zukunft die bürgerlichen Anliegen der Riehener Bevölkerung in Basel durchzusetzen. Die FDP-Riehen startet mit zwei bisherigen Grossräten: Bruno Mazzotti – zurzeit Statthalter des Grossrats – und Christine Locher, Präsidentin Spitex. Grossrat René Schmidlin kandidiert nicht mehr. Er fällt der Amtsdauerbeschränkung zum Opfer. Die FDP Riehen ist trotzdem optimistisch, weiter mit drei Grossräten in Basel vertreten zu sein. Werfen Sie einen Blick auf unsere Liste. Sie finden hochkarätige bürgerliche Spitzenkandidaten. In all den Jahren haben wir Ihnen bewiesen: Bei uns zählt Sachpolitik und nicht Schaumschlägerei. Schenken Sie uns deshalb Ihr Vertrauen. Wählen Sie Liste 1! Herzliche Grüsse

Thomas Meyer, Präsident FDP-Riehen, Grossratskandidat

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI (SVP)

Wo ist das Leck – wer trägt die Verantwortung?

Kürzlich konnte die Öffentlichkeit den Medien entnehmen, dass eine marokkanische «Folkloregruppe», ohne überhaupt aufzutreten, sich völlig unbemerkt absetzte. Die Teilnehmenden sind im herbstlichen Nebel verschwunden – die 24 Marokkaner sind kurzerhand untergetaucht. Solche dreisten illegalen Absetzungen unter fadenscheinigen kulturellen oder sportlichen Besuchen häufen sich. Männiglich fragt sich, wie es mit den sicherheitspolizeilichen Vorkehrungen in einem wohlgeordneten Staat, wie die Schweiz, bestellt ist. Es ist auch offensichtlich, dass hier Zuständigkeits- und Kommunikationsprobleme zwischen den Kantonen bestehen. Dies trotz den vielen kostspieligen Konferenzen, die als Alibiübungen ins Leben gerufen wurden, scheint der Informationsfluss unter den Kantonsregierungen gehemmt. Niemand merkte, dass die Gruppe gar nicht aufritt. Und es scheint, dass sich diese in einem Basler Hotel in Seelenruhe auf ihren Ausflug ins Land, wo vermeintlich «Milch und Honig» fliessen, völlig ungestört vorbereiten konnten. Damit dürfte die Zahl der «sans papiers» erneut eine Zunahme verbuchen. Bedenkt man, dass, wie hinlänglich bekannt, gerade hier in Basel die Illegalität noch belohnt wird, sind solche dreisten Zuwanderungen nicht verwunderlich! Und das in einem Rechtsstaat! Die lapidare Aussage des

Mediensprechers des PMD beweist, dass hier gravierende Ernsthaftigkeits- und Glaubwürdigkeitsprobleme bestehen.

Man wisse zwar nicht, wo sich die Folkloregruppe befinde. Es sei aber davon auszugehen, dass die Marokkaner ausgereist sind, so die Hypothese. Der Beweis, dass diese zumindest nicht nach Marokko ausgereist sind, steht allerdings fest. Die 24 Plätze im Flugzeug waren nämlich leer. Es wird auch ganz deutlich, dass hier niemand zuständig sein will: Jedes Amt schiebt dem anderen den schwarzen Peter zu. Tatsache aber ist, dass die Kantone für die Visumerteilung zuständig sind. Es offenbart sich auch, dass die Vorschriften für die Visumerteilung nicht eingehalten wurden. Die Sorglosigkeit und Unbekümmertheit der zuständigen Behörde erreicht ihren Höhepunkt darin, dass sie nicht einmal weiss, ob die Firma in Genf, welche die Visa beantragt hat, überhaupt existiert. Dies ist bereits der dritte bekannte Fall von illegaler Masseneinwanderung in Europa. Diese Beispiele zeigen, dass unerwünschte Zuwanderer den Pfad entdeckt haben, die eben auch das Schengen/Dubliner Abkommen zur Farce machen. Somit bleibt die Frage: Basel – das unkontrollierte Tor zur Schweiz?

Angelika Zanolari, Präsidentin und Grossrätin SVP

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI (SP)

Familienförderung und Chancengleichheit

Kinder kosten Geld – auch wenn sie keine grossen Ansprüche haben. Deshalb setzen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns für höhere Kinderzulagen für alle ein. Zurzeit sammeln wir dafür Unterschriften – unterschreiben Sie! Wir wollen im Grossen Rat nicht nur von Familienförderung reden, sondern auch etwas machen – nicht nur bei den Kinder- und Erziehungszulagen. Wir wollen uns im Grossen Rat auch für die steuerliche Entlastung der Familien einsetzen, für Ergänzungsleistungen, für soziale Ausbildungsbeiträge und für reduzierte Krankenkassenprämien.

Andere Parteien reden gerne davon, dass für die Schweiz Kinder wichtig seien. Aber wenn es dann um den Tatbeweis geht, wenn es darum geht, dass das unsere Gesellschaft auch etwas kosten darf, dann wird schnell auf die hohe Staatsquote verwiesen und darauf, dass Kinder ja Privatsache seien. Dass die Basler Stimmbürgerinnen und

Stimmbürger den Erwerbsersatz im Mutterschaftsurlaub so deutlich angemessen haben, freut uns natürlich umso mehr.

Verbunden mit den Gewerkschaften setzen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns für gute Löhne ein – im Grossen Rat für die Löhne im öffentlichen Bereich; denn davon geht eine Signalwirkung für die Privatwirtschaft aus. Lohnpolitik ist auch Familienpolitik. Und dabei denken wir nicht nur an die «traditionelle» Kleinfamilie – sie hat heute viele verschiedene Gesichter. Häufig reicht ein Lohn nicht aus. Dann sind die Eltern auf eine gute Tagesbetreuung angewiesen. Wir setzen uns im Grossen Rat dafür ein, dass in Basel und in Riehen die Ganztageschulen ausgebaut werden, und zwar auch im Bereich Kindergarten und im Bereich der Ferienbetreuung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten finden das Pilotprojekt «Tagesferien» gut und wollen, dass es nicht

nur Pilotprojekt bleibt: Erst wenn sich Eltern darauf verlassen können, dass ihre Kinder auch in den Schulferien professionell betreut werden, wird das Tagesschulangebot wirklich attraktiv. Dann wird auch ein zweiter Anlauf für einen Tageskindergarten in Riehen klappen.

Wir wollen aber auch, dass die Männer die Erziehung und den Haushalt mit den Frauen teilen und dass Frauen Kinder und Karriere unter einen Hut bringen können. Im Grossen Rat kämpfen wir deshalb für eine flexible Tagesbetreuung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen «Fairplay at work»: Wir fordern Teilzeitstellen und weitere Massnahmen dafür, dass Frauen und Männer in Beruf und Familie gleiche Chancen und Möglichkeiten haben. Sind Sie auch dafür? Dann wählen Sie SP und Liste 5!

Bea Kurz Herbst, Roland Lötscher, SP, Liste 5

VEREINIGUNG EVANGELISCHER WÄHLERINNEN UND WÄHLER (VEW)

Eigene Schulen sind bessere Schulen

Wenn die Einwohnergemeinde Riehen ihren Steuersatz schon nicht selbst bestimmen kann, sollte sie wenigstens in autonomer Verwaltung die Gelder für sinnvolle Aufgaben innerhalb der Gemeinde einsetzen. Hier bietet sich die Übernahme der Primar- und Orientierungsschule in die Obhut der Gemeinde an. Landesweit ist dies in anderen Gemeinden der Schweiz üblich. Familien, Eltern, Kindern und der Lehrerschaft bringt das enorme Vorteile, denn eine Schule, die auf Bedürfnisse unbürokratisch und schnell reagieren kann, ist eine bessere Schule.

Bürgernähe und Mitgestaltungsmöglichkeit werden geschaffen
Die Nähe zur Schulbehörde und die Möglichkeit, politisch auf Gemeindebe-

ne aktiv zu sein, gibt Eltern eine Einflussmöglichkeit. Im Schulbereich können Entwicklungen und Veränderungen diskutiert und mitgestaltet werden. Verbesserungen im Bereich der Begabtenförderung, vermehrte Sport- oder musische Angebote, Einrichtung von Mittagstischen oder Aufgabenhilfen können angestrebt und umgesetzt werden.

Standortvorteil wird erhöht

Um der Überalterung entgegenzuwirken, braucht die Gemeinde Riehen Neuzuzüger wie junge Menschen und junge Familien. Diese wählen ihren Wohnort unter anderem auch nach Standortvorteilen in Bezug auf optimale Kinderbetreuung und Qualität von Schulen aus. Mit der Übernahme der

Schulen werden Standortvorteile verbessert und die Gemeinde Riehen wird attraktiver für junge Menschen, die einen neuen Wohnort suchen.

Kindergarten und Volksschule gehören zusammen

Riehen hat schon mit der Übernahme der Kindergärten bewiesen, dass neben der reinen Verwaltungs- und Behördentätigkeit unter anderem auch Unternehmenskultur geschaffen werden kann, die das Miteinander der Menschen sowie auch die Qualität der Erziehung und Betreuung fördert. Kindergarten und Schule gehören zusammen und sollten als wertvolle und wichtige kommunale Tätigkeit von der Gemeinde Riehen geführt werden.

Margret Oeri,

EIDGENÖSSISCH-DEMOKRATISCHE UNION (EDU)

Staatshaushalt und Bildungspolitik

Der Kanton Basel-Stadt ist mit etwa 6 Milliarden Franken verschuldet. Sechs Milliarden, das sind bei 188'000 Einwohnern fast 33'000 Franken pro Person. Man fragt sich, auf welche Art so ein Schuldenberg abgetragen werden kann. Dabei sind pro Jahr erst noch über 1300 Franken Zinsen, bei einem angenommenen Zinssatz von 4 Prozent, pro Person fällig.

Es ist unumgänglich, dieses Loch zu stopfen, bevor es uns ganz über den Kopf gewachsen ist, und wir können es nicht mehr ignorieren. Wir müssen es dringend abbauen. Dazu sind rigorose Massnahmen nötig. Es gibt Arbeitsstellen in Basel, deren Existenz fraglich ist. Eine davon ist das Migrationsbüro des Polizeidepartements, das viel kostet und

fast nichts bringt. Viele gehobene Staatsstellen sind überbezahlt und sollten reorganisiert werden. Ein Teil des Staatsapparates ist aufgeblasen und könnte effizienter und kostengünstiger gestaltet werden. Die Steuerbelastung ist bereits enorm hoch und treibt Teile der Bevölkerung in die steuergünstigeren Kantone.

Dafür werden bei uns wieder weniger verdienende Einwanderer integriert, was wiederum die Spirale vorantreibt. Also werden wir uns für den Abbau der kantonalen Kosten einsetzen. Ebenso sind die Kosten der Universität zu durchleuchten und ohne Abbau der Leistungen ein effizienteres Arbeiten anzustreben. Damit wären wir bei der Bildungspolitik.

Hier ist es notwendig, dass die Angleichung der Schulsysteme in Basel-Stadt und Baselland fortschreitet und bald verwirklicht wird. Das Basler Schulsystem beinhaltet gute Angebote für Behinderte und fremdsprachige Schüler. Absolut unterdotiert ist unser Schulsystem bei der Ausbildung von begabten und hoch begabten Kindern. Es muss unbedingt etwas unternommen werden, um diesen eine gerechte Schulbildung angeeignet zu lassen.

Die grundlegend christliche EDU lässt sich keine Ruhe, um diese Ziele zu erreichen. «Büsslifahrer» und Grossratskandidat Samuel Plüss wird sich auch in dieser Hinsicht für Riehen einsetzen.

Samuel Plüss, Grossratskandidat EDU

BETTINGER DORFVEREINIGUNG (BDV)

Abc für Grossratswahlen

Es gibt natürlich die verschiedensten Arten zum Auswählen eines Grossrats: Man hänge die Wahlzettel an die Wand und werfe einen Dartpfeil oder wähle die schönste Foto aus der Zeitung (das Resultat ist das gleiche). Man wählt jemanden, den man kennt – aber wer kennt schon jemanden sehr genau? Ja, man könnte sogar eventuell die mit dem besten Parteiprogramm wählen – aber wer sagt schon, er will, dass wir in Zukunft schlechtere Schulen haben, mehr Steuern zahlen sollen, uns in der Stadt immer unsicherer fühlen werden, wir dreimal so viele Beamten haben werden, die Strassen auf unsere Kosten überall aufgerissen werden sollen und sich doch alle grossen Firmen ins Ausland verziehen sollen? Keiner sagt das. Also, wen soll ich nun wählen?

Dazu muss ich zuerst einmal wissen, was mir eigentlich wichtig ist. Ich denke, keiner der Kandidaten will bewusst etwas Falsches machen oder jemandem schaden. Also? Dartpfeile schießen ist

vielleicht doch nicht schlecht!

Wie soll ich vorgehen, wer ist für mich am besten? Ich habe mal gehört, ein Autovertreter verkauft Autos, ein Staubsaugervertreter verkauft Staubsauger und ein Volksvertreter verkauft das ..., aber das hilft mit jetzt auch nicht. Vielleicht hilft es, wenn ich mir überlege, was ein Grossrat können oder haben soll und was das Wichtigste ist.

«Haha, ich weiss es!» Er muss clever sein, aber was ist, wenn er keine Zeit für den Grossen Rat hat? Er soll bekannt sein und Freunde haben, aber was ist, wenn er keine Zeit hat? Er muss viel vom «Geschäfte» wissen und eventuell selbstständig sein, aber was ist ...? Er muss in vielen Vereinen sein, sich an vielen Orten engagieren, aber was ist ...? «Aha, ich hab's!» Es muss ein Arbeitsloser sein: der hat Zeit – aber was ist, wenn er keine Ahnung hat?

Und jetzt seriös! Also ich brauche jemanden, der gut ist, aber auch viel Zeit hat. Jemanden, der sich schnell und ef-

fizient durch alle Manuskripte der verschiedenen Kommissionen durchlesen kann. Jemand, der nicht nur viel redet, sondern für Bettingen auch viel Arbeit leistet, ohne dass er sich zwischen seinen verschiedenen Verpflichtungen entscheiden muss.

Für mich ist Rudolf Duthaler als erfahrener Wissenschaftler, der von seiner Firma für alle Aufgaben, die im Grossen Rat für ihn anfallen, freigestellt wird, die am besten geeignete Person, die mich als Bettinger in Basel vertreten kann.

Beat Fehr, Bettinger Dorfvereinigung

Dienstagabend 17 Uhr ist Inserat-Annahmeschluss

Wir freuen uns auch über Aufträge, die schon früher bei uns eintreffen.

TIERWELT Die Tahrs – geschickte Kletterer im Basler Zolli

Trittfest und schwindelfrei über Stock und Stein

zgb. Im Sautergarten, auf dem höchsten «Berg» im Basler Zolli, demonstrieren die Tahrs auf eindrückliche Art und Weise ihre Beweglichkeit und Trittsicherheit in felsigem Gelände. Die für die Zooarchitektur der Dreissigerjahre typische Felsformation ist für sie ein vielseitig nutzbarer Lebensraum. Schon Stunden nach der Geburt beginnen die Jungtiere normalerweise mit dem Auskundschaften der näheren Umgebung. Und wenn sich Mama Tahr zum Gebären einen Felsvorsprung in der oberen Felsregion ausgesucht hat, dann erfordert der erste Ausflug schon viel Mut. Ja, vielleicht lässt sich der steile Abstieg nur mit einem «Sprung auf gut Glück» überwinden.

Die Mütter scheinen um die Tücken des Geländes zu wissen und passen ihre Gangart derjenigen ihres Nachwuchses an. Sie gehen sehr vorsichtig, schauen immer wieder zurück, ob ihr Junges auch nachkommt, und warten, wenn nötig, geduldig, bis sich die Lücke zwischen ihnen beiden wieder geschlossen hat. Für Kletterpartien und Sprünge sind Tahrkinder übrigens bestens ausgerüstet – mit langen, stämmigen Beinchen und rutschsicheren Klauen.

Seit den ersten, noch unsicheren und wackeligen Schritten sind einige Monate vergangen. Die momentanen Tagesaktivitäten der kleinen Tahrherde



Flink und wendig im steilen Fels: Die ursprünglich im Himalaya beheimateten Tahrs sind geschickte Kletterer.

Foto: Jörg Hess

werden gleichwohl sehr von der «Jugendgruppe» geprägt. Dies erstaunt nicht, weil im Zolli noch nie so viele gleichaltrige Junge miteinander aufgewachsen sind. Da ist immer eines, das nach einem Spielgefährten Ausschau hält. Und unter sieben findet sich immer mindestens eines, das der Aufforderung zum Spiel nachkommen wird. Und hat eine ausgelassene Verfolgungsjagd Fels rauf und wieder runter erst einmal begonnen, gibt es keines, das sich nur mit Zusehern begnügen würde.

Die ursprünglich in der Himalajaregion lebenden ziegenartigen Tahre sind in einem ausgezeichneten Trainingszustand. Sie stehen unseren einheimischen Gämsen und Steinböcken mit ihrer Gewandtheit im Fels in nichts nach.

Totgeburt bei den Elefanten

Am 4. Oktober hat die Elefantenkuh «Heri» ein totes Kalb geboren. Die Frühgeburt kam völlig unerwartet, da bei «Heri» zuvor keinerlei Symptome einer Trächtigkeit festgestellt wurden. «Heri», die 1988 aus dem Zoo Hannover nach Basel kam, war zum ersten Mal trächtig. Elefantenkühe haben mit 22 Monaten die längste Trächtigkeitsdauer aller Landsäugetiere. Vater des Kalbes ist der Bulle «Calimero», der aus Zuchtgründen für dreieinhalb Jahre im Zolli weilte.

DIE PARTEIEN ZU DEN WAHLEN

DEMOKRATISCH-SOZIALE PARTEI (DSP)

Zur baselstädtischen Schulpolitik

Die Qualität des Schulangebots ist für unseren Kanton von grosser Bedeutung. Die Basler Schulen geniessen jedoch in der Wirtschaft keinen guten Ruf. Ein zu hoher Ausländeranteil in vielen Klassen und eine missglückte Schulreform bilden die Ursachen. Letztere hat die DSP seit Anbeginn bekämpft. Erst jetzt kommt in breiten Kreisen das böse Erwachen. Unsere Kinder haben darunter zu leiden, wenn sie eine Lehrstelle suchen. Immer öfters ziehen deswegen Familien mit schulpflichtigen Kindern weg. Die DSP fordert deshalb, dass die Integration der ausländischen Jugendlichen nicht zu Lasten der Schweizer Schülerinnen und Schüler erfolgt.

- Ab dem 3. Schuljahr sollen neben den Lernberichten auch wieder Noten erteilt werden. Auf diese Weise bekommen die Schülerinnen und Schüler früher einen echten Massstab ihrer Leistungen (Anzug Giovanni Orsini, DSP, betreffend Wiedereinführung von Noten an der Primarschule und Orientierungsschule).
- Auf Primarschulstufe ist das Hauptgewicht auf die Förderung der Lese-, Schreib- und Sprachkompetenzen zu legen. Nur Schülerinnen und Schüler mit anständigen Deutschkenntnissen gehören in die ordentliche Schule.

Für Kinder mit sprachlichen Problemen sind separate Klassen bereitzustellen, bis sie den Rückstand aufgeholt haben.

- Unser Schulsystem ist an dasjenige unserer Nachbarkantone anzugleichen. Ein Wohnorts- und Schulwechsel wird dadurch erleichtert und die schulischen Resultate werden vergleichbarer (Anzug Tobias Studer, DSP, betreffend Übernahme des Baselbieter Schulsystems; von der DSP unterstützte Jubiläumsinitiative zum Bildungswesen).
- Die DSP ist für staatliche Schulen, da sich nur wenige eine Privatschule leisten können.
- Die hässlichen Container müssen verschwinden und die Schulhäuser saniert werden. Das Schulhaus Hinter Gärten ist endlich zu bauen. Ein dauerndes Verhindern hilft weder den Kindern noch den Handwerkern.

Ob unter den gegebenen Umständen die Übernahme der Primar- und Orientierungsschule durch die Landgemeinden tatsächlich in Betracht zu ziehen ist, ist meines Erachtens mehr als fraglich. Im Vordergrund steht ganz klar das Wohl unserer Kinder.

Christian Heim, Präsident DSP
Sektion Riehen/Bettingen

SCHWEIZERISCHE BÜRGERPARTEI (SBP)

W. Jean Ziegler in den Grossen Rat

Ins Kantonsparlament soll gewählt werden, wer in der Riehener Politik gezeigt hat, dass ihm Selbstständigkeit und Fortschritt der Gemeinde alles bedeuten, wer wie W. Jean Ziegler für die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinde innovative Ideen vorbringen kann und wer seine Kantonalpartei und damit seine Grossratskollegen hinter sich weiss.

Praktische Beispiele

- Riehen darf nicht nur das Gemeindespital bezahlen müssen. Riehen muss den Betrieb des Spitals im Rahmen aller Gesundheitsdienste selbst bestimmen können. Effiziente Gesundheitsdienste bringen niedrigere Krankenkassenprämien. Warum nicht längst eine eigene Region mit tieferen Prämien für Riehen-Bettingen und auch die Prämienzuschüsse in der Gemeinde selbst ausschütten?
- Die Schulen in Gemeinderiege übernehmen bedeutet, dass die Eltern und Lehrer/innen in den überschneidenden Fragen der Erziehung und Ausbildung enger zusammenspannen können.
- Seit vielen Jahren werden die relativ

wenigen Kilometer Kantonsstrassen in Riehen mit Fahrzeugen des kantonalen Tiefbauamtes von Basel-Dreispitz aus gesäubert – ein Aufwand, der mit einer besseren Absprache zwischen Kanton und Gemeinde längst hätte erheblich verkleinert werden können. Und für Planaufgaben neuer Bauprojekte können die Pläne sehr einfach auch in Riehen aufgelegt werden und den Einwohnern Wege und Zeit für die Einsichtnahme im Baudepartement in der Stadt ersparen.

Zusammenarbeit mit Kanton

Der Kanton Basel-Stadt ist solange für alle Fragen der Gemeindeaktivitäten zuständig als der Einwohnergemeinde Riehen der rechtliche Status der Autonomie versagt bleibt. Weitsicht ist gefragt, denn entscheidende Fragestellungen für Riehen liegen schon seit Jahrzehnten in den Schulblenden der Gemeinderäte und Grossräte und warten auf Bearbeitung. Daher, wer die Stimmberichtigten, wählen Sie Dr. W. Jean Ziegler und sein Team in den Grossen Rat.

Schweizerische Bürgerpartei (SBP)

GRÜNES BÜNDNIS (GRÜNE/BASTA!)

Damit der Verkehr umweltfreundliche Lösungen erhält

Alle sind von der Mobilität abhängig – auch die Grünen. Allerdings kommt es auf die Frage an, wie und wie oft wir mobil sind. Die Agglomerationsprobleme der grossen Städte wie der Verkehr, die Luft- und Lebensqualität (zum Beispiel Ozon und Feinstaub und Lärm) betreffen Riehen genauso und ihre Lösungen sind als vordringlich anzusehen.

Die Realität zeigt in Riehen folgendes Bild: Tausende von Wiesentalern und Riehener/innen fahren täglich nach Basel zur Arbeit und zum Freizeitvergnügen – und umgekehrt. Noch immer benutzt die Mehrheit von ihnen dafür das Auto. Darin liegt ein enormes Ausbaupotenzial für die Wiesentalbahn, die seit kurzem von den SBB betrieben wird. Doch um die Leute auf die Bahn zu holen, muss man sich etwas einfallen lassen: Endstation muss der Bahnhof SBB und nicht der Badische Bahnhof sein. Der Halbstundentakt und die bevorstehende Integration in den Tarifverbund sind wichtige Schritte, damit mehr Menschen auf die S-Bahn umsteigen. Zudem braucht es ein gutes Marketing mit Motivationskampagne und schliesslich ist auch der kundenfreundlichen Ausgestaltung der Bahnstationen Beachtung zu schenken. Die triste Bahnunterführung

in Riehen zum Beispiel braucht dringend eine Auffrischung und eine Rampe für Kinderwagen und Rollstuhlfahrende.

Weitere wichtige Massnahmen für die Fussgänger und die Velofahrer wären die direkte, sichere und attraktive Gestaltung der Wege sowie die Einführung von Tempo 30 in allen Wohnquartieren, zum Beispiel auch auf dem Grenzacherweg.

Auch das Angebot der BVB könnte attraktiver gestaltet werden wie z.B. mit dem 6-Minuten-Takt, weniger langen Wartezeiten während der Stosszeiten und an belebten Kreuzungen. Bis die S-Bahn einen attraktiven Takt fährt, würde der Einsatz der Tramlinie 2 bis Riehen all jenen zu Gute kommen, die von Riehen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum Bahnhof gelangen wollen.

Die Verbilligung des öffentlichen Verkehrs, wie es zum Beispiel der Kanton Tessin vormacht: Halbierung der Fahrkarten während der Sommermonate mit hohen Ozonwerten als Anreiz für den Umstieg vom Auto aufs Tram und Bus. Wir setzen uns dafür ein – Grünes Bündnis, Liste 8.

Veronika Arti, Grünes Bündnis

Kompostierbares Wegwerfgeschirr bedenklich

pd. Im Zusammenhang mit dem Catering von Grossanlässen wird immer wieder kompostierbares Geschirr als Alternative zum herkömmlichen Wegwerfgeschirr ins Spiel gebracht. Geworben wird mit dem Prädikat «kompostierbar», um damit den Eindruck einer umweltfreundlichen Entsorgung zu erwecken. Eine umfassende Vergleichsstudie der Firma «Carbotech AG», Basel, welche den ganzen Lebensweg der Produkte nach wissenschaftlichen Kriterien analysiert hat, zeigt nun, dass die Ökobilanz von kompostierbarem Geschirr deutlich schlechter ausfällt als diejenige von herkömmlichem Wegwerfgeschirr. Kompostierbare Becher aus Polymilchsäure (PLA) schneiden um 30 Prozent schlechter ab als herkömmliche PET-Einwegbecher, wie sie heute bei vielen Grossveranstaltungen verwendet werden. Kompostierbare Teller aus Stärke schneiden sogar doppelt so schlecht ab wie Wegwerfteller aus Recyclingkarton.

Entscheidend ist in beiden Fällen die Umweltbelastung (vor allem grosser Energieaufwand, Säurebildung), welche die Herstellung des Rohmaterials verursacht. Die Kompostierung des Einwegmaterials ist ökologisch zwar eine Spur besser als die Verbrennung in einer KVA. Sie kann den bei der Herstellung erlittenen Verlust jedoch bei weitem nicht aufholen.

Trotz negativer Ökobilanz und seit Jahren geäusserten Bedenken der Umweltfachleute wird die Idee des kompostierbaren Wegwerfgeschirrs von Cateringfirmen und Marktfahrern immer wieder als mögliches «Ei des Kolumbus» dargestellt. Zurzeit wird sogar geprüft, inwieweit auch Druckerzeugnisse aus Papier (Reklameflyer, Programmhefte etc.) – die oft mit dem «kompostierbaren» Wegwerfgeschirr zusammen auf dem Boden landen – einer Kompostier- oder Vergärungsanlage zugeführt werden können. Reklamebroschüren und Zeitungen gehören jedoch ins Papierrecycling und keinesfalls auf den Komposthaufen.

Abfallwirtschaftliche Untersuchungen zeigen zudem, dass «kompostierbares» Geschirr in der Praxis tatsächlich nur etwa zur Hälfte kompostiert werden kann. Der Rest ist so stark mit anderen Abfällen durchsetzt (Druckerzeugnisse, Zigarettenschachteln etc.), dass er sortiert werden muss – was unrentabel ist – oder direkt in der Kehrichtverbrennung landet.

Kontraproduktive Auswirkungen hat das «kompostierbare» Geschirr auch auf die Stadtsauberkeit. Es handelt sich nämlich genau gleich wie bei anderen Einwegverpackungen um Wegwerfgeschirr, also Geschirr, das nach dem einmaligen Gebrauch weggeworfen wird. Wenn man diesem Geschirr nun aber den positiv besetzten Begriff «kompostierbar» hinzufügt, legitimiert man die Wegwerfmentalität nicht nur, sondern fördert sie geradezu. Das Amt für Umwelt und Energie Basel-Stadt (AUE) zeigt sich deshalb mit der Fachorganisation für Entsorgung und Strassenunterhalt (FES) des schweizerischen Städteverbands überzeugt, dass die Verwendung von «kompostierbarem» Wegwerfgeschirr bei Festen und Veranstaltungen keine Alternative darstellt. Das vermeintliche Patentrezept sei unökologisch und heize das Litteringproblem vermehrt an, so das AUE.

IMPRESSUM

Verlag:
Riehener Zeitung AG
4125 Riehen, Schopfgrässchen 8
Telefon 061 645 10 00
Telefax 061 645 10 10
Internet www.riehener-zeitung.ch
E-Mail redaktion@riehener-zeitung.ch
inserate@riehener-zeitung.ch
Leitung Alfred Rüdüsühli

Redaktion:
Chefredaktor: Dieter Wüthrich (wü)
Redaktion: Sibylle Meyrat (me)
Rolf Spriessler (rs)

Freie Mitarbeiter:
Nikolaus Cybinski, Rainer Dobrunz, Judith Fischer, Barbara Imobersteg (bim), Philippe Jaquet (Fotos), Franz Osswald (of), Daisy Reck, Amos Winteler (aw)

Inserate:
Sabine Fohn, Verena Stoll
Telefon 061 645 10 00, Telefax 061 645 10 10
Verkauf ausserhalb Verbreitungsgebiet:
Publicitas, 4010 Basel
Telefon 061 275 41 41, Fax 061 275 42 42

Abonnementspreise:
Fr. 76.– jährlich (Einzelverkaufspreis Fr. 1.90)
Abo-Bestellung über Telefon 061 645 10 00
Erscheint wöchentlich im Abonnement
Redaktions- und Anzeigenschluss:
Dienstag, 17 Uhr
Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion.

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI (CVP)

Gesundheit ist ein kostbares Gut

Dank den enormen Fortschritten der Medizin ist es heute möglich, sehr viele Krankheiten und Unfallfolgen zu heilen oder zu lindern. Dadurch müssen aber auch enorme Kostensteigerungen in Kauf genommen werden. Diese Kostenspirale wird heute mehr diskutiert als die Fortschritte der Medizin im eigentlichen Sinn. Alle sind sich einig, dass man sparen muss. Diskutiert wird nur über das Wie.

Von Rationalisieren bis Rationieren wird fast alles vorgeschlagen. Alle Beteiligten machen Vorschläge zur Reduktion der Kosten im Gesundheitswesen, Medizinalpersonen und Politiker. Weil alle schon beim Arzt oder im Spital waren, fühlen sich auch alle kompetent. Da das Gesundheitssystem sehr komplex ist, werden wir aber keine einfachen Problemlösungen finden und auch Einzelmassnahmen werden für sich allein keinen Erfolg haben. Nur vernetztes Denken und Handeln und die Politik der kleinen Schritte wird Lösungsansätze aufzeigen. Kantone und Gemeinden sollen auf ihrem Gebiet eine angemessene Grundversorgung anbieten. Das Gemeindespital in Riehen ist ein solches Beispiel für eine kostengünstige Grundversor-

gung, was auch Regierungsrat Carlo Conti bestätigt. Die Spitzenmedizin soll allen zugänglich sein, aber nicht automatisch im Wohnkanton und in der direkten Umgebung. Sie muss regional oder sogar national geplant und angeboten werden. Die gemeinsame Spitalplanung BS und BL ist ein gutes Beispiel dafür, ebenso wie die Kooperation der medizinischen Fakultäten von Bern und Basel.

Wenn wir auf der politischen Ebene planen und kooperieren, können wir in Zukunft grosse Kostensteigerungen vermeiden. Sparen wird wegen der Bevölkerungsstruktur der Schweiz in den nächsten Jahren nicht möglich sein. Auch die CVP-Krankenkasseninitiative wird kurzfristig keine Kosten einsparen, aber die Prämien für den Mittelstand etwas erträglicher gestalten. Sie wird aber die Grundsatzdiskussion über die Kosten im Gesundheitswesen wieder in Gang bringen und die Menschen in der Schweiz anspornen, mit unserer Gesundheit verantwortungsvoll umzugehen und der Prophylaxe endlich zu oberster Priorität verhelfen.

Dr. med. Rolf von Aarburg,
Grossrat CVP Riehen/Bettingen

POLITIK IG Moostal informierte über ihren Standpunkt zu den Moostal-Initiativen

«Moostal-Entscheid späteren Generationen überlassen»

rs. Diese Woche hat die IG Moostal an einer Presseorientierung ihre Position zur bevorstehenden Gemeindeabstimmung vom 28. November über die Moostal-Initiativen und die gemeinderätlichen Gegenvorschläge erläutert. «Wir sind nicht für eine Grünerhaltung des Moostales auf ewige Zeiten. Das sollen spätere Generationen entscheiden. Aber wir wollen, dass zuerst die im bisherigen Siedlungsgebiet vorhandenen und bereits erschlossenen Reserven genutzt werden, bevor ein grosser, zusammenhängender, naturnaher Raum angetastet wird», erläutert Heinrich Ueberwasser, Präsident der IG Moostal.

Die Abstimmung vom 28. November werde wichtige Weichen für die kommenden Jahrzehnte stellen. Nur eine Annahme der beiden Initiativen werde zumindest vorläufig eine schleichende Überbauung des Gebietes verhindern. Schon der gemeinderätliche Gegenvorschlag, einen Teil der Langoldshalde sowie Streifen an Rheintalweg und Mohrhaldenstrasse zu überbauen, würde ein falsches Signal setzen und weitere Begehrlichkeiten wecken, glaubt Ueberwasser. Mit einem Nein zu Initiativen und Gegenvorschlägen schliesslich sei zu befürchten, dass das 1993 vorgestellte Konzept für eine Grossüberbauung mit bis zu dreihundert neuen Wohnungen wieder ins Spiel gebracht werde. Eine solche Siedlung könne Riehen in jenem Gebiet derzeit schon allein aus verkehrstechnischen Überlegungen heraus kaum verkraften, ist der IG-Präsident überzeugt. Das Konzept wurde seinerzeit von der Bau- und Verwaltungsgenossenschaft Mittelfeld vorgestellt, die von Bruno Mazzotti präsidiert wurde und in der sich auch der damalige Gemeinderat Fritz Weissenberger engagierte. Das Konzept warf im Gemeinderatswahlkampf Anfang 1994 hohe Wellen und war vermutlich ausschlaggebend dafür, dass der damalige FDP-Kandidat Bruno Mazzotti den Sprung in den Gemeinderat nicht schaffte.

Die Behauptungen aus Teilen der Gegnerschaft der Initiativen, auf die Gemeinde könnten bei einer Freihaltung millionenschwere Entschädigungsforderungen zukommen, entbehren nach Ansicht Ueberwassers jeglicher Grundlage.



Das Moostal in der Luftaufnahme: Am linken Bildrand auf halber Höhe ist das Asylbewerberheim «Moosrain» zu sehen, rechts darunter die Langoldshalde, darunter zieht sich der Rheintalweg Richtung Bildmitte. Etwas oberhalb der Bildmitte ist der Schiessstand Riehen zu erkennen.

Foto: Rolf Spriessler

Graue Panther: «Hilfe holen – Hilfe leisten»

rs. Nachbarschaftshilfe und Freiwilligenarbeit ist das Thema der kommenden Monatsversammlung der Grauen Panther vom Montag, 11. Oktober, 14.30 Uhr im Restaurant «Rheinfelderhof» in Basel (Eingang Hammerstrasse 61). Unter der Gesprächsleitung von Valérie Hinnens informieren Ursula Dold («TALENT Tauschring Regio Basel»), Jolanda Gross-Frey («AHE – Arleser helfe enand»), Rosmarie Schneider («BENEVOL Freiwilligenarbeit Basel») und Peter Zemp («NachbarNET Nachbarschaftshilfe Basel»).

Wanzeninvasion

rs. Vor ein paar Wochen hat die Stadtgärtnerei Basel zum ersten Mal eine grosse Anzahl Wanzen an einer Linde in der Cécile Ines Loos-Anlage beobachtet. Die feuerwanzenähnlichen Insekten treten in der Schweiz seit zwei bis drei Jahren auf. Vor allem an Lindenstämmen sind sie zurzeit in Massen anzutreffen. Bei diesem Insekt handelt es sich um *Oxycarenus lavaterae*, eine Wanzenart aus der Familie der Bodenwanzen. Diese Art stammt aus Südeuropa und kommt dort an Malvengewächsen vor. *Oxycarenus lavaterae* saugt an grünen Pflanzenorganen und wurde in der Schweiz am nächsten Verwandten zur Malve, der Linde, festgestellt.

Nymphenstadien weisen einfarbig rote Hinterleibe auf, erwachsene Tiere zeigen die arttypische rot-schwarze Zeichnung an den Flügeldecken. *Oxycarenus lavaterae* verursacht keine nennenswerten Schäden, heisst es in einer Medienmitteilung des Baudepartementes. Das im Frühling und Herbst massenhafte Sammeln der Tiere an Lindenstämmen verursacht jedoch manchmal Besorgnis bei den betroffenen Baumbesitzern. Das Saugen des Pflanzensaftes der Linden ist für die Bäume ungefährlich und auch für Menschen ist dieses Insekt harmlos. Von einer chemischen Bekämpfung wird abgeraten.

AUSSTELLUNG «Reptiles du Monde» zeigt in Basel 400 Schildkröten

Schildkröten als Lebenskünstler in allen Lagen

In der Halle 3 der Messe Basel sind derzeit rund vierhundert Schildkröten zu sehen. «Reptiles du Monde» zeigt 60 der rund 250 bekannten Arten dieser extrem anpassungsfähigen Tiere.

rs. Es gibt kleine und grosse, hohe und flache, schwimmende und nichtschwimmende, schnelle und langsame, fleischfressende und pflanzenfressende Schildkröten – weltweit insgesamt rund 250 Arten. Einen guten Überblick über diese faszinierende Tierart gibt die Ausstellung von «Reptiles du Monde», die bis zum 7. November in der Halle 3 der Messe Basel (im Gebäude des Parkhauses bei der Rosentalanlage) zu sehen ist (geöffnet täglich von 10 Uhr bis 19 Uhr).

Publikumsmagneten sind «Bonnie & Clyde» und drei Riesenschildkröten. Die Riesenschildkrötenart, die in Basel zu sehen ist, kommt wildlebend nur auf den Seychellen vor und gilt als grösste Landschildkröte der Welt. Viel kleiner – etwa 15 Zentimeter – sind die siamesischen Zwillinge «Bonnie & Clyde». Hier handelt es sich um eine Anomalie, wie sie bei der intensiven Zucht der für die Haustierhaltung beliebten Rotwangenschmuckschildkröte immer wieder vorkommt – nur leben solche missgebildeten Tiere normalerweise nur wenige Wochen. «Bonnie & Clyde» wurden 1998 geboren und leben heute ein fast normales Schildkrötenleben.

Dass die Haltung von Schildkröten als Haustiere nicht so unproblematisch ist, zeigen zwei missgebildete Griechische Landschildkröten, die die Ausstellungsmacher von einer Privatperson übernommen haben. «Die Ernährung ist ausserordentlich wichtig», erzählt Alessandra Bianchi, die schon seit zehn Jahren für «Reptiles du Monde» arbeitet, «diese Tiere hier sind Vegetarier, wobei sie Salate bevorzugen und ab und zu Früchte zu sich nehmen. Sie bekamen aber Schokolade sowie Katzen- und Hundefutter zu fressen und deshalb



Die doppelköpfige Schildkröte «Bonnie & Clyde» gehört zu den Attraktionen der Schildkrötenschau, die «Reptiles du Monde» derzeit in Basel zeigt.

Foto: zVg

konnte sich ihr Panzer nicht normal aufbauen», erzählt die gebürtige Tessinerin, entsprechend hat sich der Panzer zu wenig und sehr unregelmässig gewölbt.

Wie man die verschiedenen Schildkrötenarten – wenn überhaupt – halten sollte, welche Besonderheiten es gibt (ausser den in Gefangenschaft sehr schwierig zu haltenden Meeresschildkröten sind alle Hauptarten vertreten), weshalb viele Arten bedroht sind und vieles mehr ist in der Ausstellung zu erfahren. Zu sehen sind auch achtzig junge Schildkröten in einer speziellen «Nurserie», der «Babyabteilung» der Ausstellung.

Zu den ungewöhnlichsten Tieren, die zu sehen sind, zählt die Geierschild-

kröte, eine Süsswasserschildkröte, die, auf dem Grund liegend, mit offenem Mund auf Beute wartet. Im Unterkiefer hat sie einen sich ständig bewegenden Fortsatz, der wie ein Wurm aussieht. Will sich ein vorbeischwimmender Fisch bedienen, schlägt die Geierschildkröte blitzschnell zu. Die Neuguinea-Weichschildkröte, eine weitere Süsswasserart, ist eine mit Flossen ausgestattete Schwimmerin, deren Nase wie ein kleiner Rüssel aussieht (nicht umsonst heisst sie auf Französisch «Tortue à nez de cochon»). Die Spaltenschildkröte, eine reine Landschildkröte, hat einen sehr flachen Panzer und kann sich so in enge Felsspalten zwängen. So

gibt es viele artenspezifische Besonderheiten unter den extrem anpassungsfähigen Tieren.

Schildkröten können ihre Körperfunktionen auf ein Minimum herunterfahren und erreichen dann eine Herzfrequenz von vielleicht noch einem Schlag pro Minute, was ihnen erlaubt, lange Kälte- oder Hitzeperioden irgendwo eingegraben zu überstehen.

Die Gesellschaft «Reptiles du Monde» hat ihren Standort in Servignon bei Lausanne, hält dort Schlangen, Echsen, Skorpione, Spinnen, Frösche und Schildkröten (insgesamt etwa 1500 Tiere) und zeigt ihre Tiere in jährlich zehn bis fünfzehn Ausstellungen.

RZ-WAHLJOURNAL

Grossratswahlen vom 24. Oktober 2004

Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) Liste 1



Gabrielle Bodenschatz-Schmid, 1959, Juristin



Helen Burkhalter, 1937, Unternehmerin



Franziska Castiglioni, 1955, Kindergärtnerin



Nicolas Flückiger, 1982, Jus-Studentin



Christine Goetschy, 1964, Rechtsanwältin und Notarin



Daniela Hintermann, 1962, Vorstand FDP Riehen



Christine Locher-Hoch, 1947, Krankenschwester, bisher



Bruno Mazzotti, 1942, Unternehmer, bisher



Thomas Meyer, 1970, Geschäftsführer, Präsident FDP Riehen



Suzy Mortby-Heim, 1955, Psychologin



Jascha Schneider-M., 1974, Jurist, Radio- und TV-Journalist



Hanspeter Wicki, 1952, Architekt



Andreas Zappalà, 1963, Jurist, Geschäftsführer



Urs Zumstein, 1961, eidg. dipl. Immobilienreuhänder

Liberal-demokratische Partei (LDP) Liste 3



Mario Biondi, 1961, Treuhänder, Unternehmensberater



Jürg Blattner, 1957, Kaufmann



Conradin Cramer, 1979, lic. iur., Jurist



Renée Galbraith, 1956, Juristin



Fabian Looser, 1983, Student



Peter Mathys, 1941, Dr. iur., Advokat



Ursula Merkel, 1967, Verkaufsleiterin



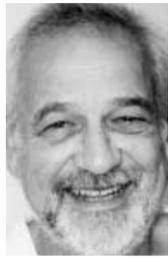
Beat Osswald, 1950, Betriebsökonom FH



Andrea Schotland, 1983, Studentin



Claudia Schultheiss-Bühlmann, 1965, Dr. iur., Juristin



Theo Seckinger, 1940, Baumeister, bisher



Thomas Strahm, 1957, Bankkaufmann



Felix Werner, 1961, Geschäftsführer



Peter Zinkernagel, 1942, dipl. Architekt ETH/SIA, bisher

Verein. Evang. Wählerinnen und Wähler (VEV) Liste 4



Daniele Agnolazza, 1962, IT-Koordinator



Irène Hirzel-Riesen, 1960, Erwachsenenbildnerin



Max Kölliker, 1949, dipl. Ingenieur HTL



David Moor, 1967, Kaufmann, Anlageberater



Margret Oeri-Valerius, 1951, Tagesheimleiterin



Matthias Pfähler, 1964, Pfarrer



Annemarie Pfeifer-Eggenberger, 1954, Psych. Beraterin



Michael Raith, 1944, Theologe, Historiker, Gemeindepräsident



Matthias Schmutz, 1955, Betriebsökonom, bisher



Jürg Sollberger, 1950, eidg. dipl. Meisterlandwirt



Roland Stettler, 1959, Dr. med., Facharzt für Psychiatrie FMH



Heinrich Ueberwasser, 1957, Dr. iur., Advokat



Irène Widmer-Huber, 1966, ordinierte Diakonin



Elisabeth Zahnd-Beck, 1958, Familienfrau

Sozialdemokratische Partei (SP) Liste 5



David Atwood, 1985, Zivildienstleistender



Roland Engeler-Ohnemus, 1956, Berufsschullehrer



Irène Fischer, 1946, Lehrerin, Gemeinderätin, bisher



Simone Gschwend, 1953, Heilpädagogin



Hans-Rudolf Hettesheimer, 1957, Mittellehrer, Automech.



Bea Kurz Herbst, 1948, Lehrerin



Roland Lötscher, 1956, lic. phil. I, Gymnasiallehrer



Michael Martig, 1962, Physiotherapeut



Heinz Oehen-Schumacher, 1961, Bibliothekar BBS



Andrea Pollheimer, 1974, Musiklehrerin



Judith Spalinger, 1985, Schülerin



Lilian Tobler, 1977, lic. iur., Juristin



Guido Vogel, 1962, Dr. phil. nat., Biosicherheitsinspektor



Brigitte Wenger, 1956, Arztgehilfin MPA

Christlich-demokratische Volkspartei (CVP) Liste 7



Daniel Albietz, 1971, lic. iur., Advokat



Esther Barandun, 1955, Unternehmerin



Niggi Benkler, 1942, alt Gerichtspräsident



Pius Bochsler, 1954, Kaufmann



René Hug, 1960, dipl. Spenglermeister



Marlies Jenni-Egger, 1957, Hausfrau



Yolanda Jenni, 1982, Studentin



Stephan Kohler, 1957, stv. Leiter Sportamt Basel-Stadt



Esther Nyffenegger, 1958, Angestellte



Silvia Rietschi Jenny, 1956



Jürg Toffol, 1958, dipl. Architekt ETH/SIA



Rolf von Aarburg, 1953, Dr. med., Arzt, bisher



Thierry von Aarburg, 1986, Student



Christine Werz-Fellmann, 1952, med. Laborantin, Hausfrau

RZ-WAHLJOURNAL

Die Kandidierenden in Riehen und Bettingen

Grünes Bündnis: BastA! und Grüne Liste 8



Veronika Arti, 1961, Politikwissenschaftlerin



Catherine Dietrich, 1970, Buchhalterin/Hausfrau



Stephanie Ehret, 1961, Kommunikationsberaterin



Adrian Engler, 1975, Student/Informatiker



Thomas Grossenbacher, 1964, Lehrer



Gert Handschin, 1959, Künstler/Lehrer



Madeleine Humm-Haenggi, 1958, Primarlehrerin



Beat Rothweiler, 1967, dipl. Haustechnik-Ingenieur HTL



Stefan Ryser, 1952, lic. phil. I, Familientherapeut



Johanna Schaffner, 1941, kaufm. Angestellte



Denise Schenkel-Nussbaumer, 1958, Primarlehrerin



Christian Schlumpf, 1970, Vertriebsleiter



Robert Stritmatter, 1945, Dr. phil.



Beate Werner-Brunschwiler, 1961, Sozialpädagogin

Demokratisch-Soziale Partei (DSP) Liste 11



Hans Bigler, 1957, Angeh. des Grenzwachtkorps



Markus Bittel, 1951, Dr. med., Kinderchirurg FMH



Markus Bregenzer, 1960, Sachbearbeiter



Herbert Büchler, 1958, Grenzwächter



Edith Habraken, 1965, Musikerin



Christian Heim, 1958, lic. iur., Grundbuchverwalter



René Leuenberger, 1959, Psychiatriepfleger



Hans Rudolf Lüthi-Zysset, 1943, Rentner



Werner Müller, 1933, Dr. med., Arzt



Daniel Pfrter, 1969, Reiseberater SBB



Robert Saladin-Pohl, 1936, Gemeindevweibel a. D.



Werner Schneeberger, 1941, Kaufmann



Susanne Trächlin, 1960, Pflegefachfrau



Christine Zacher, 1960, Zahnarztgehilfin

Schweizerische Volkspartei (SVP) Liste 12



Andreas Oberkirch, 1983, Kaufmann



Roland Ruf, 1954, Kaufmann



Eduard Rutschmann, 1953, Gruppenchef Grenzwacht



Matthias Stalder, 1984, angehender Informatiker



Peter A. Vogt, 1939, dipl. Psychologe



Stephan Weber, 1983, Anlage- und Apparatebauer

Schweizerische Bürger Partei (SBP) Liste 16



Markus Brack, 1961, Lokomotivführer



Claudia Knöpfel, 1968, kaufm. Angestellte



Jürg Schmidlin-Wirth, 1948, Zahntechniker



Michael Sutter, 1975, dipl. Wirt



W. Jean Ziegler, 1938, Dr. phil., Biomediziner

Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU) Liste 14



Catrin Backlund-Morris, 1966, lic. theol., Hausfrau



Samuel Plüss, 1943, Buschauffeur



Heidi Recher, 1941, pensionierte Postangestellte



Marcel Vökt, 1960, Polizist

Wahlkreis Bettingen

Aktives Bettingen



Helmut Hersberger, 1951, lic. oec. HSG, Unternehmer

Bettinger Dorfvereinigung



Rudolf Duthaler, 1946, Dr. sc. nat. ETH, Chemiker

VEW Bettingen



Herbert Streit, 1965, Ingenieur FH

Freie Liste Bettingen



Philippe Ramseyer, 1960, Mittellehrer

Wie viele Frauen – wie viele Männer?

Auch bei den kommenden Grossratswahlen übersteigt die Zahl der Kandidaten bei weitem die Zahl der Kandidatinnen. Im Wahlkreis Riehen bewerben sich 73 Männer (64,6 Prozent) und 40 Frauen (35,4 Prozent) um einen der 14 Parlamentssitze. Den grössten Frauenanteil stellt die FDP und die EDU mit je 50 Prozent, wobei die EDU nur mit vier Kandidierenden antritt. Einen über dem Durchschnitt liegenden Frauenanteil stellen zudem die SP, das Grüne Bündnis und die CVP mit je 42,86 Prozent. Ebenfalls noch leicht über dem Durchschnitt liegt die VEW mit einem Frauenanteil von 35,71 Prozent. Die LDP und die DSP weisen einen Kandidatinnenanteil von 28,57 bzw. 21,43 Prozent auf. Das Schlusslicht bilden die SBP mit 20 Prozent und die SVP, die keine einzige Frau portiert hat. Letzteres gilt auch für den Wahlkreis Bettingen.

Wahljournal der Riehener Zeitung

117 Kandidatinnen und Kandidaten auf 14 Parteilisten bewerben sich bei den kommenden Grossratswahlen vom 24. Oktober um einen der 15 Sitze der Wahlkreise Riehen und Bettingen im Kantonsparlament. Auf dieser Doppelseite stellt Ihnen die Riehener Zeitung sämtliche Bewerberinnen und Bewerber in alphabetischer Reihenfolge und nach Parteien geordnet mit Bild und einer Kurzbiografie vor. Gegenüber den letzten Grossratswahlen vor vier Jahren sind im Wahlkreis Riehen neu 14 (bisher 13) Mandate zu vergeben. Der zusätzliche, wegen der gestiegenen Bevölkerungszahl zugesprochene Sitz geht zu Lasten des Wahlkreises Kleinbasel. In Bettingen bewerben sich vier Kandidaten um das einzige Grossratsmandat.

Um einen der 7 Sitze in der baselstädtischen Exekutive bewerben sich 15 Kandidatinnen und Kandidaten, davon sechs Bisherige. Der noch amtierende Finanzdirektor Ueli Vischer hat nach zwölf Amtsjahren auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Die drei etablierten bürgerlichen Parteien CVP, FDP und LDP treten ebenso wie das linksgrüne Bündnis von SP/Grüne/BastA! mit einem Viererticket an. Ebenfalls vier Kandidierende umfasst die Liste gegen «Armut und Ausgrenzung».

Der siebenköpfige baselstädtische Regierungsrat wird im Majorzverfahren, der 130-köpfige Grosse Rat im Proporzverfahren gewählt. Listenverbindungen bestehen zwischen FDP, LDP und CVP (Listen 1, 3 und 7), zwischen SP und Grünem Bündnis (Listen 5 und 8) sowie zwischen VEW und DSP (Listen 4 und 11).

Auf den folgenden Seiten werden sämtliche Kandidatinnen und Kandidaten für den Regierungsrat in Wort und Bild vorgestellt. Ebenfalls im heutigen RZ-Wahljournal finden Sie ein Kurzinterview mit je einem Repräsentanten bzw. einer Repräsentantin aller Riehener und Bettinger Parteien.

Ein allfälliger zweiter Regierungsrats-Wahlgang findet am Wochenende vom 26. bis 28. November statt.

RZ-WAHLJOURNAL

Hans Martin Tschudi, DSP, bisher



Hans Martin Tschudi (*1951), Studium der Jurisprudenz in Basel (lic. iur.), diverse Praktika bei der Sandoz, Schweizer Mustermesse, kantonalen Verwaltung, beim Zivilgericht und bei der Advokatur, 1979 Promotion zum Dr. iur., 1980 Studienaufenthalt an der Harvard-Universität, USA, 1981–1994 Departementssekretär des Wirtschafts- und Sozialdepartementes, seit 1994 Regierungsrat (Vorsteher Justizdepartement), verheiratet, Vater eines Sohnes, wohnhaft in Riehen.

RZ: Herr Tschudi, Sie sind seit 1994 Regierungsrat. Wie hat sich in diesen zehn Jahren der Mensch Hans Martin Tschudi verändert?

Hans Martin Tschudi: Das müssten Sie eigentlich andere fragen. Aus meinem Umfeld höre ich allerdings, dass ich in all diesen Jahren immer mich selbst geblieben sei. Ich bin nun im elften Regierungsjahr und gehe immer noch sehr gerne jeden Tag ins Blaue Haus und habe Freude an meiner Arbeit. Ich konnte in diesen zehn Jahren viel gestalten in ganz verschiedenen, gesellschaftspolitisch wichtigen und interessanten Bereichen. Ich bin ja nicht nur Justizdirektor, sondern auch Jugend-, Gleichstellungs- und Aussenminister und zudem auch noch für die

Landgemeinden zuständig. Ich meine, dass ich in diesen zehn Jahren viel Erfahrung gewonnen und das nötige politische Augenmass entwickelt habe. Für mich wurde es je länger, je mehr wichtig, eine sachbezogene, zielgerichtete Politik zu machen, die den Menschen in diesem Kanton wirklich etwas Substantielles bringt. Umgekehrt habe ich je länger, je weniger Freude an ideologischen Grundsatzdebatten, wie sie leider auch in Basel-Stadt angesichts der politischen Extreme zwischen links und rechts immer heftiger geführt werden. Solche Diskussionen bringen uns letztlich nicht weiter.

Wie hat sich aus Ihrer Sicht der Kanton Basel-Stadt in diesen zehn Jahren entwickelt – im positiven wie im negativen Sinn?

Während Jahrzehnten waren die kantonalen Finanzen nie ein Thema. Geld war in Hülle und Fülle vorhanden. Dementsprechend konnte man es für öffentliche Aufgaben grosszügig ausgeben. In den letzten zehn Jahren erlebe ich genau das Gegenteil. Seit ich im Regierungsrat bin, hatten wir fast nur Defizite auszuweisen. Fehlende Mittel beschränken natürlich den Gestaltungsspielraum wesentlich. Starres Besitzstanddenken führt in dieser Situation nicht weiter. Alle müssen Opfer bringen. Gerade in meinem Departement gehen Sparmassnahmen sehr schnell ans Lebendige, weil bei fast allen unseren Dienstleistungen – ob nun im Jugendschutz, bei der Vormundschaftsbehörde oder auch in der Strafverfolgung – Menschen im Zentrum stehen. Darum dürfen bei allen Sparmassnahmen das Augenmass und das soziale Denken nicht verloren gehen. Und vor allem darf niemals die Rechtsstaatlichkeit auf der Strecke bleiben.

Dass wir den Gürtel enger schnallen müssen, lässt sich am besten am Beispiel unserer Beziehung zum Kanton Baselland nachweisen. Für unseren Nachbarkanton waren wir früher immer so etwas wie der «reiche Onkel». Und es war selbstverständlich, dass dieser reiche Onkel vieles bezahlte. Heute können wir uns aus eigener Kraft nicht

mehr alles leisten und deshalb sind wir zur Finanzierung der grossen Werke wie Universität, Fachhochschulen, Universitätsspitaler oder auch der Verkehrsinfrastruktur dringend auf eine enge Kooperation mit unseren Nachbarn angewiesen. Übrigens nicht nur mit Baselland, sondern auch mit den anderen Kantonen der Nordwestschweiz sowie mit dem Elsass und unseren badischen Nachbarn.

Grosse Veränderungen haben auch im Sozialbereich stattgefunden. Ich trete deshalb seit jeher für die Förderung der Wirtschaft ein, denn ohne prosperierende Wirtschaft ist unser Sozialstaat auf Dauer nicht zu halten. Die Wirtschaft darf nicht unsozial sein, umgekehrt darf aber auch unsere Sozialpolitik nicht wirtschaftsfeindlich sein.

Die grösste Veränderung ist jedoch mit Sicherheit die Öffnung Europas, die wir hier in Basel-Stadt viel stärker spüren als etwa ein Binnenkanton.

Amtierende Regierungsräte haben gegenüber den anderen Kandidierenden den Vorteil, bereits einen exekutiven Leistungsausweis vorweisen zu können. Wie beurteilen Sie Ihren Leistungsausweis?

In den vergangenen vier Jahren sind unter meiner Federführung vom Justizdepartement zahlreiche neue Projekte aufgelegt und bereits laufende Projekte zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht worden. So haben wir im juristischen Bereich das neue Sozialversicherungsgericht installiert, die Totalrevision des Notariatsgesetzes und die rechtlichen Grundlagen für die Videoüberwachung im öffentlichen Raum dem Grossen Rat vorgelegt. Im Sozialbereich sind die Beratungsstellen für die Opferhilfe zusammengeführt und die Schulsozialarbeit und die Mobile Jugendarbeit eingerichtet worden. Im Strafrechtsbereich wurde das «Electronic Monitoring», das heisst die elektronische Fussfessel, eingeführt und das Verzeigungsverfahren gegen Kleinkriminalität und Drogendealer vereinfacht und beschleunigt. Wir haben das Projekt «Halt Gewalt» gegen häusliche Gewalt lanciert und damit die Initialzündung zu einer nationalen Kampagne gegeben. Schliesslich haben wir in Zusammenarbeit mit dem FC Basel und

dem EHC Basel ein Fanprojekt gegen Gewalt bei Sportveranstaltungen gestartet und es wurde im Neubadquartier ein neuer Jugendtreffpunkt eröffnet. Und last but not least konnten wir im Rahmen des «Bio Valley»-Projektes die trinationale Vernetzung im Bereich der Life Sciences vorantreiben.

Die Landgemeinden wünschen sich seit Jahren vermehrte Autonomie und vor allem eine klare Kostentransparenz bei der Unterscheidung von städtischen und kantonalen Aufgaben. Werden Sie sich im Falle Ihrer Wiederwahl um die Erfüllung dieser Wünsche bemühen?

Derzeit ist ja eine Arbeitsgruppe unter meiner Leitung daran, die Möglichkeiten und Grenzen einer solchen Kostenaufschlüsselung zu evaluieren. Bis zum Jahr 2007 muss die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden neu geregelt sein. Im Rahmen dieses Projektes prüfen wir auch Modelle eines neuen Finanzausgleichs. Ein von der Universität St. Gallen im Auftrag der Gemeinden und des Justizdepartementes ausgearbeiteter Vorschlag für eine neue Darstellung der Finanzströme zwischen dem Kanton und seinen Landgemeinden liegt zwar bereits auf dem Tisch, muss aber noch verbessert werden. Als für die Landgemeinden zuständiger Regierungsrat ist mir grundsätzlich eine grösstmögliche Autonomie der Gemeinden gerade auch im Sinne der Bürgernähe ein zentrales Anliegen. Wir sind uns deshalb mit den Gemeinden einig, dass sie zusätzliche Aufgaben zu übernehmen haben, wenn sie über die nötigen finanziellen Mittel verfügen. Was die Autonomie betrifft, soll diese durch die neue Kantonsverfassung deutlich gestärkt werden, etwa mit der Gemeindeförderung oder der Einführung des Quorums, das bei allen die Gemeinden betreffenden politischen Entscheidungen deren Majorisierung durch die Stadt erschwert.

Bisweilen erhält man den Eindruck, als seien grenzüberschreitende Projekte wie etwa die Oberrheinkonferenz oder die Nachbarschaftspflege mit den badischen und elsässischen Städten und Gemeinden vor allem ein Steckenpferd der Politiker, ohne gros-

se Resonanz und Unterstützung in der Bevölkerung. Teilen Sie als baselstädtischer «Aussenminister» diese Einschätzung?

Ich hatte vor einigen Jahren als Regierungspräsident die Ehre, auf Einladung der Stadt Freiburg im Breisgau die Neujahrsansprache zu halten. Ich hielt diese auf Baseldeutsch und dennoch verstanden die Anwesenden jedes Wort. Ich will damit sagen, dass wir hier in der Dreiländerecke mit einer gemeinsamen Sprache und Kultur eine hervorragende Ausgangslage für eine noch engere Zusammenarbeit in allen Lebensbereichen haben. Diese Chance müssen wir nutzen. Bereits heute bestehen enge Kontakte und eine gute Zusammenarbeit – und zwar nicht nur zwischen den politischen Instanzen, sondern auch im Alltag der Menschen.

Auch in Basel-Stadt erlitten die Parteien der Mitte, zu denen sich die DSP zählt, zuletzt immer grössere Verluste. Glauben Sie, dass es die DSP in zehn Jahren noch geben wird?

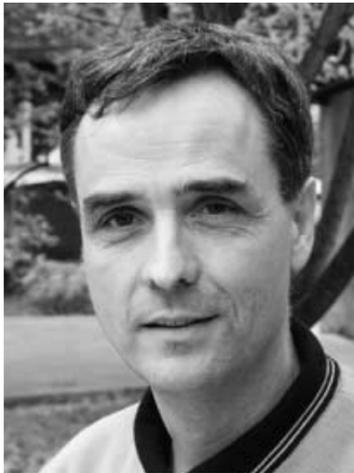
Wie schon mein Vorgänger, Regierungsrat Karl Schnyder, werde auch ich dies immer wieder gefragt. Ich bin sehr zuversichtlich. Die DSP präsentiert auch für die kommenden Wahlen wieder volle Listen mit hervorragenden Kandidatinnen und Kandidaten. Und warum engagieren sich alle diese Menschen für die DSP? Weil sie von unserer Politik der Mitte und des sozialen Ausgleichs, gerade in Zeiten zunehmender Polarisierung, überzeugt sind.

Warum sollen die baselstädtischen Wählerinnen und Wähler Sie am 24. Oktober für eine weitere Amtsperiode bestätigen?

Die Bevölkerung hat mich im Kanton und in meiner Wohngemeinde Riehen nun zehn Jahre erlebt, und wenn sie zufrieden war, dann würde ich mich über eine Wiederwahl freuen. Ich denke, dass die Wählerinnen und Wähler sehr wohl wissen, dass ich mich in meiner bisherigen Amtszeit mit voller Kraft für unseren Kanton und die hier lebenden Menschen eingesetzt habe.

Interview: Dieter Wüthrich

Guy Morin, Grüne/Bündnis



Guy Morin (*1956), Schulen in Riehen und Basel, zuerst Studium der Theologie (drei Semester), danach Studium der Medizin. Assistenzarzt unter anderem am Gemeindespital Riehen. Seit 1993 eigene Hausarztpraxis im St.-Johann-Quartier. Präsident der HMO-Ärzte Basel-Stadt. Guy Morin ist verheiratet und Vater von zwei Kindern.

RZ: Herr Morin, im Falle Ihrer Wahl in den Regierungsrat müssten Sie Ihre Arztpraxis aufgeben. Was bewegt Sie dazu, die existenzielle Sicherheit Ihres Berufes aufzugeben, verbunden mit dem Risiko, nach Ablauf Ihrer Regierungszeit wohl kaum mehr in Ihre Praxistätigkeit zurückkehren zu können?

Guy Morin: Wenn man einmal Regierungsrat gewesen ist – ob man nun pensioniert oder abgewählt wurde –, hat man doch eine recht grosse soziale Sicherheit. Das macht mir also keine Angst. Mehr bewegt mich, dass ich als Arzt meine Praxis aufgeben müsste, ohne die Probleme meiner Patientinnen und Patienten, die politisch gelöst werden müssten, gelöst zu haben. Ich kann zwar einem Asthmatiker ein Medikament verschreiben, die Ursachen der Zunahme von Atemwegserkrankungen bleiben davon aber unbeeinflusst. Als Regierungsrat würde ich die gleichen

Anliegen vertreten wie als Arzt, es wäre also einfach eine Verlagerung des Tätigkeitsfeldes.

Als Arzt arbeiten Sie in einem Kanton, dessen Bewohnerinnen und Bewohner mit die höchsten Krankenkassenprämien in der ganzen Schweiz bezahlen müssen. Was läuft da falsch in unserem kantonalen Gesundheitssystem und wie würden Sie es «richtig» machen?

Dieses Problem ist ein weiteres Motiv für meine Kandidatur. Als Präsident der HMO-Ärzte bemühe ich mich bereits heute um eine Senkung der Gesundheitskosten. Im HMO-System sparen wir rund dreissig Prozent gegenüber dem konventionellen Krankenkassensystem. Das Hauptproblem liegt daran, dass in einem enger werdenden Gesundheitsmarkt alle Anbieter um Marktanteile kämpfen. Dies führt zu teilweise abstrusen Verhältnissen. Alle Spitäler und alle Praxen wollen noch mehr Geräte und noch mehr Hightech. Jeder schaut nur auf sich und dabei ist die Schnittstellenkommunikation zwischen den verschiedenen Anbietern zusammengebrochen. Ein Ansatz zur Optimierung der Behandlungskette wäre die Einführung eines Primärarztsystems, bei dem der Hausarzt ein grösseres Gewicht bei der Triage erhält und bei dem der Kanton steuernd eingreifen könnte.

Welche Zukunft sehen Sie für das Riehener Gemeindespital?

Ich fühle mich dem Gemeindespital sehr verbunden, denn ich habe selbst zwei Jahre als Assistenzarzt dort gearbeitet. Das Gemeindespital hat auch in Zukunft eine wichtige Aufgabe im Bereich der Grundversorgung, wo es oft eine effizientere Behandlung als etwa das Kantonsspital anbieten kann. Umgekehrt muss das Kantonsspital in seiner Grundversorgung begrenzt bleiben und sich vor allem der Spitzenmedizin widmen. Sinnvoll ist möglicherweise der Ausbau gewisser «Spezialitäten» am Gemeindespital, wie es bereits heute auf dem Gebiet der Behandlung von Ernährungsstörungen der Fall ist. Im

Übrigen besteht wohl ein grosser Konsens darüber, dass der Bettenabbau am Gemeindespital abgeschlossen ist.

Die Landgemeinden fordern vom Kanton schon seit langem Transparenz bei der Kostenaufteilung von kantonalen und städtischen Aufgaben. Würden Sie als Regierungsrat diesen Anspruch unterstützen?

Der Anspruch auf Kostentransparenz ist sicher berechtigt. Im Rahmen der baselstädtischen Verwaltungsreform sind solche Bestrebungen ja im Gange. Ob die Gemeinde Riehen in Bezug auf die Abgeltung zentralörtlicher Leistungen tatsächlich Nettozahlerin ist, vermag ich nicht zu beurteilen. Ob die nach wie vor bestehenden Steuerunterschiede zwischen Stadt und Landgemeinden berechtigt sind, scheint mir zumindest fraglich. Ich bin in Riehen aufgewachsen und bisweilen habe ich das Gefühl, Riehen verhalte sich ähnlich wie der Kanton Baselland, der die von Basel-Stadt erbrachten zentralörtlichen Leistungen als sehr teuer empfindet. Ich meine, die Übernahme zusätzlicher Aufgaben durch die Landgemeinden bleibt der richtige Weg.

Befürworten Sie eine Kommunalisierung der Grundschulen?

Trotz gewissen Ängsten der Lehrkräfte, dass sie bei einer Kommunalisierung gegenüber der städtischen Lehrerschaft schlechter gestellt würden, meine ich, dass auch in Basel-Stadt möglich sein sollte, was in anderen Kantonen schon lange der Fall ist. Wenn die Landgemeinden die Schulen wirklich übernehmen wollen, dann sollen sie dies auch dürfen.

Basel-Stadt ist ein Hochsteuerkanton. Sie wollen sich nach eigenem Bekunden als Regierungsrat für eine familienfreundliche Steuerpolitik einsetzen. Wie sähe diese konkret aus?

Es gäbe verschiedene Modelle, etwa mittels höherer Abzüge oder höherer Kinderzulagen. Viel wichtiger als alle Steuersatzdiskussionen scheint mir aber, dass wir in unserem Kanton wieder mehr an die Wertschöpfung glauben. Wir brauchen mehr Innovation in neue, nachhaltige Wirtschafts- und Ge-

werbezweige, etwa im Bereich der Nutzung erneuerbarer Energien. Die bisherigen Sparmassnahmen einerseits, verbunden mit Steuerenkungen, die nur wenigen zu Gute kommen, andererseits, führen eher zu einer Lähmung und zu einer depressiven Grundstimmung in der Bevölkerung.

Basel-Stadt krankt nicht daran, dass es an so genannt sehr guten Steuerzahlern fehlt, sondern dass der Mittelstand in die Nachbarkantone auswandert – wegen eines Mangels an günstigen Familienwohnungen, wegen eines wenig kinderfreundlichen Wohnumfeldes, wegen der hohen Krankenkassenprämien. Deshalb braucht es vor allem mehr Lebens- und Wohnqualität für den Mittelstand.

Die Sparmassnahmen von Regierung und Grosse Rat haben sehr unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Wo würden Sie den Rotstift ansetzen und wo darf Ihrer Meinung nach auf keinen Fall gespart werden?

Die Rechnung 2003 fiel, je nachdem wie man die Rückstellungen berücksichtigt, gar nicht so schlecht aus. Und der Halbjahresabschluss 2004 soll auch ganz erfreulich sein. Es wurde einerseits viel Schwarzmalerei betrieben, um die Sparmassnahmen durchzubringen. Andererseits führten Steuergeschenke an einige wenige Privilegierte zu Mindereinnahmen. Am Beispiel der Stadt Bern zeigt sich auch, dass eine linksgrüne Regierung nicht einfach mehr Schulden anhäuft. Der Bildungsbereich sollte für Sparmassnahmen weitgehend tabu bleiben, denn diese würden höchstens eine Verschiebung der Probleme um zehn oder zwanzig Jahre bedeuten. Ebenfalls sehr zurückhaltend wäre ich bei staatlichen Dienstleistungen und beim öffentlichen Verkehr.

Zusätzliches Sparpotenzial sehe ich beim Hoch- und beim Tiefbau, wo auch heute noch Luxusvarianten ausgeführt werden. Auch im Gesundheitswesen wären mit einer Steigerung der Effizienz ohne Leistungsabbau noch Einsparungen möglich. Und vor allem müssten die von Basel-Stadt erbrachten zentralörtlichen Leistungen besser abgegolten werden. Bei der Finanzierung der Kultur und der Spitzenmedizin

nimmt Basel-Stadt gegenüber den Nachbarkantonen und -gemeinden viel zu sehr eine Bittstellerhaltung ein. Bevor wir einen Leistungsabbau vornehmen, müssten wir zum Beispiel prüfen, von den Besucherinnen und Besuchern aus anderen Kantonen und Gemeinden höhere Preise für einen Theaterbesuch zu verlangen. Dies gilt auch für die Studiengebühren an der Universität und für die Spitalbehandlungskosten.

Sie wohnen auf dem Bruderholz, in einem Quartier mit einem vergleichsweise niedrigen Ausländeranteil. Ihre Praxis führen Sie indessen im St.-Johann-Quartier mit einem hohen Ausländeranteil. Könnten Sie sich auch das Umgekehrte vorstellen?

Im Prinzip schon, meine Frau und ich haben lange im Kleinbasel gewohnt. Die Wohn- und Arbeitswelt örtlich zu trennen, war für uns ein bewusster Entscheid. Ich brauche diese örtliche Entfernung. Und unser heutiges Wohnquartier ist zweifellos viel kinderfreundlicher als etwa das untere Kleinbasel oder das St.-Johann-Quartier. Ich bin mir aber der privilegierten Situation für mich und meine Familie durchaus bewusst.

Wie beurteilen Sie das neue baselstädtische Migrationsgesetz?

Ich finde das Gesetz erstaunlich gut, insbesondere, was die dadurch gewährte Chancengleichheit für Staatsangehörige aus anderen Ländern betrifft. Auch die Verpflichtung zum Deutschunterricht ist sinnvoll. Ich erlebe in meiner Praxis oft, dass ausländische Frauen ohne Sprachkenntnisse und wegen der damit verbundenen sozialen Isolierung krank werden. Die sprachliche Integration ist also durchaus auch eine Hilfeleistung und nicht nur eine verpflichtende Forderung.

Was spricht für einen Regierungsrat Guy Morin?

Ich möchte versuchen, wegzukommen von der blossen Verwaltung des politischen Status quo und stattdessen in die kantonale Politik wieder die Dimension von Visionen, von Hoffnung und Nachhaltigkeit einbringen.

Interview: Dieter Wüthrich

Angelika Zanolari, SVP



Angelika Zanolari (*1951), kaufmännische Ausbildung, heute als administrative Leiterin im medizinischen Bereich tätig, Präsidentin der SVP Basel-Stadt, Delegierte der SVP Schweiz, Stützpunktleiterin der AUNS, seit 1999 Verfassungsrätin (Fraktionspräsidentin), seit 2000 Grossrätin (Vizepräsidentin der SVP-Fraktion). Mitglied der Handwerkskammer beider Basel.

RZ: Frau Zanolari, nach den gescheiterten SVP-Kandidaturen von Marc Meyer und Thomas Bucheli wollen nun Sie am 24. Oktober in den Regierungsrat einziehen. Warum sind Sie nicht bereits bei früheren Regierungsratswahlen angetreten?

Angelika Zanolari: Bei den letzten National- und Ständeratswahlen erhielt ich von allen bürgerlichen Kandidatinnen und Kandidaten am meisten Stimmen. Es ist Zeit, dass nun endlich eine bürgerliche Frau Regierungsverantwortung übernimmt bzw. dies zumindest versucht und damit die bürgerliche Männerphalanx zu durchbrechen. Dass ich selbst erst zu dieser Wahl antrete, hat damit zu tun, dass ich bis heute mit parteiinterner Aufbauarbeit ausgelastet war. Jetzt bin ich bereit, nicht zuletzt auch, weil wir in der SVP über junge, fähige und motivierte Nachwuchskräfte

verfügen, denen ich die Geschicke der Partei guten Gewissens übergeben kann.

Die SVP Basel-Stadt und Sie als deren Präsidentin haben in den letzten Jahren einen politischen Stil in die kantonale Politik hineingetragen, der von vielen Menschen als aggressiv, vereinfachend, polemisierend und politisch Andersdenkende verunglimpfend empfunden wird. Warum politisieren Sie mit dem verbalen Zweihänder?

Das ist ein Klischee, dass nur die SVP deutliche Worte gebraucht. Die SP ist doch zehn Mal schlimmer als wir. Am Anfang versuchte man, die SVP mundtot zu machen. Und als die anderen Parteien merkten, dass das nicht funktioniert, haben sie angefangen, uns gezielt zu provozieren. Ich kann sagen und tun, was ich will – es gibt so oder so ein Riesengeschrei. Umgekehrt können Politikerinnen und Politiker der SP polemisieren, so viel sie wollen – kein Hahn kräht danach. Dass die SP uns attackiert, kann ich ja noch begreifen. Dass aber die anderen bürgerlichen Parteien ins gleiche Horn blasen, da habe ich schon eher Mühe. Die SVP ist eben dafür bekannt, dass sie Klartext spricht. Wir wollen mit unserer klaren, einfachen Sprache die breiten Bevölkerungsschichten, das heisst die Frau und den Mann aus dem Volk, und nicht bloss einige hoch Gebildete ansprechen. Ich höre immer wieder, dass die Menschen nicht mehr verstehen, was ihnen die Politiker der anderen Parteien vermitteln wollen. Die SP beispielsweise deckt schon längst nicht mehr die Anliegen ihrer traditionellen Wählerschaft ab.

Die anderen bürgerlichen Parteien lehnen eine Zusammenarbeit mit dem Argument ab, die SVP könne ihnen nicht einerseits dauernd ans Schienbein treten und andererseits erwarten, dass sie dann mit Handkuss empfangen wird. Könnten Sie Ihren politischen Anliegen mit einem konzilianteren Umgangston nicht viel besser zum Durchbruch verhelfen?

Bei den meisten Geschäften im Gros-

sen Rat stimmt die SVP mit den anderen bürgerlichen Parteien. Es sind letztlich nur wenige Geschäfte, wo wir «Stopp» rufen, weil es um eine politische Mogelpackung oder um einen Kuhhandel mit den Linken geht. Die SVP strebt ja permanent die Zusammenarbeit mit den anderen bürgerlichen Parteien an, aber diese lehnen ab. Am meisten Widerstand leistet die CVP. FDP und LDP sagen zu ihrer Rechtfertigung dann, sie würden nun schon so lange mit der CVP koalieren, dass sie gar nicht mehr anders könnten. Das ist ihre Entscheidung und so marschieren die SVP eben allein. Wenn die SVP nicht den Mut hätte, sich in klaren, deutlichen Worten auszudrücken, würden wir in diesem Stadtkanton zusammen mit den anderen Leisetreter- und Laviererparteien untergehen. Es braucht wohl noch einige Zeit, um als unbequeme Partei akzeptiert zu werden. Aber letztlich werde ich nicht vom Parlament, sondern vom Volk gewählt. Und dort geniesse ich offenbar eine grosse Unterstützung. Ich höre oft: «Lassen Sie sich ja keinen Maulkorb anlegen.»

Die SVP schöpft ein hohes Mass ihrer in den letzten Jahren gewonnenen Stärke aus ihrer Oppositionsrolle. Besteht da nicht die Gefahr, dass dieser «Bonus» nicht mehr spielt, wenn Angelika Zanolari in die Regierung eingebunden ist?

Das glaube ich nicht. Denn wir haben wirklich fähige Leute, die meine Rolle mühelos übernehmen könnten, falls ich in die Regierung gewählt würde. An meiner Stelle müsste dann eben jemand anders die Leaderfunktion übernehmen.

Glauben Sie, dass Sie mit Ihren politischen Anliegen, insbesondere im Bereich der Sicherheits-, Sozial- und Migrationspolitik, im Regierungsrat erfolgreich wirken können?

Ich mache mir da keine Illusionen, denn ich kenne die Haltung eines Hans Martin Tschudi oder eines Christoph Eymann. Aber ich werde es natürlich trotzdem versuchen. Sie wissen ja: Ohne Druck und Kraft bewegt sich nichts. Es ist eine Tatsache, dass die heutige, sich als mehrheitlich bürgerlich be-

zeichnende Regierung keine wirklich bürgerliche Politik macht.

Welches Departement würden Sie am liebsten bzw. gar nicht gerne übernehmen, wenn Sie nach Ihrer Wahl frei aussuchen könnten?

Eher ungenügend würde ich das Sanitätsdepartement übernehmen, zumal Carlo Conti seine Aufgabe sehr gut macht. Das Polizei- und Militärdepartement würde mich umgekehrt sehr reizen, weil dort die Entscheidungen zu jenen Themen vorbereitet und getroffen werden, die mich seit Beginn meiner politischen Arbeit am meisten beschäftigen.

Die Verlautbarungen der SVP lassen oftmals den Schluss zu, dass alle anderen Parteien alles falsch machen und nur die SVP es richten könne. Haben Sie, Frau Zanolari, als Grossrätin oder als Verfassungsrätin auch Entscheidungen mitgetragen, die Sie im Rückblick als falsch erachten?

Nein, denn ich habe immer versucht, gangbare Kompromisse zu finden. Ich habe auch Entscheidungen mitgetragen, die meinen eigenen, persönlichen Interessen entgegenstanden. So war ich etwa gegen eine fünfte Ferienwoche für das Staatspersonal, weil ich diese für finanziell nicht tragbar halte. Und auch beim neuen Pensionskassengesetz habe ich den im Grossen Rat ausgehandelten Kompromiss unterstützt, obwohl mir dies selbst finanzielle Nachteile beschert.

Sie sind seit 1999 Verfassungsrätin und seit 2000 Grossrätin. Wie beurteilen Sie Ihren Leistungsausweis in diesen Bereichen?

Die SVP hat vieles erreicht. Zum Beispiel im Schulbereich, wo wir schon unablässig pochend lange Veränderungen verlangt haben. So wurde die WBS jetzt in zwei Leistungszüge aufgeteilt – wir verlangten deren drei. Wir haben die Wiedereinführung von Noten verlangt, und es wurde ein Punktesystem eingeführt. Auch das neue Integrationsgesetz nimmt vieles von dem auf, was die SVP angeregt hat. Die Forderung nach einem Deutschunterricht-Obligatorium für Migrantinnen und Migranten kam ursprünglich von der SVP. Im Sozialhilfebereich warnten wir schon vor Jahren

vor einer Kostenexplosion, die dann auch prompt eingetreten ist. Auch das geltende Ess- und Trinkverbot in Tram und Bus geht auf einen Anzug der SVP zurück. Es ist schon interessant: Die SVP bringt oft Probleme samt Lösungsvorschlägen aufs Tapet, bei denen die anderen Parteien zunächst einmal die Augen reiben und dann die Hände werfen. Und wenig später wird dann die Forderung der SVP in neuer Verpackung klammheimlich umgesetzt.

Befürworten Sie eine nach städtischen und kantonalen Kosten getrennt geführte Kantonsrechnung?

Ich habe mich immer für eine klare Trennung sowie für Transparenz und Kostenwahrheit eingesetzt. Und die SVP hat sich immer gegen die Nivellierung der Steuerunterschiede zu Lasten der Landgemeinden gewehrt. Wir haben auch eine generelle Steuersenkung im Kanton verlangt.

Sind Sie für die Kommunalisierung der Grundschulen?

So, wie die Orientierungsschule heute gestaltet ist, lehne ich die Kommunalisierung ab. Die Landgemeinden wären sonst gezwungen, ein untaugliches, um nicht zu sagen misslungenes Schulsystem in eigener Regie zu übernehmen.

In welchen Bereichen müsste der Kanton noch vermehrt sparen und in welchen Bereichen wären Sie diesbezüglich eher zurückhaltend?

Ein Problem der Sparpakete sind die nur kurzfristig wirksamen Massnahmen im Personalbereich wie etwa die temporäre Streichung des Teuerungsausgleiches oder des Stufenanstiegs. Dies führt nur zu einer Demotivation des Personals, aber nicht zu einem effektiven Abbau von staatlichen Angeboten. Ein riesiges Sparpotenzial sehe ich bei den Subventionen, welche die Milliarden-grenze längst überschritten haben. Zusätzliche Einsparungen drängen sich unter anderem beim Gleichstellungsbüro, in der Kindertagesbetreuung oder auch beim Stadtmarketing auf. Keinesfalls noch mehr gespart werden darf im Bereich der öffentlichen Sicherheit.

Interview: Dieter Wüthrich

Michael Bammatter, FDP



Michael «Mike» Bammatter (*1958), Schulen in Basel. Jus-Studium in Basel und Genf, Staatsanwalt in Basel-Stadt und Baselland, Departementssekretär im Wirtschafts- und Sozialdepartement BS, seit sieben Jahren Generalsekretär der Finanz- und Kirchendirektion BL. Michael «Mike» Bammatter ist verheiratet und Vater von zwei Töchtern.

RZ: Herr Bammatter, für die Leute ausserhalb Ihrer eigenen Partei waren Sie bisher ein ziemlich unbeschriebenes Blatt auf der baselstädtischen Politbühne. Wie würden Sie sich selbst charakterisieren? Was sind Ihre Stärken und Schwächen?

Mike Bammatter: Ich bin ein Herbasler, ich habe diesen Kanton enorm gern. Eine Stärke von mir ist wohl, dass ich Probleme gut und vertieft analysieren kann und dabei strukturiert vorgehe. Ich gehe aber auch mit einer guten Portion Humor an die Dinge heran. Sicher bin ich ein Familienmensch. Ein Nachteil mag bisweilen sein, dass ich hohe Anforderungen an mich stelle, aber auch an meine Umgebung selbst. Und ich kann sehr wütend werden, wenn ich merke, dass jemand nicht fair ist.

Was hat Sie dazu bewogen, für den

Regierungsrat zu kandidieren?

Zum einen möchte ich mich für diesen Kanton, der mir wie gesagt sehr am Herzen liegt, einsetzen. Zum anderen habe ich in meiner zwölfjährigen Tätigkeit als Departementssekretär von insgesamt vier Regierungsräten viele Erfahrungen gesammelt. Und diese Erfahrungen würde ich jetzt gerne als baselstädtischer Regierungsrat für die Menschen in unserem Kanton einbringen.

In der Regel verdienen sich die Mitglieder der Regierung ihre ersten politischen Sporen im Grossen Rat ab. Sie bringen keinerlei legislative Erfahrungen mit. Eher ein Vorteil oder ein Nachteil?

Dazu gibt es zwei Aspekte. Einerseits habe ich die Funktion, die ich jetzt anstrebe, sehr intensiv und aus nächster Nähe miterlebt. Da habe ich gegenüber anderen Kandidierenden sicher einen Vorteil. Was mir vielleicht noch fehlt, ist das Beziehungsnetz, das sich aus einer Parlamentstätigkeit ergibt. Aber dadurch bin ich vielleicht auch unvoreingenommener, was wiederum ein Vorteil sein kann. Grundsätzlich fühle ich mich gut verankert in der baselstädtischen Politlandschaft. Ich gebe gerne zu, dass mich das Regierungsratsamt auch deshalb reizt, weil man dabei sehr viele interessante Menschen kennen lernt.

Als Departementssekretär der Finanz- und Kirchendirektion Baselland haben Sie das bisweilen schwierige Verhältnis der beiden Kantone vor allem aus der Sicht von Baselland kennen gelernt. Als Regierungsrat müssten Sie aber die Interessen von Basel-Stadt vertreten. Bereitet Ihnen dieser Wechsel keine Mühe?

Im Grundsatz nicht. Schwierig ist es in der aktuellen Phase des Wahlkampfes, wo ich mich einerseits meinem jetzigen Arbeitgeber gegenüber loyal verhalten will und andererseits gewisse Ansichten zu vertreten habe, die nicht unbedingt im Interesse dieses Arbeitgebers sind. Ich bin aber der festen Überzeugung, dass wir eine Win-Win-Situation erreichen müssen, wenn wir in un-

seren beiden Kantonen vorwärts kommen wollen.

Basel wünscht sich als Zentrumsstadt eine grössere Abgeltung seiner zentralörtlichen Leistungen durch den Kanton Baselland. Empfinden Sie diesen Anspruch als berechtigt?

Man kann das Problem am Beispiel der Universität veranschaulichen. Der Kanton Basel-Landschaft zahlt hier mehr als die Vollkosten seiner eigenen Studierenden. Deshalb geht es vor allem um die Frage, wie wir mit den ungedeckten Kosten der Studierenden aus anderen Kantonen und dem Ausland umgehen. Und da müssen wir zunächst Lösungen mit dem Baselbiet finden, dann aber nicht vergessen, eben auch bei diesen anderen Nutznießern des universitären Angebotes einen entsprechenden Kostenbeitrag einzufordern.

Wie sieht es diesbezüglich im Kulturbereich aus?

Im Kanton Basel-Landschaft ist die Kultur grundsätzlich eine Gemeindeangelegenheit. Der Regierungsrat hat in seinem vor einem Jahr veröffentlichten Partnerschaftsbericht klar festgestellt, dass mit den Gemeinden im Agglomerationsgürtel neue Modelle der Trägerschaft, Mitsprache und Abgeltung zu finden sind – so auch im Kulturbereich.

Müsste Basel-Stadt also direkt bei den Gemeinderäten von Allschwil, Therwil, Binningen usw. auf eine Kostenbeteiligung drängen?

Nein. Der Kanton Basel-Landschaft muss hier eine Vermittlerfunktion wahrnehmen. Grundsätzlich muss sich der Kanton Basel-Stadt bei der Frage, was er sich noch leisten kann, an den Bedürfnissen der eigenen Bevölkerung orientieren. Und alles, was über diese Bedürfnisse hinaus für Dritte erbracht wird, sollte von diesen auch vollumfänglich abgegolten werden.

Was sind aus Ihrer Sicht die grössten politischen Herausforderungen, die Sie im Falle Ihrer Wahl anpacken würden?

Vordringlich müssen nun einmal die beiden Sparpakete durchgesetzt wer-

den. Das ist harte Knochenarbeit. Die zweite Herausforderung bleibt, die Partnerschaft mit den anderen Kantonen in unserer Region insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Kultur voranzubringen – eben Win-Win-Situationen zu schaffen. Schliesslich müssen wir im Bereich der Familienpolitik die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer verbessern.

Wie wollen Sie hier eine Verbesserung erzielen?

Zum Beispiel mit einer Förderung der familienexternen Betreuung, Stichwort Tagesmütter und Tagesschulen. Ich unterstütze zum Beispiel die kürzlich lancierte Initiative für einen Ausbau des Tagesschulangebotes. Grössere Anerkennung sollte aber auch der in diesem Bereich erbrachten Freiwilligenarbeit zuteil werden.

Sie haben die Umsetzung der Sparpakete als vordringlich bezeichnet ...

Wir müssen in der Tat die kantonalen Finanzen in den Griff bekommen. Basel-Stadt ist mit 3,4 Milliarden Franken verschuldet, das sind 18'000 Franken pro Einwohnerin und Einwohner. Dabei gilt es vor allem strukturelle Mängel zu beheben. Die Zeichen deuten zudem auf eine Erholung der Konjunktur hin, sodass wir nebst den Sparmassnahmen auf der Ausgabenseite auch auf der Einnahmenseite mit einer Verbesserung rechnen dürfen. Immer gilt der Grundsatz, dass das Sparen in schwierigen Zeiten einfacher ist als in finanziell guten Zeiten.

In welchen Bereichen haben Sie am meisten Mühe, den Rotstift anzusetzen?

Vor allem bei der Bildung; aber gänzlich lässt sich auch dieser Bereich nicht ausklammern, so lange keine Substanz verloren geht. Vertretbare Einsparungen wären etwa bei den Klassengrössen oder beim Wahlfachangebot möglich. Und im universitären Bereich kommen wir nicht darum herum, in einem nationalen Kontext Schwerpunkte zu bilden. Letzteres gilt im Übrigen auch im Gesundheitsbereich. Einsparungen sind zudem bei der

Pensionskasse möglich. Hier sollten sich die Leistungen an jenen einer guten privatwirtschaftlichen Pensionskasse orientieren.

Wie beurteilen Sie die Stossrichtung des neuen baselstädtischen Migrationsgesetzes?

Der Grundsatz «Fördern und Fordern» ist richtig. Integration braucht Verständigung und Verständigung braucht Sprache. Die Verpflichtung für Migrantinnen und Migranten, Deutsch zu lernen, ist sinnvoll. Ich glaube, dass in Basel-Stadt Mitte der Neunzigerjahre noch gar keine wirkliche Ausländerpolitik gemacht wurde. Die Probleme, mit denen wir uns heute in diesem Bereich auseinandersetzen müssen, sind aus jener Zeit nachgeschleppt, als Integration noch gar kein Thema war.

Befürworten Sie eine klare Trennung der baselstädtischen Finanzrechnung nach kantonalen und städtischen Aufgaben, wie sie die beiden Landgemeinden Riehen und Bettingen schon lange fordern?

Absolut, denn wenn diese Transparenz fehlt, fehlt auch die Motivation, die vorhandenen Mittel optimal einzusetzen. Was die Gemeindeautonomie betrifft, so soll diese ja durch die neue Kantonsverfassung und das darin festgeschriebene Subsidiaritätsprinzip deutlich gestärkt werden.

Wie gut kennen Sie die beiden Landgemeinden?

Mit der Lokalpolitik von Riehen und Bettingen bin ich zwar nicht speziell vertraut, aber die zentrale Bedeutung der Gemeinden für einen Kanton ist mir sehr wohl bewusst, denn die Finanz- und Kirchendirektion Baselland ist auch die Gemeindedirektion.

Warum sollen die Wählerinnen und Wähler am 24. Oktober Mike Bammatter in den Regierungsrat wählen?

Weil sie in mir einen engagierten, team- und lernfähigen Menschen haben, der fest gewillt ist, seine bisherigen Erfahrungen im Interesse des Kantons einzubringen.

Interview: Dieter Wüthrich

Barbara Schneider, SP, bisher



Barbara Schneider (*1953), Studium der Jurisprudenz in Basel, lic. iur., 1982–1987 Beratungsstelle «Neustart», 1987–1992 Adjunktin beim Erziehungsdepartement Basel-Stadt (Abteilung Kultur), 1992–1997 Leiterin der Abteilung «Städtische Aufgaben» bei der Christoph Merian Stiftung, 1996 Wahl zur Regierungsrätin.

RZ: Frau Schneider, Sie sind in jüngster Zeit als vehemente Gegnerin der Zollfreistrasse aufgetreten. Wieso haben Sie sich nicht schon früher gegen dieses Projekt gewehrt?

Barbara Schneider: Sie sagen «vehement». Meine Haltung zur Zollfreistrasse war immer bekannt, schon bevor ich Regierungsrätin war. Wenn ich mich «mit Vehemenz» für etwas einsetze, mache ich das mit einem anderen Temperament. Mir ging es darum, in einer Situation, in welcher wir mit einer aktiven Gegnerschaft konfrontiert wurden, respektvoll, besonnen und mit Anstand zu reagieren. Ich habe klar gesagt, dass ich der Ansicht bin, dieser Staatsvertrag ist rechtens. Das Projekt ist bewilligt. Aber ich bin der Meinung, es handelt sich um ein veraltetes Projekt, und habe versucht, mit der deutschen Bauherrschafft ins Gespräch zu kommen. Die deutsche Seite bestand auf

ihrem Recht. Das einzige, was wir erreicht haben, ist die Einberufung einer gemischten Kommission. Die deutsche Seite hatte keinen Bauökologen vorgehen, bei uns ist das Standard. Ein Bauökologe wurde nun zugesagt. Wir haben im Zusammenhang mit der eingereichten Initiative den Grossen Rat informiert. Und wir wollen bei der Baumfällung nicht mit «Rambo-Methoden» vorgehen. Ich nenne dieses Vorgehen eher konsequent als vehement. Wenn die Zollfreistrasse denn nun wirklich gebaut werden muss, dann muss im Übrigen die Strasse durch den Rieherer Dorfkern verkehrsberuhigt und neu gestaltet werden. Das wäre dann wenigstens eine positive Seite.

Was sind für Sie die wichtigsten Punkte einer für Basel-Stadt erfolgreichen Verkehrspolitik? Wie stehen Sie zu neuen Parkhäusern oder einer U-Bahn durch die Innerstadt?

In der Verkehrspolitik wird leider, nicht nur in Basel, sehr stark polarisiert. Die einen wollen jederzeit überall Parkhäuser möglich machen, andere gar nichts. In diesem Bereich kommt man nur mit Vereinbarungen weiter. Einen Konsens haben wir im Rahmen der Werkstadt Basel erreicht. Wir wollen den vorhandenen Parkraum der Anwohnerschaft und den Gewerbetreibenden zur Verfügung stellen und den vorhandenen Parkraum im öffentlichen Raum bewirtschaften. Das haben wir mit Anwohnern, dem Gewerbe und den Verkehrsverbänden vereinbart. Nur mit Gesprächen kommt man weiter. Mit Hauruck-Methoden halte ich kein Projekt für realisierbar. Aufgrund von Berechnungen haben wir festgestellt, dass es im Gebiet Aeschen ein Parkhaus vertragen würde. Deshalb bin ich für die Beibehaltung des Parkhausverbotes innerhalb des City-Rings, mit Ausnahme des Gevierts Aeschen.

Und der öffentliche Verkehr?

Wir wollen die Leute motivieren, so viel wie möglich die umweltschonenden Verkehrsmittel zu wählen. Das ist auch ein Grundsatz im Verkehrsplan. Das be-

deutet sichere und gut verbundene Fusswege, Förderung des Velos und Förderung des öffentlichen Verkehrs. Im öffentlichen Verkehr haben wir schon heute einen hohen Anteil, hier geht es um einzelne Verbesserungen. Eine unterirdische Erschliessung der Innerstadt mit einer «U-Bahn» ist ein heikles Thema und würde vor allem für Auswärtige Verbesserungen bringen. Das «S-Bahn-Herzstück» ist eine Vision. Mich würden Verlängerungen der Tramlinien 3, 8 und 11 über die Landesgrenzen mehr interessieren, weil sie schneller realisierbar sind und hauptsächlich den Pendlerverkehr betreffen.

Sie leiten seit acht Jahren das Baudepartement. Mit was sind Sie besonders zufrieden und wo sehen Sie besonderen Handlungsbedarf?

Freude machen mir die Stadtentwicklungsprojekte. Zum Projekt «Erlenmatt» wird es eine Volksabstimmung geben. Die Zukunft des DB-Areals begleitet mich seit Beginn meiner Amtszeit. Eine meiner ersten Amtshandlungen war die Mitwirkung im ersten Ideenwettbewerb. Es geht um die Entwicklung eines Stadtquartierprojektes, das die Interessen der Investoren respektiert und die Anliegen des Kleinbasel aufnimmt: Schaffung von guten Wohnungen, von Grünflächen, von öffentlichen Plätzen und von Infrastrukturen. Ein weiteres interessantes Entwicklungsgebiet befindet sich beim Dreispitz.

Handlungsbedarf besteht in der Verkehrspolitik. Wir wissen, dass die Stadt in höchstem Mass belastet ist. Bezüglich Verkehrsdichte, Lärm und Luftbelastung erträgt es eigentlich nichts mehr, und doch gehen die Ansprüche und Meinungen weit auseinander, von der vollständigen Öffnung für den motorisierten Verkehr bis zum exakten Gegenteil. Hier fände ich eine neue Vereinbarung unter den Akteuren wichtig.

Sie sind derzeit die einzige Frau im Regierungsrat. Politisieren Sie anders als Ihre männlichen Kollegen und würden Sie sich mehr Frauen in der Regierung wünschen?

Ob ich anders politisiere, müssten Sie eigentlich meine Kollegen fragen und ich könnte mir vorstellen, dass sie dieser

Meinung sind. Atmosphärische Faktoren sind mir wichtig. Ich fände es interessant, einmal eine Diskussion, die Art der Entscheidungsfindung, im Regierungsrat zu analysieren. Natürlich sind die Frauen in unserem Siebnergremium gemessen an der Gesellschaft untervertreten. Jetzt, da es um die Neubesetzung einer Vakanz geht, ist es Zeit für eine weitere Frau – aber, die Richtige.

Seit Jahrzehnten fordert Riehen ein neues Schulhaus und muss sich seit vielen Jahren mit Containern helfen. Jetzt soll endlich ein Projekt realisiert werden – allerdings ohne eine Aula, obwohl es an allen Rieherer Schulen gerade einmal eine einzige Aula gibt. Wird Riehen in Basel nicht ernst genommen?

Nein, ich möchte unter keinen Umständen, dass dieses Bild zurückbleibt. Das Schulhaus «Hinter Gärten» beschäftigt uns in der Tat schon sehr lange. Immer wieder mussten auch in Basel aufgrund der finanziellen Situation Projekte hinausgeschoben werden. Dass es dann auch in Riehen selbst noch geharzt hat und dass wir wegen der fehlenden Einigung mit einem Anwohner umprojektieren mussten, war noch das Tüpfchen auf dem i. Ich bin nun aber der Meinung, dass ein sehr schönes und auch nötiges Schulhaus realisiert wird. Die zur Verfügung stehenden Mittel liessen den Bau einer Aula schlicht nicht zu. Es wird aber einen Mehrzweckraum geben. Das Schulhaus wird in vielen Funktionen nutzbar sein und ich bin überzeugt, dass auch die Nachbarn am Ende einverstanden und zufrieden sein werden.

Seit Jahren verliert der Kanton Basel-Stadt Einwohner ...

... die Situation ist nicht mehr so dramatisch wie in vergangenen Jahren. Im Moment ist der Trend gestoppt ...

... trotzdem – wie kann die Attraktivität so gesteigert werden, dass die Leute wieder in die Stadt kommen?

Wir wissen aus der Befragung jener, die weggezogen sind, was ihre Gründe waren. Hauptgrund ist – und das wird die SVP nicht gerne hören – weder die Schule noch die Höhe der Steuern noch die Drogenproblematik, sondern in al-

lererster Linie die Wohnsituation. Die Leute finden keine Wohnung, die für ihre Familiensituation geeignet ist. Wir haben in Basel zu viele Ein-, Zwei- und Dreizimmerwohnungen und zu wenige Wohnungen mit vier und mehr Zimmern. Deshalb ist das Programm «5000 Wohnungen für Basel» zustande gekommen. Es geht dabei auch um die Gestaltung eines attraktiven Wohnumfeldes mit verkehrsberuhigten Strassen, Grünflächen, Freiräumen für Kinder und so weiter. Bei der Schaffung neuer Wohnungen kommt man überall in Konflikt. Wir haben keine freiliegenden Areale, auf denen heute sofort Wohnungen gebaut werden könnten. Es gibt Konflikte mit anderen Anliegen wie Grünflächen oder Familiengärten. Auch hier braucht es Gespräche mit den Gegnern, um Projekte zu realisieren.

Die Kantonsfinanzen sind nach wie vor angespannt. Sehen Sie Sparpotenziale, die noch nicht ausgeschöpft sind, und wo dürfte Ihrer Meinung nach nicht gespart werden?

Wir haben jetzt einige harte Runden in allen Departementen hinter uns und ich wünsche mir, dass wir uns wieder unseren wirklichen Aufgaben widmen können. Die Zitrone ist ausgepresst. Ein weiteres Sparpotenzial gibt es nur mit Leistungsabbau. Nicht sparen will ich an jenen Projekten, die zu einem sozialen Frieden beitragen, zum Beispiel bei der Integration auch durch Bildung.

Fühlen Sie sich in Ihrem Departement wohl oder könnten Sie sich einen Wechsel vorstellen?

Ich fühle mich ausgesprochen wohl. Das Baudepartement ist mein Wunschdepartement.

Welches wären Ihre wichtigsten Ziele für die kommenden vier Jahre?

Mein wichtigstes Ziel ist es, dem Thema Wohnen noch grössere Dynamik zu geben. Leute, die in Basel leben und sich engagieren wollen, sollen sich hier wohl fühlen. Es braucht Wohnungen für gehobene Ansprüche wie auch zahlbare Familienwohnungen in familienfreundlichen Quartieren, kurz: Wohnen für alle!

Interview: Rolf Spriessler

Eva Herzog, SP



Eva Herzog (*1961), Studium der Geschichte, Dissertation zum Thema Frauenuturnen im Rahmen der Kantonsgeschichte Baselland, Koordination des Vereins Frauenstadtrundgang, Geschäftsleitungsmitglied der Kulturwerkstatt Kaserne, Organisatorin der Kaserne-Diskussionsreihe «Denkbar», 1999–2003 Verfassungspräsidentin, Präsidentin der Kommission Finanzverfassung im Verfassungsrat, seit 2001 SP-Grossrätin, seit 2004 Fraktionspräsidentin SP, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Vizerektorat Forschung der Universität Basel, Mutter zweier Kinder.

RZ: Frau Herzog, Sie stellen sich zur Wahl in den Regierungsrat. Was würden Sie gegenüber Barbara Schneider und Ralph Lewin, den beiden amtierenden Regierungsmitgliedern Ihrer Partei, Neues einbringen?

Eva Herzog: Ich würde die Perspektive der Frauen verstärken, speziell auch von Frauen, die versuchen, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Besonders würde ich mich für Chancengleichheit und eine familiengerechte Stadt einsetzen. Und ich würde die Anliegen unterstützen, welche die beiden amtierenden Regierungsmitglieder der SP aufgrund ihrer Minderheitsposition bis jetzt nicht verwirklichen konnten.

An welche Anliegen denken Sie konkret?

Mit der Tagesbetreuung, Tagesschulen oder der finanziellen Entlastung von Familien würde es schneller vorwärts gehen, mit Investitionen in Integrationsprojekte, in die Stadtentwicklung, in eine S-Bahn, statt nur in den Strassenbau. Hier wurden allerdings bedeutende Fortschritte gemacht, gerade durch die Hartnäckigkeit unserer Mitglieder in der Regierung. Diese konnten auch verhindern, dass im Sozialbereich nicht noch einschneidendere Massnahmen ergriffen wurden. Das Integrationsgesetz, das jetzt in der Vernehmlassung ist, basiert auch auf einem Anzug der SP. Hier hat unsere Partei viel Überzeugungsarbeit geleistet.

Wenn hier viel Überzeugungsarbeit geleistet wurde, wo unterlag die Linke wegen ihrer Minderheitsposition in der Regierung?

Beim Pensionskassengesetz wurden wir zuerst in der Regierung überstimmt und dann mit hauchdünner Minderheit auch im Grossen Rat. Mehrere Kompromissvorschläge von unserer Seite wurden in den Wind geschlagen; prompt ging die bürgerliche Vorlage an der Urne bachab. Eine linke Mehrheit in Regierung und Parlament hätte beim Pensionskassengesetz zu einer mehrheitsfähigen Vorlage geführt. Aber natürlich ist auch richtig, dass wir an der Urne gesiegt haben!

Etliche Steuersenkungen und die Abschaffung der Erbschaftsteuer konnten wir nicht verhindern. Steuersenkungen – steigende Defizite – Abbaupakete: Diese Spirale konnten wir bis jetzt nicht durchbrechen.

Das zweite Sparpaket kommt meiner Meinung nach zu früh. Mit zwei Regierungsräten kann sich die SP nicht durchsetzen gegen die «Spareuphorie», die auf bürgerlicher Seite herrscht. Unser Vorschlag wäre, mit dem zweiten Sparpaket zu warten, weil es nächstes Jahr sicher mehr Einnahmen geben wird.

Woher nehmen Sie diese Gewissheit?

Gewissheit hat man natürlich nie, aber so vorsichtig wie Ueli Vischer muss man auch nicht budgetieren. Er hat die Einnahmen in den letzten Jahren immer zu tief budgetiert, das muss man ihm nicht vorwerfen, aber es ist eine Tatsache. Die Wirtschaft erholt sich zurzeit.

Bei nur einem Prozent mehr Wachstum haben wir in Basel Mehreinnahmen von 100 Millionen Franken bei den juristischen Personen, was dem Umfang des zweiten Sparpakets entspricht. Nötig sind Investitionen, um das Wachstum langfristig zu fördern. Ich teile das bürgerliche Mantra nicht, dass das Wachstum von selbst kommt, wenn man nur die Steuern tief genug senkt.

Die Steuern im Kanton Basel-Stadt gehören allerdings zu den höchsten der Schweiz. Ist das nicht gerade für finanzkräftige Personen und für Unternehmen ein Grund, wegzuziehen?

Für die internationalen Unternehmen ist Basel ein sehr guter Standort. Schlechter sieht es für KMUs aus. Baselland steht dort allerdings nicht viel besser da, das ist für uns entscheidend. Gewisse Erleichterungen für die KMUs beim bürokratischen Aufwand unterstützen wir. Prüfen werden wir in der SP auch die vorgesehenen Massnahmen der Unternehmenssteuerreform II. Gleichzeitig möchte ich darauf hinweisen, dass die Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen in den letzten Jahren gesenkt wurden, aber die Massnahmen greifen erst ab 2003 und 2004. Die Erbschaftsteuern wurden abgeschafft, vorher schon die Handänderungssteuer und die Billettsteuer.

Es macht mich schon wütend, wenn ich in der Zeitung lese, dass Binningen oder Bottmingen den Steuerfuss senken, weil sie wieder einen derartigen Abschluss hatten. Auf den Basler Politikerinnen und Politikern hackt man dann herum, sie würden die Steuern hoch halten. Ich bin auch dafür, die Zentrumslasten anders zu finanzieren.

Sie kündeten an, im Fall Ihrer Wahl in den Regierungsrat Ihre Baselbieter Wurzeln für eine verbesser-

te Zusammenarbeit zwischen den beiden Basel einzusetzen. Erzählen Sie von diesen Wurzeln.

Ich bin in Pratteln aufgewachsen. Basel war unsere Stadt, die wir rege nutzten. Dann habe ich in der Stadt studiert und staunte darüber, dass die vom Land unter sich blieben, die aus der Stadt ebenso. Während der Mitarbeit an der Baselbieter Geschichte habe ich mich intensiv mit der Identität von Baselland auseinandergesetzt. Früher war ich, wie viele Baselbieterinnen und Baselbieter, der Meinung, die Städterinnen und Städter seien einfach arrogant. Nach wie vor denke ich, der Respekt der Städter vor Baselland kann noch etwas zunehmen.

Seit ich in der Stadt arbeite, kenne ich aber auch die andere Sicht: Die Sturheit von Baselland, Trittbrettfahren, wo es nützt, aber sich nur ungenügend an der Finanzierung beteiligen. Man sollte das Bedürfnis, sich voneinander abzugrenzen, akzeptieren, aber dort aufhören, wo man sich nur noch gegenseitig schadet.

Wie wollen Sie konkret zwischen den beiden Basel vermitteln?

Mit meinem breiten Baselbieter Dialekt (lacht). Nein, ich denke, es hat sehr viel mit der Chemie zwischen den Verhandlungspartnern zu tun. Im Moment hört man ja Signale, die Zusammenarbeit laufe besser. In der Stadt sind wir immer unsicher, ob wir eher auf Härte oder auf Nachgiebigkeit setzen sollen. Härte führte bisher zu nichts, da wurden die Baselbieter nur noch bockiger. War man nachgiebig, wurde man in Basel wieder als zu lasch kritisiert. Ich würde versuchen, bei den zentralen Fragen – bei der Finanzierung der Uni, der regionalen Spitalplanung und der Kultur – die Fakten möglichst auf den Tisch zu bringen.

Liegen die Fakten nicht längst auf dem Tisch? Wenn wir die Uni als Beispiel nehmen etwa die Tatsache, dass mehr Studierende aus dem Baseltal als aus der Stadt kommen?

Trotzdem ist die Rechnung nicht so einfach. Die Uni kostet die Stadt nicht nur, sie bringt ihr auch einen gewissen Nutzen, sagen die Baselbieter. Und wer

bezahlt für die grosse Zahl Studierenden aus anderen Kantonen oder aus dem Ausland?

Ein absolut gerechtes Modell zu finden, wird nie möglich sein. Es braucht einen politischen Entscheid. Sehr begrüssenswert finde ich, dass Baselland den Neuen Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen gutheisst. Dies obwohl Baselland etwa gleich viel mehr bezahlen müsste, wie Basel-Stadt mehr bekommen würde. Das heisst natürlich nicht, dass man mit den partnerschaftlichen Verhandlungen einfach aufhören könnte.

Wenn Sie Regierungsrätin wären, würden Sie auch die Landgemeinden Riehen und Bettingen vertreten. Wie stehen Sie zu den Autonomiebestrebungen der Landgemeinden?

Ziel sollte sein, die Aufgaben möglichst auf der Ebene zu lösen, wo sie anfallen. Das System mit den drei Ebenen Gemeinde, Kanton, Bund finde ich sinnvoll, wenn jede Ebene ihre klare Zuständigkeit hat. Basel-Stadt mit seiner Bevölkerungsverteilung bleibt ein Sonderfall.

Bezüglich Aufgabenteilung zwischen der Stadt und den Landgemeinden sind die Diskussionen ja in vollem Gang. Ich finde es problematisch, nun für einen Einzelfall wie die Schulen eine Entscheidung zu treffen. Zudem sollten in dieser Frage vor allem pädagogische und nicht nur finanzielle Kriterien zur Anwendung kommen.

Wie beurteilen Sie die Forderung der Landgemeinden nach Kostentransparenz und Autonomie in finanzieller Hinsicht?

Ich begreife das Bedürfnis nach Kostentransparenz von Seiten der Landgemeinden und ich denke, man sollte es soweit wie möglich erfüllen. Transparenz schafft Klarheit über die Finanzströme und ist die Basis, um die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden zu verhandeln.

Für mich ist aber selbstverständlich, dass die Gemeinden zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch einen autonomen Spielraum bezüglich der Finanzen brauchen.

Interview: Sibylle Meyrat

RZ-WAHLJOURNAL

Carlo Conti, CVP, bisher



Carlo Conti (*1954), Studium der Jurisprudenz in Basel, lic. iur., 1982 Anwaltspatent, 1982–1985 Advokaturtätigkeit, Promotion zum Dr. iur., 1985–2000 in leitenden Funktionen bei der F. Hoffmann-La Roche AG, 1978–1984 Geschäftsführer der CVP Basel-Stadt, 1991–1999 Präsident der CVP Basel-Stadt, 2000 Wahl zum Regierungsrat. Verheiratet, drei Kinder.

RZ: Seit gut vier Jahren sind Sie Vorsteher des Sanitätsdepartementes Basel-Stadt. Welches sind die wichtigsten Ziele, die Sie umsetzen konnten?

Carlo Conti: In Sachen Universitätskinderhospital beider Basel konnten wir einen grossen Schritt vorwärts tun. Ein Betrieb an mehreren Standorten ist weder im Interesse der Kinder noch im Interesse der Eltern oder des Personals. Gemeinsam mit meinem Baselbieter Amtskollegen Erich Straumann ist es gelungen, eine neue Lösung zu finden. Gegenwärtig wird eine Bauprojektvorlage für ein neues gemeinsames Kinderhospital ausgearbeitet. Auch in der regionalen gesundheitspolitischen Planung generell haben wir sehr grosse Annäherungen erreicht. Wenn es ums Geld geht, wird es natürlich noch Diskussionen geben, aber in der Region ist die

Einsicht gewachsen, dass wir einen Schulterchluss brauchen, wenn wir auch künftig eine medizinische Fakultät an der Universität und damit verbunden ein Spitzenmedizinisches Angebot erhalten wollen. Das sage ich nicht nur aus einer gesundheitspolitischen, sondern auch aus einer wirtschaftspolitischen und standortpolitischen Optik: Stichworte sind etwa Lifescience, ETH-Institut, naturwissenschaftliches Forschungszentrum. Dies ist entscheidend für die wirtschaftliche Prosperität der ganzen Region.

Wo mussten Sie Konzessionen eingehen?

Wenn man mit einem Partner – und da meine ich in erster Linie den Kanton Basel-Landschaft – eine gemeinsame, tragfähige Basis erreichen will, müssen sich beide aufeinander zu bewegen. Ich hätte mir für das Universitätsspital, das frühere Kantonsspital, eine gemeinsame Trägerschaft gewünscht. Das ist aber im Moment politisch nicht opportun, weshalb wir vorläufig einen anderen Weg einschlagen. Auch in den Verhandlungen zum Universitätsvertrag, insbesondere zur klinischen Medizin, hätte ich mir schnellere Fortschritte gewünscht.

Jahr für Jahr steigen die Krankenkassenprämien, der Unmut in der Bevölkerung nimmt zu. Wie lassen sich die Gesundheitskosten dämpfen?

Es wird immer wieder behauptet, es gebe einen Unmut in der Bevölkerung. Im Rahmen des Politikplans von 2003 haben wir eine breite Bevölkerungsumfrage durchgeführt. Für 97,5 Prozent ist eine gute Gesundheitsversorgung der wichtigste Aspekt für das Wohlbefinden am Wohnort. 93 Prozent waren mit der Gesundheitsversorgung zufrieden. Die Bevölkerung sprach sich mehrheitlich dafür aus, die staatlichen Leistungen im Gesundheitswesen eher auszubauen. Das alles hat seinen Preis. Die Diskussion ist nicht, ob man eine gute Gesundheitsversorgung will, sondern die Finanzierungsart. Wie viel soll man aus Steuermitteln und wie viel aus Prämien

zahlen? Die Belastung mit Prämien ist vor allem für mittelständische Familien an eine kritische Grenze gestossen. Weil wir in unserer Bevölkerung einen deutlich höheren Anteil an älteren Mitmenschen haben, wird in Basel-Stadt ein höherer Anteil der Gesundheitskosten über Prämien finanziert als in anderen Kantonen. Dieses Jahr beginnen aber unsere Kostendämpfungsmassnahmen zu greifen. Wir werden in diesem Jahr unterdurchschnittliche Krankenkassenprämiensteigerungen haben. Der Schnitt ist bei drei Prozent, wobei die grösste Kasse, die ÖKK, deutlich darunter liegt. Dieses Ergebnis war nur mit grossen Anstrengungen des Personals möglich. Die Belastungsgrenze des Personals in unseren Spitälern ist nun aber erreicht. Wir haben Doppelspurigkeiten eliminiert und Abläufe optimiert.

Riehen liegt viel an der Existenz eines eigenen Gemeindepitals. Wie sehen Sie die Zukunft dieses Spitals?

Wenn Riehen in Zukunft ein Gemeindepital will, dann hat dieses Platz in unserer Gesundheitsversorgung. Ich bin nicht interessiert daran, dass Riehener für Grundbedarfsbehandlungen ins Universitätsspital Basel kommen, denn ein Behandlungstag im Gemeindepital ist günstiger und das Riehener Spital leistet in der Gesundheitsversorgung hervorragende Arbeit.

In der Drogenpolitik werden die Fronten auf nationaler Ebene härter. Bleibt Basel auf einer liberalen Linie?

Ich bin über den Nichteintretensentscheid des Nationalrats zum neuen Betäubungsmittelgesetz enttäuscht. Basel-Stadt hat auf verschiedenen Ebenen protestiert und seine Viersäulenpolitik nicht aufgegeben. Viele Menschen brauchen in erster Linie Hilfe. Sie müssen aber auch respektieren, dass die Auswirkungen des Drogenkonsums im öffentlichen Raum eingedämmt werden müssen. Das tun wir auch. Mit «Realize it» haben wir soeben ein neues grenzüberschreitendes Projekt für regelmässige Cannabiskonsumanten lanciert.

Immer wieder beklagt sich Basel, Zentrumsleistungen würden vom Umland zu wenig abgegolten. Was wäre

für Sie der Idealzustand?

Es geht im Wesentlichen um die drei Bereiche Universität, Spitzenmedizin und kulturelle Institutionen, Angebote, die normalerweise ein Kanton mit etwa 190'000 Einwohnern nicht in diesem Ausmass anbieten würde, die aber von der gesamten Region wie selbstverständlich genutzt werden. Zum Beispiel sind im Universitätsspital nur 56 Prozent der Betten mit basel-städtischen Patienten belegt, 44 Prozent sind Auswärtige. Auch nur rund die Hälfte der Beschäftigten des Universitätsspitals wohnt in Basel-Stadt. Man kann nun nicht von uns verlangen, dass wir mit den Geldern der basel-städtischen Steuerzahler all diese Institutionen für die gesamte Region finanzieren. Wir sind auf Hilfe angewiesen und sagen das unseren Partnern auch. Aber die Verhandlungen gehen nicht so schnell voran, wie wir uns das wünschen würden.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Kantonsfinanzen zu sanieren?

Es ist eine ständige Aufgabe für eine Regierung, sich zu überlegen, wo Prioritäten gesetzt werden und wo nicht. Das Schnüren der beiden Sparpakete zu je hundert Millionen Franken war eine pickelharte Arbeit, die uns keine Freude bereitet hat, die wir aber machen mussten. Entscheidend ist, unserem Umfeld klar zu machen, dass die grossen Zentrumsleistungen nicht mehr von uns allein finanziert werden können. In der täglichen Arbeit müssen wir den Mut haben, zu hinterfragen, ob es bisherige Aufgaben in der heutigen Form effektiv braucht. Vielleicht wären sie eine Zeit lang gut und richtig, sind heute aber nicht mehr von Bedeutung. Dieses Hinterfragen wird in einem Staatswesen wahrscheinlich relativ schlecht gemacht. Ich will – zum Beispiel im Gesundheitswesen – nicht dort sparen, wo die Patientinnen und Patienten zu Recht eine gute Leistung verlangen für das Geld, das sie über Steuern oder Prämien bezahlen. Zum Sparen müssen wir unsere Verwaltungsabläufe verbessern.

Immer wieder fühlen sich die Landgemeinden von der Stadt übergangen oder vernachlässigt. Sie wohnen selbst in Riehen. Wie beurteilen Sie das Verhältnis des Kantons zu sei-

nen Landgemeinden?

Das Verhältnis ist ein spezielles, weil die Stadt Basel keine eigene Gemeindestruktur hat. Ich bemühe mich auch als Riehener Einwohner bei Geschäften, die mich betreffen, die spezifische Optik und die spezifischen Wünsche der Landgemeinden Riehen und Bettingen einfließen zu lassen und zu beachten. Die beiden Gemeinden machen in ihren Gebieten sehr direkte Arbeit, die auch unmittelbar für die Bevölkerung Wirkung hat. Ich sehe keinen Grund, dies nicht im einen oder anderen Bereich noch eher auszubauen.

Das Bekenntnis zu den Landeskirchen geht in der Bevölkerung zurück. Sie gehören einer Partei an, die sich zum christlichen Glauben bekennt. Wo sehen Sie die Qualitäten der CVP, wo soll sich die Partei positionieren?

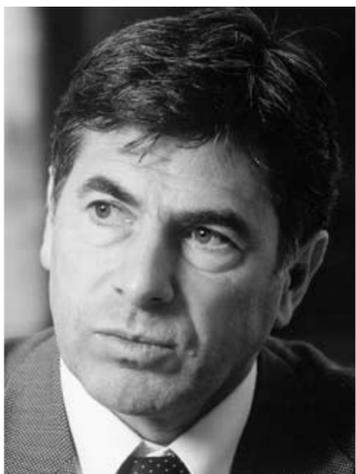
Ich möchte diese Frage genereller beantworten. Wichtig ist mir die Selbstverständlichkeit, politische Fragen vor dem Hintergrund ethischer Wertvorstellungen zu entscheiden. Der Rückgang des Zuspruches gegenüber den Kirchen bereitet mir Sorge, weil er dazu führt, dass gewisse ethische Wertvorstellungen, die früher selbstverständlich waren, je länger je mehr nicht mehr selbstverständlich sind. Dann muss der Staat einspringen und mit detaillierten Gesetzgebungen Dinge regeln, die früher im zwischenmenschlichen Zusammenleben selbstverständlich waren, zum Beispiel den Respekt vor anderen Menschen und vor anderen Meinungen.

Welches sind für Sie Hauptziele für die kommende Legislaturperiode?

Wir müssen die Ausgaben so begrenzen, dass sie nur noch mit der Teuerung wachsen, und die regional ausgerichteten Zentrumsleistungen besser in der Region verankern, damit unser Umfeld bei deren Finanzierung mithilft. Ich will eine qualitativ gute Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung. So lange ich als Gesundheitsdirektor Verantwortung trage, kommen Rationierungen bei der Gesundheitsversorgung nicht in Frage.

Interview: Rolf Spriessler

Christoph Eymann, LDP, bisher



Christoph Eymann (*1951), Studium der Jurisprudenz in Basel, 1980 Promotion zum Dr. iur., 1980–1984 Jurist beim Basler Volkswirtschaftsbund, 1984–2001 Direktor des Gewerbeverbandes Basel-Stadt, 2000 Wahl zum Regierungsrat Basel-Stadt, 1991–2001 Nationalrat, Verheiratet, drei Kinder.

RZ: Herr Eymann, Sie sind seit bald vier Jahren Vorsteher des Erziehungsdepartementes. Welches sind die wichtigsten Ziele, die Sie erreicht haben?

Christoph Eymann: Wir haben gezielte Verbesserungen im Schulsystem vorgenommen und damit auch eine Beruhigung in der Bevölkerung erreicht. Die Schulen werden nicht mehr undifferenziert schlecht geredet. Wir haben die Strukturen der Weiterbildungsschule verändert. Wir haben die Fachhochschule Nordwestschweiz aufgegleist, die endlich eine gerechte Lastenmitragung durch andere Kantone mit sich bringen wird. Ein ETH-Institut kommt nach Basel. Wir haben ein neues Sportleitbild erarbeitet, das dem Individualsport Rechnung trägt. Für den Kulturbereich werden wir einen Fonds öffnen, mit dem man Schwerpunkte stärken kann. In der Tagesbetreuung haben wir Fortschritte gemacht bezüglich Vergrösserung des Angebotes und gezielterem

Einsatz der Mittel.

Und was ging daneben, wo hätten Sie sich gerne durchgesetzt?

In den Ressorts Kultur und Hochschulen konnten wir die Partnerschaft mit dem Kanton Baselland nicht zufrieden stellend ausgestalten. Es ist immer noch so, dass Steuerzahler aus Basel, Riehen und Bettingen den Hauptteil der Universität bezahlen, während der Kanton Baselland, der deutlich mehr Studierende stellt, deutlich weniger zahlt. Das ist unhaltbar. Auch bei der Kultur, im Theater Basel zum Beispiel, kommen mehr Besucherinnen und Besucher aus dem Baselbiet, die Lastentragung entspricht dem aber in keiner Weise. Da müssen wir Korrekturen vornehmen. Die Bevölkerung der Region will ein gutes Kulturangebot. Dem kann sich die Baselbieter Regierung nicht verschliessen.

Nach der Übernahme der Kindergärten steht nun die Übernahme der Primar- und Orientierungsschulen durch die Landgemeinden zur Diskussion. Riehen ist dafür, Bettingen hat finanzielle Bedenken. Wie stehen Sie zu diesem Thema?

Ich bin offen. Die Initiative muss von den Landgemeinden ausgehen. Wichtig ist, dass wir mit den Landgemeinden über die Qualität der Schulen reden können, wenn diese übernommen werden sollen. Wichtig ist auch die Art des Vorgehens. Es gibt Ängste im Umfeld der Schulen in Bezug auf diese Projekte.

Seit Jahren sind die Kantonsfinanzen ein Thema. Wo würden Sie sparen und in welchen Bereichen dürfte man Ihrer Meinung nach den Rotstift auf keinen Fall ansetzen?

Getragen von allen sieben Mitgliedern der Regierung haben wir zwei Kostensenkungspakete verabschiedet, die sich jetzt in der Umsetzung befinden und das Budget um fast 200 Millionen Franken senken werden. Im Grossen und Ganzen sind diese Massnahmen richtig. Ich finde, bei der Bildung dürfen wir keine weiteren Einsparungen mehr machen. Die jetzigen Einschnitte sind schmerzhaft, aber noch verkraftbar.

Vor vier Jahren haben Sie gesagt, Steuererhöhungen seien kein Thema, auch für Riehen und Bettingen nicht. Inzwischen wurde den Landgemeinden von der Stadtbevölkerung eine Steuererhöhung aufgezwungen. Wie sehen Sie das Verhältnis des Kantons zu seinen Landgemeinden?

Aus meiner Sicht ist dieses Verhältnis gut. Der Entscheid, den die Regierung treffen musste, weil sonst möglicherweise noch gravierendere steuerliche Folgen auf Riehen und Bettingen zugekommen wären, hat für Unruhe gesorgt und es gibt Leute, die das heute noch ungerecht finden. Vor dem Hintergrund dieser von Neid getriebenen Volksinitiative musste die Regierung so vorgehen. Wir sollten die Steuern im Kanton tendenziell senken, um wieder konkurrenzfähig zu werden mit anderen Standorten. Wir sind froh, dass wir innerhalb des Kantons die relativ steuergünstigen Gemeinden Riehen und Bettingen haben.

Einige kulturelle Institutionen kämpfen mit finanziellen Problemen oder müssen redimensionieren. Wie viel Kultur kann und soll sich der Kanton Basel-Stadt leisten?

Wir haben im Moment ein Kulturbudget von rund hundert Millionen Franken, nach den Budgetsenkungsmassnahmen werden wir bei etwa 95 Millionen Franken sein. Diese Basis ist richtig und die versuchen wir zu halten. Wenn der Kanton seine Mittel geschickt einsetzt, werden auch Private ermuntert, ihre zum Teil enormen Beiträge weiter zu leisten, wie das ja schon seit Jahrhunderten geschieht. In der Zusammenarbeit zwischen Staat und Privaten können wir noch mehr tun. Kultur ist ein wichtiger Schwerpunkt. Wir müssen unsere kulturellen Angebote unserer Bevölkerung besser zeigen und versuchen, Leute von auswärts nach Basel zu locken, mit dem Zugpferd Kultur.

Immer wieder wird moniert, Basel müsse Zentrumsleistungen erfüllen, ohne für diese angemessen entschädigt zu werden. Wie sehen Sie die heutige Situation?

Das ist leider noch so. In erster Linie ist der Kanton Basel-Landschaft ange-

sprochen, dessen Bevölkerung richtigerweise den Anspruch hat, dass man sowohl im Bereich Bildung – Stichwort Universität – als auch in der Gesundheitsversorgung und in der Kultur Dienstleistungen in der Region in Anspruch nehmen kann. Ein Grindelwaldner Skiflitzmodell, bei dem die Einheimischen weniger zahlen als die Auswärtigen, kommt für mich in Basel nicht in Frage. Es müsste von den Nutzenden die Einsicht kommen, dass sie sich finanziell mehr beteiligen, weil die Systemgrenze Basel-Stadt zu eng ist, um das alleine bestreiten zu können. Kommt diese Einsicht nicht, wird es Qualitätseinbussen geben, unter der auch die baselstädtische Bevölkerung zu leiden haben würde.

Als oberster Sportler von Basel-Stadt wird Sie die zunehmende körperliche Inaktivität der Kinder und Jugendlichen beunruhigen. Wie wichtig ist Sport für die Gesellschaft?

Sport ist sehr wichtig für die Gesellschaft. Wir haben eine neue sportpolitische Grundlage entwickelt. Ein Viertel der Kinder haben Übergewicht, Herz-Kreislauf-Erkrankungen haben fatale Auswirkungen, das hat auch volkswirtschaftliche Konsequenzen. Gute Ernährung und mehr Bewegung sind essenziell, um die Situation zu verbessern. Wir wollen vom Staat her unterstützen, dass man sich wieder mehr und gezielter bewegt. Dabei geht es nicht zwingend um Sport im eigentlichen Sinn, sondern um mehr aktive Bewegung. Die Schaffung der Skatingrouten in den Langen Erlen ist ein solcher Schritt, das begleitete Rheinschwimmen ein weiterer. Es soll möglich sein, dass Leute nicht zu einer bestimmten Zeit in einer Schicksalsgemeinschaft Verein trainieren müssen und damit gebunden sind, sondern dass sie sich dann bewegen können, wenn sie Zeit und Lust haben, was nicht heisst, dass wir die Vereine vernachlässigen.

Es gibt in Basel Grossverdiener und «working poor». Die soziale Schere geht immer weiter auseinander, sagen Fachleute. Ein Pulverfass?

Die Situation ist bedrohlich. Das Budget für soziale Leistungen des Kantons musste in den vergangenen Jahren

stetig und stark erhöht werden. Es ist eine Tatsache, dass es immer mehr Leute gibt, die auf irgendeine Art Staatsunterstützung brauchen. Das geht nur gut, solange das System das tragen kann. Zum Ausgleich brauchen wir Leute, die einen Solidaritätsbeitrag zahlen können und wollen in Form von Steuern im Kanton Basel-Stadt. In diese Richtung zielen das Programm «5000 Wohnungen für Basel» und die Schaffung von Wohnraum für gehobene Ansprüche wie am Münsterplatz oder an der Martingasse. Wir müssen attraktiven Wohnraum bieten auch für Menschen, die Geld haben, Geld ausgeben wollen und es in den volkswirtschaftlichen Kreislauf einbringen.

Welche Schwerpunkte möchten Sie in der kommenden Legislaturperiode setzen?

Die Neuorganisation der Volksschule bis ins Jahr 2010, wie sie im Grossen Rat beschlossen wurde, gilt es umzusetzen. Die Universität muss endlich aus ihrem defensiven Szenario herauskommen und sich entwickeln. Wir haben im Bereich Tagesbetreuung die Aufgabe, zusammen mit den Schulen Tagesschulen anzubieten. Wir wollen Fortschritte machen in der Betreuung und Bildung von Behinderten, zum Beispiel durch die Integration behinderter Kinder in Regelklassen und die Integration von erwachsenen Behinderten in die Arbeitswelt und ins gesellschaftliche Leben. In sportlicher Hinsicht wollen wir uns vorbereiten auf den Grossanlass Fussball-EM 2008.

Im UNO-Jahr des Sports wollen wir 2005 gemeinsam mit dem Sportbeirat einige Aktivitäten lancieren, die die Bevölkerung animieren, sich mehr aktiv zu bewegen. Kulturell geht es darum, unsere «Schätze» besser zu zeigen. Die Tut Anch Amun-Ausstellung ist fantastisch. Aber auch das Kupferstichkabinett zum Beispiel verfügt über eine Sammlung mit Werken ab dem Mittelalter, die es in diesem Ausmass sonst nirgends gibt. Auch andere Museen haben Hervorragendes zu bieten. Das müssen wir gegen aussen noch besser verkaufen, auch mit Hilfe des Bundes und von «Schweiz Tourismus».

Interview: Rolf Spriessler

RZ-WAHLJOURNAL

Jörg Schild, FDP, bisher



Jörg Schild (*1946), Schulen in Basel und Liestal, Studium der Jurisprudenz; 1979–89 Staatsanwalt Basel-Stadt, ab 1982 Leiter des Betäubungsmitteldezernates; 1989–92 Leiter Zentralstelle der Bundesanwaltschaft, Bern; 1992 Wahl in den Regierungsrat, seit 1998 Präsident der Konferenz kantonaler Justiz- und Polizeidirektoren; seit Februar 2004 Regierungsratspräsident.

RZ: Herr Schild, wenn Sie als Vorseher des Polizei- und Militärdepartements (PMD) auf die letzten vier Jahre zurückblicken, welches waren die wichtigsten Ziele, die Sie in dieser Zeit umsetzen konnten?

Jörg Schild: Einen guten Schritt weiter sind wir sicher in der Integrationsarbeit. Es ist ja nicht selbstverständlich, dass das Polizei- und Militärdepartement dafür zuständig ist, aber kein anderes Departement kam auf die Idee, die Koordination in diesem Bereich zu übernehmen. Was wir hier geleistet haben, zeigt sich sicher auch in den Resultaten, die der Kanton Basel-Stadt bei den Eidgenössischen Abstimmungen zu den Einbürgerungsvorlagen erzielte. Ausserdem haben wir innerhalb des PMD eine grundlegende Verwaltungsreform durchgeführt. Ab dem 1. Januar 2005 verfügen wir über ein Sicherheits-

departement mit viel schlankeren Strukturen als bisher. Es gibt dann drei Hauptabteilungen Polizei, Rettung und Dienste. Die Polizei bleibt unverändert. Zur Rettung gehören neu auch der Zivilschutz, das Militär, die Sanität und die Feuerwehr. Die Abteilung Dienste umfasst die administrativen Dienste, die Einwohnerdienste, Migration/Integrations- und das Gefängniswesen.

Das neue Integrationsgesetz fand über die Region Basel hinaus Beachtung. Zu reden gab vor allem die Passage, wonach eine Aufenthaltsbewilligung an den Besuch von Deutschkursen geknüpft werden kann. «Wer nicht Deutsch lernt, muss gehen», titelte eine Zeitung.

Das stimmt so sicher nicht. Es ist eine Kann-Vorschrift und eine sehr offene Formulierung, die in den Verordnungen klar geregelt werden muss. Ein Gesetz ist im Idealfall kurz und prägnant. In diesem Fall mussten wir auch einen gemeinsamen Nenner mit Baselland finden, denn es war ja erfreulicherweise ein partnerschaftliches Geschäft. Mit diesen Deutschkursen machen wir den Ausländern, die hier leben, ein Angebot. Aber wir verlangen von ihnen auch, dass sie es nutzen, und wir behalten uns vor, Konsequenzen zu ziehen, wenn sie es nicht tun. Die Sprache ist eine der wichtigsten Faktoren für eine erfolgreiche Integration.

Welche Ziele blieben unerfüllt, vor welchen Herausforderungen stehen Sie im Fall einer Wiederwahl in der nächsten Legislaturperiode?

Es gibt natürlich immer Dinge, die einen zurückwerfen. Das Belastendste waren sicher die vier Gewaltdelikte, die diesen Sommer in einer Häufung kamen, die nicht normal ist. Da verspürt man Ohnmacht. Drei von den vier Gewalttaten waren Beziehungsdelikte, die man auch mit mehr Polizei nicht hätte verhindern können. Dass im vierten Delikt einer meiner Polizisten im Dienst erschossen wurde, gehört zum Belastendsten in meiner ganzen Zeit als Regierungsrat.

Was die politische Ebene betrifft: Ich habe oft das Gefühl, es könnte etwas schneller gehen. Die vorberatenden Kommissionen im Grossen Rat haben nicht gerade zur Beschleunigung beigetragen. Unsere Parlamentarier sind im Milizsystem tätig und dieses System stösst allmählich an seine Grenzen. Ich finde es auch bedauerlich, dass wir bis jetzt keine umfassende Verwaltungsreform machen konnten. Ich denke, beim Umbau meines Departements habe ich bewiesen, dass das sinnvoll ist und dass damit auch Einsparungen möglich sind.

Sie sprachen eine gewisse Trägheit der politischen Entscheidungsprozesse an. Wie könnten diese ihrer Ansicht nach effizienter werden?

In den letzten Jahren zeigte das Parlament immer mehr Angst, die Exekutive würde ihm etwas wegnehmen und es würde an Einfluss verlieren. Das ist durchaus verständlich, wir haben ja ein Milizparlament, das einer Profiregierung gegenübersteht. Aber sowohl Parlament als auch Regierung befassen sich meiner Ansicht nach immer noch mit zu viel Verwaltungskram. Darunter leiden die grossen Überlegungen. Die Regierungsräte müssten sich vermehrt auf ihre eigenen Geschäfte konzentrieren und nicht meinen, beim hinterletzten Geschäft, das in einem andern Departement erledigt wird, mitreden zu müssen. Hier, denke ich, könnte eine Verwaltungsreform einiges ändern.

Ausserdem sage ich seit langem, fünf Regierungsräte für Basel wären genug. Aber auch hier dominiert die Angst, an Einfluss zu verlieren. Alle scheuen sich davor, Aufgaben zu delegieren, aber irgendwann ist das Fuder einfach überladen.

Das Parlament muss noch lernen, mit den Kommissionen sinnvoll zu arbeiten. Kommissionen sind nichts Schlechtes, aber sie bringen herzlich wenig, wenn nachher das Gleiche doch wieder bis ins letzte Detail diskutiert wird, wie dies zum Beispiel beim Gastgewerbesetz der Fall war.

Riehen hat diese Verwaltungsreform bereits hinter sich. Besteht hier ein Austausch, ein Interesse der

Stadt, wie diese Reform in der Landgemeinde durchgeführt wurde?

Es gibt da und dort Gespräche, aber es ist nicht unbedingt ein Hauptthema. Im Moment beschäftigen wir uns in der Regierung eher mit der Frage, wie es 2020 weitergehen soll, und versuchen, etwas zu entwickeln, was man Visionen nennt. Jetzt haben wir fast jeden Monat eine zweitägige Klausur. Als ich 1992 in die Regierung kam, gab es das praktisch nicht.

Welcher Platz kommt den Landgemeinden in diesen Visionen zu?

Bis jetzt hatten wir erst zwei Klausurtagungen zum Thema Visionen. Die Frage, welche Rolle die Landgemeinden hier spielen, haben wir noch nicht diskutiert. Aber es ist klar, dass das Verhältnis zu den Landgemeinden wie auch zu den umliegenden Kantonen und Staaten sehr wichtig ist. Ich verfechte hier die alte Theorie von einem Europa der Regionen. Nördlich des Juras bis Mulhouse und Freiburg befinden wir uns in einem natürlichen Lebensraum und ich denke, wir müssen die Probleme, die hier anstehen, gemeinsam lösen.

Ein Beispiel dafür, wie schwierig grenzüberschreitende Zusammenarbeit sein kann, waren in letzter Zeit wohl auch die Diskussionen um die Zollfreistrasse.

Dies war viel mehr ein Problem innerhalb des Kollegiums und weniger ein grenzüberschreitendes.

Was die regionale Zusammenarbeit betrifft, ist oft der Vorwurf zu hören, Baselland beteilige sich zu wenig an den Leistungen, die in der Stadt erbracht werden. Wie stehen Sie dazu?

Ich habe fünfzehn Jahre in Liestal gewohnt und ich kenne die Baselbieter sehr gut. Bei ihnen ist das Verhältnis zum städtischen Nachbarkanton noch viel mehr eine Gefühlssache als umgekehrt. Das Selbstbewusstsein, das Baselland klar demonstriert, zeigt auch die Angst vor Vereinnahmung durch den Stadtkanton. In der Vergangenheit hat man von Seiten der Stadt sicher auch

Fehler gemacht, indem man Baselland gegenüber arrogant aufgetreten ist. Diese emotionale Ebene bekommt man nicht innerhalb von ein, zwei Generationen weg. Früher oder später geht es sicherlich nur zusammen, aber es lässt sich nichts erzwingen.

Zeit geben wäre also ihr Rezept. Sieht man sich aber Basels Zentrumslasten bei gleichzeitigem Rückgang der Einnahmen an, scheint es, dass die Zeit drängt.

Einerseits muss man Zeit geben, andererseits müssen wir uns auf einzelne Projekte konzentrieren. Bei der Ausarbeitung des Integrationsgesetzes verlief die Zusammenarbeit beispielsweise sehr erfolgreich. Es kommt sehr drauf an, wer grad auf welchem Sessel sitzt. Es «menschelet» halt überall.

Die Finanzen des Kantons Basel-Stadt gaben viel zu reden. Wie viel und wo gespart werden soll, daran scheiden sich die Geister. Wie beurteilen Sie die Sparübungen der Regierung?

Wir haben immer noch eine Pro-Kopf-Verschuldung, die wir zwar allmählich abbauen, aber die wir so nicht auf die nächste Generation überwälzen sollten. Wir müssen uns in diesem Kanton endlich dazu durchringen und entscheiden, welche Leistungen wir nicht mehr erbringen können. Einerseits jammern wir auf einem recht hohen Niveau, andererseits müssen wir aufpassen, dass wir nicht zu einem Neinsagerkanton werden. Es sind teilweise die gleichen Leute, die keine erweiterten Ladenöffnungszeiten und keine neuen Parkplätze – nicht einmal am Rand der Innenstadt – wollen, und dann klagen, Basel werde zur Schlafstadt. Und von denen, die lauthals für Steuersenkungen schreien, kämpfen manche vehement gegen jeden Leistungsabbau. Wir können nicht alles haben. Wenn wir die Steuern nicht gesenkt, die Erbschaftsteuer nicht abgeschafft hätten, hätten wir in der letzten Rechnung kein Defizit gehabt. Ich stehe hinter diesen Steuersenkungen, aber wenn man die Steuern noch mehr senken will, muss man bereit sein, auf gewisse Leistungen zu verzichten.

Interview: Sibylle Meyrat

Ralph Lewin, SP, bisher



Ralph Lewin (*1953), Studium der Soziologie und Nationalökonomie in Basel (lic. rer. pol.), Praktika in Maribor und Den Haag, Dissertation «Arbeitsmarkt und Lohnstruktur» im Rahmen eines Nationalfondsprojektes, 1981–84 Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Schweizerischen Nationalbank, 1984–86 Mitglied der Schweizer Delegation bei der OECD in Paris, 1986–97 Direktor der ÖKK Basel, seit 1997 Regierungsrat, verheiratet, zwei Kinder.

RZ: Herr Lewin, wenn Sie als Vorseher des Wirtschafts- und Sozialdepartements auf die letzten vier Jahre zurückblicken, wie beurteilen Sie die wirtschaftliche Situation im Kanton Basel-Stadt und wo sehen Sie die Herausforderungen für die kommenden vier Jahre?

Ralph Lewin: Natürlich bekamen wir auch hier in den letzten Jahren die wirtschaftlich angespannte Lage zu spüren. Die Nordwestschweiz steht aber im Vergleich mit anderen Regionen der Schweiz sehr gut da. Das ist zu einem grossen Teil der hohen Wertschöpfung der hier ansässigen Pharmaindustrie zu verdanken. Hier heisst es dranbleiben: Der Bereich Life Sciences ist unsere Kernkompetenz und wir müssen dafür sorgen, dass wir auch in zehn Jahren noch ein Topstandort sind für Novartis,

Roche und für neue Firmen, von denen wir noch mehr in die Region holen wollen. Dazu gehört auch, dass Basel ein attraktiver Forschungsstandort bleiben muss.

In diesem Zusammenhang wäre auch eine leistungsfähige Universität von Bedeutung. Die Frage nach ihrer Finanzierung gab in den letzten Monaten viel zu reden. Zurzeit liegt der Ball bei der Regierung. Wie sehen die nächsten Schritte aus?

Die Universität Basel ist mindestens so sehr die Uni von Baselland wie die von Basel-Stadt. Obwohl Baselland bereits grosse Schritte gemacht hat, ist ein weiterer grosser Schritt in Richtung gemeinsame Trägerschaft nötig. Es kann nicht sein, dass Basel-Stadt jetzt wieder in die Lücke springt. Auf der ganzen Welt gibt es keine Stadt von 190'000 Einwohnern, die eine Uni dieser Grösse allein tragen kann.

Den hohen Gewinnen der Pharmaindustrie steht ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen in der Region Basel gegenüber. Wie schätzen Sie die gegenwärtige Beschäftigungssituation ein?

Parallel zu diesem Abbau wurden neue Stellen geschaffen. Insgesamt sieht die Situation etwas besser aus als im letzten Jahr. Die Firma Roche plant beispielsweise eine neue Produktionsstätte, wo dereinst hundert Leute beschäftigt werden. Und Novartis ist daran, im St. Johann einen attraktiven Campus zu errichten.

Welche Bedeutung messen Sie anderen Branchen in Basel und Umgebung bei?

Etwa ein Viertel der Wertschöpfung wird mit den Life Sciences erzielt, drei Viertel in anderen Bereichen: in Versicherungen, Banken, in Logistik- und Dienstleistungsunternehmen. Auch die Entwicklung des Tourismus ist erfreulich. Hier liegt noch ein grosses Potenzial. Einen Rückstand haben wir sicher im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie, damit beschäftigen wir uns zurzeit intensiv.

Ihre Einschätzung des Wirtschaftsstandorts Basel scheint insgesamt optimistisch. In der laufenden Rechnung ist allerdings ein Defizit von über 100 Millionen Franken budgetiert, das bedeutend höher ist als im letzten Jahr. Als Folge fordern bürgerliche Parteien teilweise drastische Sparmassnahmen. Wie stehen Sie dazu?

Man muss diese Zahlen in einem grösseren Zusammenhang sehen. In einem Jahr, das kein Hochkonjunkturjahr ist, ist das budgetierte Defizit verkraftbar. Positiv zu bemerken ist, dass die Schulden in den letzten sieben Jahren nicht angestiegen sind. In einem Hochkonjunkturjahr müssen wir Überschüsse erzielen, was in einem Staat nicht so einfach ist, weil das sofort neue Begehrlichkeiten weckt. Ich verstehe eine gewisse Zurückhaltung bei den Ausgaben, aber Sparen à tout prix in der Rezession verschärft eine Krise.

Bei den Sozialleistungen ist es ungelungen, trotz angespannten Finanzen wichtige Leistungen zu erhalten und punktuell sogar auszubauen. Wir konnten die Kinderzulagen anheben und bei den Prämienverbilligungen konnten wir, mindestens bei den tiefsten Einkommen, Schritt halten mit den Prämien erhöhungen. So können wir zusätzlichen Neuzugängen bei der Sozialhilfe vorbeugen.

Basel-Stadt gehört bei den Sozialausgaben zu den Spitzenreitern in der Schweiz. Welche Massnahmen schlagen Sie vor, um dieses Problem in den Griff zu bekommen?

Einerseits soll für Menschen, die von der Sozialhilfe unterstützt werden, ein Anreiz bestehen, weiterhin erwerbstätig zu sein. Andererseits prüfen wir, ob Anreize für Firmen geschaffen werden können, damit sie Leute beschäftigen, die nicht von Anfang an alle Anforderungen des Arbeitgebers erfüllen können. Als Vorbild gelten die Einarbeitungszuschüsse, welche die Arbeitslosenversicherung an Firmen bezahlt, welche arbeitslose Personen mit Wissens- oder Erfahrungslücken anstellen.

Ebenfalls bewährte sich die in letzter Zeit engere Zusammenarbeit der Sozialhilfe mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA). Rund tausend Einsatzplät-

ze werden von der eidgenössischen Arbeitslosenversicherung mitfinanziert. Das überarbeitete kantonale Gesetz über die Arbeitslosenhilfe sieht vor, dass wir Leuten, die länger arbeitslos sind, nicht einfach Geld zahlen, sondern auch erwarten, dass sie an begleitenden Massnahmen teilnehmen. Damit vermeiden wir weitere Folgekosten.

Langzeitarbeitslose verlieren nicht nur ihre beruflichen Kompetenzen, sondern sind auch grossen psychischen Belastungen ausgesetzt.

Jugendliche Schulabgänger gehören gerade im Kanton Basel-Stadt zu den Gruppen, die sehr stark von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um deren Situation zu verbessern?

Ein Problem ist sicher der Lehrstellenmangel. Aber selbst wenn mehr Lehrstellen angeboten werden, so gibt es sehr viele Jugendliche, die nicht in der Lage sind, unmittelbar nach der obligatorischen Schulzeit eine Lehre zu absolvieren. Hier hat das AWA teils in Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung oder mit der Sozialhilfe sowie mit privaten Organisationen viel versprechende Projekte entwickelt.

Eher neu hinzugekommen sind Job-Training und Job-Factory, wobei in der Stiftung Job-Training schulische Lücken geschlossen und Sozialkompetenz erworben wird, während in der Job-Factory, also zum Beispiel im Warenhaus auf dem Dreispitzareal, Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Noch neuer ist das Interkulturelle Foyer, ein dringend benötigtes spezifisches Projekt für junge Frauen.

Welche Bilanz ziehen Sie beim öffentlichen Verkehr und wo sehen Sie die Herausforderungen für die Zukunft?

Insgesamt schätze ich den öffentlichen Verkehr in der Region Basel sehr positiv ein. Das bestätigte auch die erste Basler Bevölkerungsbefragung. Ein wichtiges Projekt der letzten Jahre, das uns auch in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen wird, ist der Ausbau der Regio-S-Bahn. Ein kleiner, aber wichtiger Fortschritt, den wir bei den

BVB erzielen, ist die Einführung der elektronischen Anzeigetafeln an den grossen Stationen.

Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen beim weniger erfreulichen Thema Combinos?

Ende September konnten wir mit Siemens eine Sanierungsvereinbarung abschliessen. Siemens sichert uns die definitive Sanierung aller 28 Combinos auf ihre Kosten innerhalb von zweieinhalb Jahren zu. Ebenfalls geregelt haben wir das Recht der BVB auf Rückgabe der Fahrzeuge, falls die Sanierung nicht wie gefordert gelingen sollte.

Der BVB müssen gemäss der Vereinbarung während der Sanierungsarbeiten jederzeit genügend provisorisch sanierte Trams zur Verfügung stehen, damit sie ihren Betrieb aufrecht erhalten können. Auf der Linie 6 werden in Zukunft wieder vermehrt Combinos zum Einsatz kommen.

Unter ihrer Regie wurde in Basel das Stadtmarketing aufgebaut. Inwiefern werden die beiden Landgemeinden bei diesen Massnahmen mitbevorzugt?

Wir machen nicht Marketing für die Stadt, sondern für die ganze Region Basel. Gegen aussen kommunizieren wir Basel als attraktiven Standort für die Wirtschaft, die Forschung und die Entwicklung sowie als Wohnraum, wo das «Savoir vivre» gepflegt und mit den Gästen geteilt wird. Und schliesslich gehört die Region im Bereich bildende Kunst zur europäischen Spitze. Hier ist Riehen mit der Fondation Beyeler nicht wegzudenken, mit der wir gute Kontakte pflegen.

Zum Stadtmarketing gehört auch das Wohnortmarketing. Wir sind sehr froh, mit Riehen und Bettingen zwei Gemeinden mit einem guten Angebot an gehobenem Wohnbedarf zu haben, die auch über die eine oder andere Fläche verfügen, die noch für Wohnungsbau erschlossen werden kann. Wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter internationaler Firmen nach Basel kommen, ist das Wohnortmarketing entscheidend. Hier weisen wir auf Riehen und Bettingen als attraktive Wohnlagen hin.

Interview: Sibylle Meyrat

RZ-WAHLJOURNAL

Thien Egi, SD



Thien Egi (*1974), Elektroingenieur FH, seit 1995 Kassier SD Basel-Stadt, Mitglied Karate-Club Shotokan. Verheiratet, wohnt in Kleinbasel.

RZ: Herr Egi, Sie stellen sich als Kandidat der Schweizer Demokraten Basel-Stadt zur Wahl in den Regierungsrat. Obwohl die Wahlen in Kürze stattfinden, bleibt es um Ihre Person seltsam still. Die Öffentlichkeit weiss wenig von Ihnen. Wer sind Sie, wie wurden Sie politisiert und wie kamen Sie zu Ihrer Partei?

Thien Egi: Ich bin in Basel geboren und habe bisher die meiste Zeit im Kleinbasel gelebt. Als Kind wohnte ich während eines Jahres in Riehen, wo meine Eltern einen Hauswartjob hatten, und besuchte das Wasserstanzschulhaus. Dann zog meine Familie wieder ins Kleinbasel: Klybeckstrasse, Oetlingerstrasse, Florastrasse, Feldbergstrasse – eigentlich wohnte ich immer dort (lacht). Seit acht Jahren wohne ich jetzt zusammen mit meiner Frau an der Feldbergstrasse. Nach der Lehre als Elektroniker besuchte ich die Fachhochschule und arbeite nun als diplomierter Elektroingenieur in einer kleinen Firma in der Softwareentwicklung.

Wie ich zur Politik kam, kann ich im Nachhinein nicht mehr genau sagen. In

meiner Familie war das jedenfalls kein Thema. Aber irgendwie hat es mich plötzlich interessiert. Als ich zum ersten Mal wählen konnte, entschied ich mich für die Unabhängige Volkspartei, wie die Schweizer Demokraten damals hiessen. Kurz später stellte ich einen Mitgliederantrag und seit 1995 bin ich Kassier der Schweizer Demokraten Basel-Stadt. Diese Partei vertritt meine Meinung am besten. Sie ist ökologisch, patriotisch und sozial. Einiges wirkt vielleicht auf den ersten Blick widersprüchlich, aber eigentlich ist es nur konsequent. Wenn man sich die Grünen anschaut, sind die zwar für den Umweltschutz, aber sie lassen es zu, dass das Land zubezoniert wird. Daran ist ja das Bevölkerungswachstum schuld. Und nicht etwa das eigene Wachstum, sondern es ist eine Konsequenz der Einwanderung.

Dass die Schweiz allmählich zubezoniert wird, mag zutreffen, aber spielen hier nicht andere Faktoren eine Rolle wie die entsprechende Raumplanung, die Bauweise und ein stark gewachsener Wohnflächenbedarf pro Kopf?

Es stimmt, dass viele Schweizer aus den Städten wegziehen und auf dem Land bauen. Aber sie ziehen ja auch nur weg, weil die Städte ein Anziehungspunkt für Migranten sind.

Wollen Sie denn die Einwanderung total verbieten?

Nein, eine minime Einwanderung kann man schon zulassen. Aber nur so viel, dass die Bevölkerung nicht weiter wächst. Und es sollten nur noch Leute aus uns kulturell nahestehenden Ländern wie Europa oder Amerika akzeptiert werden.

Sie wohnen im unteren Kleinbasel und haben die Immigration, die Sie als Politiker bekämpfen wollen, praktisch vor der Haustür. Haben Sie persönlich schlechte Erfahrungen mit Ausländern gemacht?

Nein, eigentlich nicht. Ich habe auch ausländische Kollegen und meine Frau kommt aus Moldawien.

Würde sich die repressive Einwanderungspolitik, die Sie propagieren, nicht auch gegen diese Leute richten?

Nein, das sind alles Leute, die leicht zu integrieren sind. Meine Frau kam zusammen mit mir in die Schweiz, sie ist meine ehemalige Brieffreundin. Von klein an habe ich mich für Raumfahrt interessiert. Wegen der Raumfahrt begann ich mich auch für die Sowjetunion zu interessieren. Mit achtzehn habe ich dann im Selbststudium Russisch gelernt. So lernte ich meine Frau kennen. Sie konnte bereits etwas Deutsch und hatte auch schon mit ihrer Familie in Deutschland gelebt.

Viele Schweizer ziehen aus dem unteren Kleinbasel weg. Ist das auch bei Ihnen ein Thema?

Wir schauen uns langsam schon nach etwas Grösserem um. Jetzt haben wir gerade ein Häuschen in Riehen besichtigt. Wenn das klappt, würden wir gern dorthin ziehen. Wenn wir einmal Kinder haben, möchten wir sie lieber nicht ins Bläsienschulhaus schicken müssen.

Ihre Partei bekämpft Massnahmen zur besseren Integration fremdsprachiger Schüler, beispielsweise den Stützunterricht in der Muttersprache. Was würden Sie vorschlagen, um Kindern und Jugendlichen, die neu in die Schweiz kommen, den Einstieg zu erleichtern?

Warum nicht den Ausländeranteil gleichmässig über alle Schulen in der Stadt verteilen? Es gibt viele Leute, die das Problem schönreden. Oft sind das die gleichen, die ihre Kinder in eine Schule schicken, wo es kaum Ausländer gibt.

Wie beurteilen Sie Massnahmen zur Aufwertung des Kleinbasels?

Die baulichen Massnahmen wie etwa die geplante Umgestaltung der Klybeckstrasse sind sicher positiv. Schlecht gelöst wurde hingegen der Umbau des Messeplatzes. Auch der neue Bahnhofplatz gefällt mir nicht. Das sind trostlose Betonwüsten.

Nicht nur das untere Kleinbasel, der ganze Basler Stadtkanton ist von Abwanderung betroffen. Was würden Sie dagegen unternehmen?

Ein Problem sind natürlich zu einem Teil die hohen Steuern. Die Steuersätze kann man nicht weiter senken, wir haben sie ja bereits gesenkt und weitere Senkungen hiesse, die Leistungen drastisch zu reduzieren. Die andere Möglichkeit wäre, dass sich die Nutzniesser der Umgebung stärker an den Kosten für die Zentrumsleistungen beteiligen. Hier müsste man erreichen, dass Basel besser eingebunden wird und dass gewisse Angebote, zum Beispiel im Spitalbereich, zwischen den beiden Basel besser koordiniert würden.

Sie kandidieren ohne politische Erfahrung für den Regierungsrat. Wie schätzen Sie Ihre Wahlchancen ein?

Ich kandidiere ja gleichzeitig für den Grossen Rat. Dort kann eigentlich nicht viel schief gehen. Wenn wir die 5%-Hürde im Kleinbasel überschreiten, haben wir wieder zwei Leute drin und ich bin bei den vorderen zwei. Meistens wird bei uns die Liste unverändert eingeworfen. Dass sich die Reihenfolge ändert, ist selten. Aber es wäre auch nicht schlimm, denn dann würde jemand gewählt, der offensichtlich mehr Unterstützung hat. Beim Regierungsrat sind meine Wahlchancen minim. Meine Wahl wäre eine grosse Überraschung.

Wenn das so ist, was bewegt Sie denn zu kandidieren?

Ich denke, es macht den Wahlkampf interessanter, wenn verschiedene politische Richtungen vertreten sind. Für mich ist es in jedem Fall eine spannende Erfahrung. Vielleicht wählen dadurch auch Leute, die sonst nicht an die Urne gehen würden, weil niemand von den Kandidaten ihre Linie vertritt.

Wenn Sie gewählt würden, würden Sie als Regierungsrat auch Riehen und Bettingen vertreten. Die Landgemeinden fühlen sich vom Kanton in mancher Hinsicht übergangen. Können Sie das nachvollziehen und was bedeutet für Sie Gemeindeautonomie?

Hier erinnere ich mich an die Steuerinitiative. Ich habe nichts dagegen, dass Riehen seine Steuersätze selbst be-

stimmt – nicht nur, weil ich vielleicht selbst bald dort wohnen werde. Die Höhe der Steuern ergibt sich halt aus verschiedenen Faktoren. In Baselland sind die Steuern ja auch niedriger als in Basel-Stadt. Ich finde es auch gut, dass Riehen seine Kindergärten selber führt.

Welche Anliegen, neben den bereits genannten, wären Ihnen wichtig, wenn Sie in der Regierung wären?

Das ist nicht so einfach zu beantworten. Man kann nicht einfach kommen und – zack – alles umkrempeln. Man ist ja Teil eines Siebnergremiums, vieles muss miteinander abgesprochen werden. Gerade bei der Migration wird vieles auf Bundesebene geregelt. Und dann spielt es natürlich auch eine Rolle, welchem Departement man vorsteht.

Was wäre Ihr Wunschdepartement?

Das wird einem ja zugewiesen. Aber wenn ich wählen könnte (überlegt): Für das Justizdepartement müsste man wohl Jura studiert haben. Das Sicherheitsdepartement wäre sehr interessant für mich. Das Finanzdepartement ist, glaube ich, eher undankbar in der heutigen Zeit, aber das muss natürlich auch jemand führen. Das Erziehungsdepartement wäre deshalb interessant, weil ich auf die Schulen Einfluss nehmen könnte. Bildung ist ja etwas sehr Wichtiges und wenn man immer von ausländischen Spezialisten redet, sage ich, man soll lieber die inländischen gut ausbilden.

Zum Abschluss eine persönliche Frage. Wie kommen Sie zu Ihrem Vornamen, der, mit Verlaub, nicht gerade schweizerisch klingt?

Mein Vater ist ein grosser Fan von asiatischer Kampfkunst. Er sah sich dazu alle Filme an, die er bekommen konnte. Der Held in einem dieser Filme hiess Thien, ein chinesischer Name. Ich habe mich nie für Kampfsportarten interessiert, wahrscheinlich aus Trotz. Bis ich dann irgendwann doch mit Karate anfing. Aber da war ich schon achtzehn.

Interview: Sibylle Meyrat

Liste gegen Armut und Ausgrenzung



ie wollen im Regierungsrat die Interessen der sozial Benachteiligten vertreten: v.l.n.r. Jean-Pierre Weber, Urs Diethelm, Ruth Banderet und Urs Schaub.

Foto: zVg

Im Oktober 2003 ist mit Unterstützung der IGA die von Armutsbetroffenen gegründete «Basler Armutskonferenz von unten» entstanden. SozialhilfeempfängerInnen, AHV- und IV-RentnerInnen, «Working Poor», Jugendliche und Erwerbslose treffen sich seither re-

gelmässig, um für ihre Rechte zu kämpfen. Seit dem ersten Basler Armutstribunal im Januar 2004 fordern die Betroffenen aktiv ihr Mitspracherecht und äussern bei Behörden und in Vernehmlassungen erfolgreich ihre Kritik an Missständen. An der 7. Basler Armuts-

konferenz von unten am 30. Juni 2004 wurde die Liste 13 gegen Armut und Ausgrenzung gegründet, kurz Armutsliste. 16 Frauen und 18 Männer kandidieren für den Grossen Rat in den Wahlkreisen der Stadt Basel, vier davon auch für den Regierungsrat. Unter den Kan-

didierenden sind viele IGA-Mitglieder, vor allem aber Direktbetroffene, wie Sozialhilfeempfänger, AHV/EL-BezügerInnen und IV-Rentner. Ziel der Liste ist es, vor allem Armutsbetroffene zur Wahl zu mobilisieren. Ein Einzug der Liste 13 in den Grossen Rat wäre ein deutliches Zeichen an die Regierung, ihre Sparpolitik im Sozialbereich zu überdenken. Ausserdem hätte eine direkte Vertretung der Betroffenen im Parlament auch gesamtschweizerisch eine grosse Signalwirkung, werden doch nationale Themen wie AHV, ALV und IV angesprochen. Politisch positioniert sich die Armutsliste «unten», das heisst, sie grenzt sich klar von den bürgerlichen Parteien und rechts aussen ab, übt aber auch Kritik an den Sozialdemokraten. So hat die Liste 13 eine Listenverbindung mit der SP und dem Grünen Bündnis einstimmig abgelehnt. Mit der Viererkandidatur sollen die heissen Themen im Sozial- und Gesundheitsbereich angesprochen werden.

Spitzenkandidat für den Regierungsrat ist **Urs Diethelm (44)**, Zimmermann und Bauführer, welcher an MS erkrankt ist und deswegen an den Rollstuhl gebunden ist. Als Vorstandsmitglied der GBI ist er der einzige Kandidat, welcher direkt auch gewerkschaftliche Forderungen vertritt. Existenzsichernde Löhne sind ihm ein grosses Anliegen. Auch wehrt er sich gegen die Privatisierung des Service Public. Als Rollstuhlfahrer setzt er sich weiter dafür ein, dass bauliche Barrieren für Menschen mit Behinderungen abgebaut werden.

Ruth Banderet (73) ist Mitglied der Grauen Panther Basel und des Schweizerischen Seniorenrates. Sie vertritt die grosse Bevölkerungsgruppe der älteren Menschen. Ein Leben lang tätig und gearbeitet, sieht sie sich heute als eigentliches AHV-Opfer, da sie auf Ergänzungsleistungen angewiesen ist. Sie setzt sich vor allem für eine existenzsichernde AHV ein. Weiter wehrt Ruth Banderet sich gegen die Diskriminierung älterer Menschen in unserer Gesellschaft.

Mit **Urs Schaub** und **Jean-Pierre Weber** treten zwei Sozialhilfeempfänger für den Regierungsrat an. Urs Schaub, kaufmännischer Angestellter,

bezeichnet sich selbst als Weltenbummler und setzt sich ein für eine gerechtere Welt, sowie für die Umsetzung der Menschenrechte. Jean-Pierre Weber (51), Technischer Wirtschaftsingenieur, angestellter und heute Sozialhilfeempfänger, hat grosse Erfahrung in der Unternehmensführung und im Management. Er vertritt vor allem die Anliegen der «angesteuerten Klasse», zu welcher er sich selbst zählt. Hoch qualifiziert, findet auch er in seinem Alter keine Anstellung mehr.

Alle vier Kandidierenden verlangen einen sofortigen Stopp des Sozialabbaus und ein Grundeinkommen von 3000 Franken für einen Einpersonenhaushalt (zum Vergleich der Ansatz der Sozialhilfe von 2000 Franken). Sie wenden sich gegen Massnahmen wie der Zwang zu Beschäftigungsprogrammen sowie gegen weitere Repressionen gegen Armutsbetroffene. Vielmehr sollen Selbsthilfeprojekte und Weiterbildungsangebote für Jugendliche gefördert werden. Auch soll die nicht bezahlte Arbeit in der Gesellschaft eine höhere Wertschätzung erhalten, dies ist umso wichtiger, da es immer weniger bezahlte Arbeit gibt. Die Schere zwischen Arm und Reich darf nicht weiter auseinander gehen.

Während in den letzten Jahren grosse Steuergeschenke an die Reichen gemacht wurden, zum Beispiel die Abschaffung der Erbschaftsteuer, müssen heute die Armutsbetroffenen als Sündenböcke herhalten. Doch um eine gerechtere Verteilung zu erlangen, braucht es auch eine Änderung des heutigen Sozialwesens. So soll die Sozialhilfe wie die AHV, ALV und IV eidgenössisch geregelt werden. Die Superreichen und die grossen Kapitalbesitzer sollen stärker zur Verantwortung gezogen werden, was ebenfalls nur auf nationaler Ebene möglich ist.

Ein Achtungserfolg bei den Regierungswahlen würde den Anliegen der Basler Armutskonferenz von unten erheblich mehr Gewicht geben. Es braucht alle, damit es keine Armut gibt! Siehe auch www.liste13.ch.

Thomas Erlmann, Vizepräsident und Sekretär der Liste gegen Armut und Ausgrenzung, GR-Kandidat Kleinbasel,

Die Parteien nehmen Stellung

Die RZ hat sämtliche Parteien, die in den beiden Wahlkreisen Riehen und Bettingen mit einer eigenen Liste für die Grossratswahlen kandidieren, um eine Stellungnahme zu den drei folgenden Fragen gebeten:

1. Auch in der kommenden Legislaturperiode werden die folgenden sechs Themenbereiche die aktuelle Tagespolitik im Kanton Basel-Stadt wohl entscheidend mitprägen:

a) Schuldenabbau/Sanierung des Kantonshaushaltes

b) Steuerbelastung

c) Migration und Integration

d) Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in Basel-Stadt

e) Sicherung und Förderung des Wirtschaftsstandortes Basel-Stadt

f) Bildungspolitik (Zukunft der Universität Basel/Weiterentwicklung des Basler Schulsystems)

Welche Fragen und Probleme stellen sich in den genannten Themenbereichen für unseren Kanton und welche konkreten Lösungsansätze hat Ihre Partei zu bieten?

2. In welchen dieser sechs Themenbereiche will Ihre Partei sich in den kommenden vier Jahren besonders engagieren und weshalb?

3. Welche spezifischen Anliegen der beiden Landgemeinden will Ihre Partei in den kommenden vier Jahren im Grossen Rat vertreten?

VEREINIGUNG EVANG. WÄHLERINNEN UND WÄHLER Für einen lebenswerten Kanton

1) Die erwähnten Themen haben alle eine solche Komponente. Nehmen wir als Beispiel die Schuldenfinanzierung – alle sind sich einig: Den Finanzhaushalt unseres Kantons müssen wir ins Lot bringen. Wir müssen der Bevölkerung unseres Kantons mehr Sicherheit bieten, wir wollen familienfreundliche Wohnungen, wollen ein gutes Kulturangebot, ein umfassendes Bildungswesen sowie ein Gesundheitswesen, das sowohl in spezifischen Disziplinen universitäre Spitzenleistung ermöglicht wie auch insgesamt eine breite und optimale Grundversorgung bietet. Wir bringen unsere Kräfte bei den verschiedensten Sachfragen ein, sodass gemeinsame Lösungen gefunden werden und diese auch der Bevölkerung vermittelt werden können.

Einige Beispiele der vergangenen Monate, bei denen dies nicht funktioniert hat:

- Im Januar hat der Grosse Rat das neue Steuerungsrecht abgelehnt. Viele Elemente der in langen Prozessen erarbeiteten Reform unseres Kantons stehen heute ohne das dazu notwendige Steuerungsrecht da.
- Der grösste Sparposten, der in diesem Jahr hätte erzielt werden können, wäre durch das neue Pensionskassengesetz möglich geworden – aber von der heutigen Luxuslösung retour auf eine gute Lösung bedeutet ein Zurück, und das war für eine Mehrheit der Stimmbewohner zu viel.
- Der Erlenpark. Eine Lösung, an deren Entwicklung Verwaltung, Politik und verschiedene Gruppierungen der betroffenen Bevölkerung über Jahre mitgewirkt haben, wird durch ein Referendum weiter verzögert oder sogar verunmöglicht.

Wir sprechen niemandem das Recht ab, Nein zu sagen oder gegen eine erarbeitete Lösung wieder das Referendum zu ergreifen. Unser Ziel wird es jedoch sein, vermehrt auch darauf hinzuwirken,

solche Kräfte früher mit einzubeziehen, aber auch klar darauf hinzuweisen, wo eine Lösung möglich gewesen war oder der entsprechende Zeitpunkt verpasst wurde!

2) Die VEW masst sich nicht an, die wichtigen Problemfelder alleine wesentlich verändern zu können. Zudem ist es so, dass alle diese Themen (Schuldenabbau, Steuerbelastung, Integration, Lebensqualität, Förderung des Wirtschaftsstandortes und Bildungspolitik) unter sich sehr eng verknüpft sind. Wenn wir eine florierende Wirtschaft haben, sind mehr Menschen beschäftigt und der Kanton hat höhere Einnahmen, dadurch gehen mehr Menschen einer sinnvollen Beschäftigung nach und weniger Leute müssen irgendetwas «Blödes» anstellen, dadurch kann sich jeder sicherer fühlen und wir können eine bessere Integration verschiedener Menschen gewährleisten. Wir werden uns für menschengerechte Lösungen einsetzen. Wir wollen helfen, dass Basel weiterhin attraktiv und lebenswert ist oder wieder wird für Menschen verschiedenster Herkunft.

3) Die VEW hat sich immer für die Autonomie der Gemeinde Riehen im Sinne einer Schweizer «Normalgemeinde» eingesetzt. Nach wie vor glauben wir daran, dass es sinnvoller ist, Aufgaben, die dezentralisiert werden können, möglichst nahe bei der entsprechenden Bevölkerung anzusiedeln. Wir werden uns auch in der Zukunft dafür stark machen, zum Beispiel das Aufgabenpaket Schulen in die Gemeinde zu geben, oder dass gewisse Kundendienstleistungen auch als Satelliten in Riehen angeboten werden könnten (zum Beispiel Steuerberatung). Wir möchten nach wie vor auch mehr Transparenz darüber, was uns städtische Aufgaben kosten und was kantonale. Wir werden beim öffentlichen Verkehr wie auch bei anderen Gebieten sehr darauf achten, dass die versprochenen Projekte tatsächlich realisiert werden.

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI (CVP) Ernst machen mit Schuldenabbau

1a) Der Kanton Basel-Stadt hat laut Politikplan 2005–2008 im Moment 3,6 Mrd. Franken Schulden. Diese werden bis Ende 2008 auf 4 Mrd. Franken anwachsen. Deshalb müssen wir mit dem Abbau von Schulden Ernst machen. Falls wir in Zukunft Überschüsse erwirtschaften, müssen wir diese zum Schuldenabbau verwenden.

1b) Heute werden die tiefsten Einkommen subventioniert und bei den höchsten ist die Belastung limitiert. Deshalb müssen wir in Zukunft den Mittelstand bei den direkten Steuern erheblich entlasten, zum Beispiel durch die Möglichkeit, die ständig steigenden Krankenkassenprämien von der Steuer abziehen zu können. Für Familien ist das Bezahlen der Steuern nach den Krankenkassenprämien das zweitgrösste Problem.

1c) Die Zuwanderung in die Schweiz und nach Basel muss besser kontrolliert und die Ausländerkriminalität gesenkt werden. Insbesondere mit der Aufwertung des Kleinbasels ist das Integrationsprogramm von Basel auf dem richtigen Weg und das Motto «Fördern und Fordern» soll weiter verfolgt werden.

1d) Damit die ganze Stadt zum Wohnen für Familien attraktiv bleibt, müssen gezielt grössere und bezahlbare Wohnungen geschaffen werden, in der Nähe der Grünzonen und der öffentlichen Schulen und Kindergärten. Es gilt dabei, auch den öffentlichen Verkehr zu fördern.

1e) Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft müssen gezielt verbessert werden, insbesondere durch konsequente Abbau der Bürokratie und Fördern von familienfreundlichen Arbeitsmodellen. Blockzeiten, Tagesschulen und der Ausbau der internationalen Schule sollen mithelfen, dass Basel auch in Zukunft ein attraktiver Arbeitsplatz und Wirtschaftsstandort bleibt.

1f) Neben der Förderung von Schü-

lerinnen und Schülern sind die öffentlichen Schulen auch für die Integration der Kinder in die Gesellschaft wesentlich mitverantwortlich. Geplante Änderungen im Schulsystem müssen zwingend auf das Schulsystem von Baselland abgestimmt werden. Das erklärte Ziel muss dabei die gesamtschweizerische Schulkoordination sein. Neben den öffentlichen Schulen gilt es auch, die Attraktivität der Uni zu erhöhen.

2) Wir wollen uns in den nächsten vier Jahren besonders in der Bildungspolitik engagieren. Erstens ist die Bildungspolitik ein Eckpfeiler in der Familienpolitik der CVP und zweitens können wir in den Landgemeinden direkt Einfluss nehmen und in der eigenen Umgebung etwas Positives bewirken. Viele CVP-Mitglieder sind kommunal als Elternräte oder Inspektionsmitglieder aktiv tätig. Kantonal werden wir uns dafür einsetzen, dass sich der Umbau des Schulsystems weiter in die richtige Richtung weiterentwickeln wird. Unsere Kinder müssen am Ende der Schulzeit wieder gute Chancen für eine Weiterbildung oder einen Einstieg ins aktive Berufsleben haben. Aufgabenteilung und Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen stehen zuoberst auf der Prioritätenliste der Basler Universität.

3) Spezifische Anliegen der Landgemeinden werden im Kantonsparlament nur sehr selten besprochen. Generell muss man sich aber bei jeder Vorlage überlegen, ob ausser der Fraktionsmeinung noch besondere für die Landgemeinden wichtige Gesichtspunkte zu berücksichtigen und gegebenenfalls im Rat zu vertreten sind. Wir würden aus dieser Überlegung heraus das Instrument einer eigentlichen «Landgemeindefraktion» begrüssen. Wir sind gespannt, ob die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Parteien von Riehen und Bettingen mitmachen. Sicher werden die Steuern der Landgemeinden wieder zu Gesprächsstoff führen.

Zahlen und Fakten

wü. Im Hinblick auf die Gesamtrenovierungswahlen für den Regierungsrat und den Grossen Rat vom 24. Oktober bietet sich ein Vergleich mit den Wahlen des Jahres 2000 an. Bemerkenswert vor vier Jahren war vor allem der Vormarsch der SVP, die damals gleich elf Sitze dazugewann. Nach dem parteiinternen Eklat vor einigen Monaten und dem nachfolgenden Übertritt von mehreren Mandatsträgern zur neu gegründeten Schweizerischen Bürgerpartei (SBP) verfügt die SVP-Fraktion derzeit allerdings nur noch über sechs Sitze. Ebenfalls Sitzgewinne verbuchen konnten vor vier Jahren die FDP (1), die LDP (2) und die CVP (1). Zu den Verlierern gehörten im Jahr 2000 das linksgrüne Bündnis (Basta/Frauenliste/Grüne), das acht Sitze verlor, sowie die DSP (-4) und die Schweizer Demokraten (-3). Ihren Besitzstand von 39 Mandaten wahren konnte die SP, die damit auch in der zu Ende gehenden Legislaturperiode die stärkste Partei im Grossen Rat war. In Riehen konnten vor vier Jahren die FDP und die SVP je einen Sitz dazugewinnen. Demgegenüber verloren Basta/Frauenliste/Grüne sowie die DSP ihren Sitz.

Von den 14 im Jahr 2000 gewählten Mandatsträgerinnen und -trägern in den Wahlkreisen Riehen und Bettingen können vier (Maria Iselin-Löffler/LDP, Yolanda Cadalbert/SP, Christian Klemm und Hanspeter Kiefer/VEW, Bettingen) wegen der Amtszeitbeschränkung nicht mehr für die Wahlen 2004 kandidieren. Während der laufenden Legislaturperiode sind Fritz Weissenberger und Marcel Schweizer (beide FDP), Kaspar Gut (VEW), Niggi Tamm (SP) und Beat Fankhauser (CVP) aus dem Grossen Rat zurückgetreten. An ihrer Stelle rückten Christine Locher-Hoch und Bruno Mazzotti (FDP), Matthias Schmutz (VEW), Irène Fischer (SP) und Rolf von Aarburg (CVP) ins Parlament nach. Das absolut beste Wahlergebnis im Wahlkreis Riehen erzielte vor vier Jahren Maria Iselin-Löffler mit 2627 Stimmen, gefolgt von Niggi Tamm (2193) und Theo Seckinger (1889).

LIBERAL-DEMOKRATISCHE PARTEI (LDP) Gegen staatliche Regelwut

1a) Das Budget 2005 des Kantons Basel-Stadt weist trotz Sparbemühungen ein Defizit von 118 Millionen Franken aus. Die Investitionen können lediglich zu 68 Prozent aus eigenen Mitteln finanziert werden. Nicht mehr Geld auszugeben als eingenommen wird, ist für einen grossen Teil der Privathaushalte eine Selbstverständlichkeit. Die Liberalen setzen sich dafür ein, dass sich auch der Staat an dieses Prinzip hält – damit wir nicht auf Kosten künftiger Generationen über unsere Verhältnisse leben.

1b) Der Kanton Basel-Stadt weist für natürliche Personen eine der höchsten durchschnittlichen Steuerbelastungen auf. Vor allem für gut verdienende Personen wird damit ein Wechsel ihres Wohnsitzes in umliegende Kantone immer attraktiver. Unser Kanton muss auch in steuerlicher Hinsicht wieder konkurrenzfähig werden. Darum sind die Liberalen gegen neue Steuern und Abgaben im Kanton.

1c) Integration ist aus liberaler Sicht eine unabdingbare Voraussetzung für ein funktionierendes Zusammenleben. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist eine gemeinsame sprachliche Basis und die Akzeptanz der geltenden Rechtsordnung.

1d) In der Diskussion darüber, wie die Wohn- und Lebensqualität im Kanton Basel-Stadt verbessert werden kann, üben sich viele Parteien nach wie vor in ideologischen Grabenkämpfen. Die Liberalen setzen sich für pragmatische und sachdienliche Verbesserungen ein.

1e) Kleine und mittlere Unternehmen sind für den Wirtschaftsstandort Basel ebenso unverzichtbar wie weltweit tätige Grossfirmen. Unternehmen jeglicher Grösse müssen im Kanton Basel-Stadt Rahmenbedingungen vorfinden, die es ihnen ermöglichen, rentabel zu arbeiten. Nur dadurch gelingt es, bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Darum kämpfen die Liberalen gegen überbordende staat-

liche Regelwut, gegen steigenden administrativen Aufwand für Betriebe und gegen eine steigende Belastung durch Steuern und Abgaben.

1f) Bildungspolitik bildet seit langem einen Schwerpunkt liberaler Politik im Kanton Basel-Stadt. Die Liberalen setzen sich für ein qualitativ hoch stehendes und leistungsorientiertes Bildungssystem ein.

2) Engagieren werden wir uns in all diesen Bereichen, weil sie für eine positive Entwicklung des Kantons Basel-Stadt alle von entscheidender Bedeutung sind. Die LDP Basel-Stadt setzt wolkigen «Visionen» und netten Versprechen – verpackt in mehr oder weniger originellen Wahllogos – präzise Standpunkte, konkrete Inhalte und klare Forderungen entgegen: mehr Mittel für Bildung und Forschung, mehr Arbeitsplätze durch Beseitigung staatlicher Hindernisse, weniger Steuern und Abgaben durch Reduktion des Staatsapparats, billigere Krankenkassen durch regionale Spitalplanung und mehr Sicherheit durch entschlossener Bekämpfung von Kriminalität.

3) Nach wie vor werden im Kanton Riehen und Bettingen bei vielen Entscheidungen «vergessen». Wir setzen uns dafür ein, dass die Landgemeinden in Basel generell besser wahrgenommen werden und dass in der neuen Kantonsverfassung die Gemeindeautonomie garantiert wird. Insbesondere muss der Handlungsspielraum der Gemeinden besonders in all jenen Fragen, welche die Wohn- und Lebensqualität sowie die steuerliche Belastung betreffen, vergrössert werden. Wohnliche und steuerlich attraktive Landgemeinden bringen auch dem Kanton einen Mehrwert. Im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich setzen sich die Liberalen dafür ein, dass Riehen – wo sinnvoll und praktikabel – zusätzliche Aufgaben selber übernimmt, die lokal bedarfsgerechter ausgestaltet werden können.

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI (SP) Für ein soziales Basel

1) Der Kanton Basel-Stadt hat strukturelle städtische Probleme, welche nachhaltige Lösungsansätze benötigen. Darum fordert die SP eine Finanzstrategie, die nicht auf kurzfristige Massnahmen zum Abbau des strukturellen Defizits aufbaut, sondern die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Kantons berücksichtigt. Steigende Ausgaben im Sozialbereich und Zentrumslasten sind dazu die Stichworte. Bei Zentrumsleistungen muss mit den Nachbarkantonen eine der Kostenvorteile entsprechende Lösung verbunden mit Mitbestimmung angestrebt werden.

In den letzten drei Jahren wurden Steuersenkungen im Rahmen von rund 100 Mio. Franken beschlossen. Diese Steuereinnahmen fehlen jetzt und müssen durch Leistungsabbau kompensiert werden. Massive Abbaumassnahmen treffen beim zweiten Sparpaket das Sozialwesen (17,5 Mio.), den Gesundheitsbereich (17,5 Mio.) und die Bildung (15 Mio.). Die SP unterstützt nachhaltige Sparmassnahmen, denn auch sie will nicht, dass den kommenden Generationen ein übermässiger Schuldenberg hinterlassen wird. Sie widersetzt sich aber Abbauschritten im Sozial- und Bildungsbereich und engagiert sich für einen guten «Service public». Das heisst beispielsweise, explodierende Gesundheitskosten eindämmen, sozial Schwache in den Arbeitsprozess integrieren, das Bildungswesen optimieren, öffentliche Verkehrsmittel erhalten und Betreuungsmöglichkeiten schaffen. Vor allem aber sollen Familien und der stark belastete Mittelstand finanziell entlastet werden.

Mit Leistungsabbau im Sozialbereich kann die Zahl der Sozialhilfeabhängigen nicht verringert werden. Dazu braucht es eine gezielte Stadtentwicklungspolitik. Die SP setzt sich einerseits für günstigen Wohnraum, andererseits aber auch für attraktive Wohnungen insbesondere für Familien ein. Soziale Stabilität fördert das Wirtschafts-

wachstum und eine florierende Wirtschaft trägt zur Lebensqualität im Kanton Basel-Stadt bei. Darum kann es nur unser gemeinsames Ziel sein, die Solidarität in der Bevölkerung zu stärken.

2) Die SP wird sich in den kommenden Jahren besonders stark in der Sozial- und Bildungspolitik engagieren. Gerade in schlechten wirtschaftlichen Zeiten ist es Aufgabe des Staates, Menschen in Not zu unterstützen. Viele, die Sozialhilfe empfangen, wollen arbeiten, aber es fehlt an entsprechenden Arbeitsplätzen. Diese müssen mit einem Anreizsystem geschaffen werden. Einsparungen im Bildungsbereich sind kurzfristige Massnahmen, weil sie Folgekosten verursachen. Die SP befürwortet Investitionen im Bildungsbereich, denn diese tragen wesentlich zum Wirtschaftswachstum bei. Das «soziale Basel» braucht eine verlässliche Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Staat, um die anstehenden Probleme zu lösen.

3) Basel als lebendige Kultur- und Wohnstadt zu erhalten, ist für die SP ein wichtiges Anliegen. Mit Riehener Steuern tragen wir wesentlich zur Infrastruktur der Stadt Basel bei. Darum möchten wir als eigenständige Gemeinde (noch) besser wahrgenommen werden. Wir fordern eine transparente Kostenrechnung, damit wir mit sinnvollen Aufgabenübernahmen unseren Beitrag an die Zentrumslasten der Stadt Basel leisten können. Die SP verlangt ausserdem eine schnelle Realisierung der Regio-S-Bahnlinie mit Anschluss zum Bahnhof SBB, keinen Abbau beim öffentlichen Verkehr und ein Bewahren der Naturlandschaften rund um unser Dorf. Sie setzt sich für eine Renaturierung der Wiese ohne Zollfreistrasse ein.

Abonnieren auch Sie
die Riehener Zeitung

RZ-WAHLJOURNAL

GRÜNES BÜNDNIS (GRÜNE/BASTA!)

Für innovative Technologien

1a/b) Die Steuerersenkungen der letzten Jahre haben Spuren hinterlassen. Mit Sparen in der Bildung und im Sozialbereich zu reagieren oder aber weitere Steuerersenkungen anzuregen, ist für uns Grüne falsch. Denn erstens trifft es die sozial Schwächsten und zweitens stoppt es den wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung unseres Kantons. Abgesehen davon wird die schlechte Finanzlage denn auch zünftig herbeigeredet – ist doch das letzte Defizit um 100 Mio. kleiner als budgetiert ausgefallen und Basel ist nach wie vor ein reicher Kanton, der ein grosses Liegenschaftsvermögen als Gegenwert besitzt.

1c) Aufeinander zugehen statt ausgrenzen. Für uns Grüne schafft das neue Gesetz zur Integration der Migrationsbevölkerung die Voraussetzung, um die Integration von Migrant/innen zu verbessern. Je besser Menschen in unsere Gesellschaft integriert sind – dies gilt auch für Schweizer/innen –, desto grösser ist die Chance, dass sie an unserem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben teilnehmen und es mitgestalten können. Unser prosperierender und lebendiger Kanton verdankt seit alters her seine Innovationen den Zugezogenen.

1d) Die Wohn- und Lebensqualität ist ein wichtiger Standortfaktor und für uns Grüne von zentraler Bedeutung für den Aufschwung unseres Kantons. Einschränkung wirkt hier vor allem der Verkehr mit Lärm und Abgasen. Zudem wird die Bewegungsfreiheit vor allem der Kinder und Jugendlichen beschnitten.

1e) Die weitere Entwicklung unserer Wirtschaft muss sich an qualitativem statt an quantitativem Wachstum orientieren. Deshalb möchten wir Grüne die Stadt Basel auch in führender Position bei innovativen Technologien wie zum Beispiel Alternativenenergien und Umwelttechnik sehen.

1f) Bildung ist für die Jungen eine der wichtigsten Perspektiven. Die Lasten der Universität müssen von den umliegenden Kantonen besser finanziell mitgetragen werden. Die Leistungen dürfen nicht abgebaut, sondern sollen weiterentwickelt werden. Dabei ist für uns Grüne wichtig, dass auch unabhängige Forschung betrieben wird, die für die Wirtschaft weniger lukrativ sein mag, die jedoch für die Gesellschaft durchaus relevant ist.

2) Die Grünen werden sich neben der Bildung vor allem in der Aufwertung

der Wohn- und Lebensqualität engagieren. Wir Grüne sehen dabei die konsequente Förderung des Fussgänger- und Veloverkehrs und attraktive öffentliche Verkehrsmittelverbindungen als wichtige Voraussetzungen für eine Aufwertung des Umfeldes. Zudem sind mehr Begegnungszonen und Freiräume zu schaffen. Dabei ist neben dem attraktiven Wohnumfeld auch das Angebot an grösseren, familienfreundlichen und bezahlbaren Wohnungen gefragt.

3) Wir Grüne möchten die Kommunikation zwischen Kanton und der Gemeinde verbessern und dem Gefühl entgegenwirken, eine majorisierte Gemeinde zu sein. Ein Schritt ist es, Transparenz zu schaffen im finanziellen Bereich und die Entflechtung der Aufgaben anzugehen. Auf die Bedürfnisse der Landgemeinden in Bezug auf den öffentlichen Verkehr soll besser eingegangen werden. Verglichen mit der Region hinkt Riehen mit der S-Bahn-Realisierung deutlich hintennach. Auch in Zukunft werden wir Projekte wie die Zollfreistrasse bekämpfen und andere Lösungen vorschlagen, welche die wenigen verbleibenden Freiräume wie beispielsweise das Moostal und das Wiesegebiet schützen.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI (SVP)

Bildung als wichtigste Ressource

1a) Wesentliche Voraussetzung für eine konkurrenzfähige Wirtschaft, Sicherheit und Wohlstand ist ein ausgeglichener Haushalt. Ein verschuldeter Kanton wird mit der Zeit handlungsunfähig. Wir müssen den Trend der Auswanderung von Familien und Firmen stoppen und gleichzeitig unsere Wettbewerbsfähigkeit verbessern, indem gesunde Staatsfinanzen erreicht werden.

1b) Nicht alleine wegen der hohen Steuerbelastung und Gebühren verlassen viele interessante Steuerzahler unseren Kanton. Tiefe Steuern führen zu höheren Investitionen, fördern das unternehmerische Handeln und tragen zur Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze bei. Die SVP vertritt die Anliegen der Mittelschicht, die am meisten unter den unseligen Entwicklungen der letzten zehn Jahre zu leiden hatte. Vor wenigen Tagen hat die SVP eine Steuerersenkungsinitiative lanciert.

1c) Die Integration ausländischer Personen ist für unseren Kanton einer der wichtigsten Aufgaben. Unzureichendes Erlernen der Sprache und der sozialen Verhaltensregeln verunmöglichen aber den Integrationsprozess. Die SVP steht dem neuen Integrationsgesetz skeptisch gegenüber.

1d) Die Zahl der Delikte gegen Leib und Leben nimmt zu. Drogendelikte und Vandalismus werden vielfach kaum verfolgt und geahndet. Dies beeinträchtigt die Wohn- und Lebensqualität. Die SVP fordert, dass Recht und Ordnung wieder konsequent durchgesetzt werden. Zudem sind die Strafen zu erhöhen. Die Bevölkerung hat ein Recht auf Schutz.

1e) Die SVP ist die einzige Partei, die sich heute noch konsequent für den Finanz- und Werkplatz Schweiz und damit für mehr Arbeitsplätze einsetzt. Wir kämpfen für einen Abbau der Bürokratie. Unser Wirtschaftsstandort braucht eine Reduktion der Steuern und mehr Freiheit für die Unternehmer. Nur so kann die Wirtschaft wieder wachsen und neue Arbeitsplätze schaffen.

1f) Bildung ist die wichtigste Ressource. Die SVP setzt sich deshalb für eine gute Grund- und Berufsausbildung, die den Anforderungen der Wirtschaft gerecht wird, ein.

2) Es ist nicht schwierig zu beantworten, in welchem Themenbereich wir uns besonders engagieren werden. Schuldenabbau, Steuerbelastung, Integration, Wohn- und Lebensqualität,

Wirtschaftsstandort und Bildung sind alles Anliegen, welche in unserem Kanton keinen Aufschub verkräften. Nur mit einer Steuerersenkung, einem Abbau der Gebühren, Umsetzen des neuen Integrationsgesetzes, Verbesserung unseres Schulsystems und konsequenterem Eingreifen in die Kriminalität kann die Flucht aus unserem Kanton gestoppt werden. In all diesen Bereichen braucht es den Einsatz der SVP.

3) Die Landgemeinde Riehen muss sich dafür einsetzen, dass sie eine selbstständige Stadt, analog anderen Kantonen, werden kann. Die Majorisierung durch den Kanton ist zu bekämpfen. Den Einwohnern von Riehen, der zweitgrössten Stadt der Nordwestschweiz, wird vom Kanton befohlen, wie viel Steuern sie zu zahlen haben. Riehen wird in naher Zukunft die Schulen selber führen. Es ist wichtig, dass wir durch diesen Wechsel nicht mit mehr Steuern belastet werden. Mit weniger Kantonssteuern müssen die Kosten ausgeglichen werden. Der Kanton versucht, mit allen Mitteln den Individualverkehr zu blockieren. Ganz Riehen leidet am Umfahungsverkehr. Für diese schwierigen Aufgaben wird sich die SVP einsetzen.

DEMOKRATISCH-SOZIALE PARTEI (DSP)

Den Leistungsausweis verbessern

1a) Ohne gesunden Finanzhaushalt ist kein Staat zu machen und auch keine Sozialpolitik möglich. Lineare Budgetkürzungen führen jedoch nicht zum Ziel. Staatliche Leistungen müssen grundsätzlich und demokratisch hinterfragt werden. Es führt kein Weg daran vorbei, dass sich unsere Nachbargemeinden – insbesondere im Bereich der Kultur und der Universität – endlich entsprechend ihrem Nutzen an den Kosten der Zentrumsleistungen beteiligen.

1b) Die Steuerbelastung in unserem Kanton ist zu hoch. Um den Kanton für Familien wieder attraktiv zu machen und um zu verhindern, dass weitere Steuerzahler abwandern, genügt es nicht, wenn Millionen zur Verschönerung von Strassen und Plätzen ausgegeben werden.

1c) Die Integration der ausländischen Bevölkerung darf nicht zu Lasten der Schweizerinnen und Schweizer erfolgen! Nur Schülerinnen und Schüler mit angemessenen Deutschkenntnissen gehören in die ordentliche Schule. Für Kinder und Jugendliche mit sprachlichen Defiziten sind separate Klassen anzubieten, bis der Rückstand aufgeholt ist.

1d) Dies lässt sich nicht einfach mit dem Bau von 5000 Wohnungen erreichen. Der Kanton muss darauf achten, dass ein Zusammengehen von Wirt-

schaft und Wohnen möglich ist. Im Weiteren muss ein gutes Verhältnis zu den Landgemeinden geschaffen werden. Sie verfügen über die für die Menschen wertvollen Erholungsressourcen. Eine wichtige Rolle spielt auch die Sauberkeit in der Stadt.

1e) Unsere soziale Sicherheit ist abhängig von einer gesunden Wirtschaft und umgekehrt. Die Rahmenbedingungen für den Betrieb und die Ansiedelung innovativer Unternehmungen müssen verbessert werden. Damit die Wettbewerbsfähigkeit verbessert wird, sind Bodenpreis und gesetzliche Auflagen anzupassen. Schwerpunkte sind: KMU, Forschung, Dienstleistungen.

1f) Obwohl die Wirtschaft dringend gut ausgebildete Leute braucht, wird mit dem heutigen Schulsystem versucht, die Zahl der Gymnasiasten und zukünftigen Studenten zu reduzieren. Die Schülerinnen und Schüler müssen eine Perspektive sehen. Die frühere Einführung von Noten ermöglicht einen echten Vergleich der Leistungen und bereitet besser auf das Erwerbsleben vor.

2) Wir wehren uns gegen eine unnötige Sparhysterie. Hier ist die oft einseitige Berichterstattung in den Medien nicht ganz unschuldig. Auch die Pensionskasse des Basler Staatspersonals ist in Wirklichkeit kein Sanierungs-

fall. Die Einnahmenseite des Kantons kann mit verstärkten Kontrollen (bsp. Sozialhilfe, Schwarzarbeit, Steuern) verbessert werden. Dafür sind die nötigen Ressourcen freizustellen. Um einen Wohnorts- und Schulwechsel nach Basel zu erleichtern, muss unser Schulsystem an dasjenige der Nachbarkantone angepasst werden. Ein besonderes Anliegen ist uns auch die Verbesserung der Verkehrswege. Der Verlust von Arbeitsplätzen muss gestoppt werden. Die Steuern sind zu senken und auf weitere Gebühren ist zu verzichten.

3) Der Leistungsausweis der Rieherer Parlamentarierinnen und Parlamentarier muss gesteigert werden. Unsere Anliegen müssen gehört und von der Bevölkerung wahrgenommen werden. Es muss uns gelingen, innerhalb des Kantons als Partner und nicht als Milchkuh wahrgenommen zu werden. Es kann bsp. nicht sein, dass wir – im Gegensatz zu den Gemeinden im Basbiet – für Leitungen, die wir den IWB zur Verfügung stellen, keine Entschädigung erhalten, nur weil im Kanton kein Kostenverteilungsschlüssel besteht. Um zu verhindern, dass Riehen und Bettingen das gleiche Schicksal erleiden wie Kleinhüningen im Jahre 1908, welches bis zu diesem Zeitpunkt ebenfalls eine selbstständige Gemeinde war, braucht es Persönlichkeiten mit dem Profil der DSP.



Auswahlendung: Wahlprospekte der Rieherer Parteien.

Foto: Dieter Wüthrich

FREISINNIG-DEMOKRATISCHE PARTEI (FDP)

Sozialverträglich sparen

1a) Grundsätzlich ist die FDP Riehen der Ansicht, dass die Schulden abgebaut und der Kantonshaushalt saniert werden müssen. Sparen ist angesagt, nicht durch einen Abbau der Leistung, sondern durch eine Steigerung der Effizienz unseres Staatsapparates. Der Sozialverträglichkeit ist dabei besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

1b) Die Steuerbelastung für Gewerbe und Privatpersonen ist klar zu hoch und die Attraktivität für mögliche Neuzuzüger damit nicht gegeben. Wir von der FDP sind der Meinung, dass die Steuern, vor allem für Privatpersonen, an unsere Nachbarn in der Agglomeration Basel (Kanton Baselland) angepasst werden müssen. Mit dieser Massnahme kommen wieder «gute» Steuerzahler in unseren Kanton.

1c) Für Emigranten ist es wichtig, dass sie sofort in unser Umfeld und unsere Kultur integriert werden. Es ist sehr wichtig, dass sprachliche Hindernisse ausgeräumt werden, das heisst, Deutschkurse sind unumgänglich.

1d) Unseres Erachtens ist die Wohn- und Lebensqualität in unserem Kanton sehr gut. An einzelnen Orten im Kanton müssen noch Verbesserungen angebracht werden, diese Projekte sind jedoch am Laufen oder grösstenteils bereits in der Planung.

1e) Die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Basel-Stadt ist lebenswichtig für unseren Kanton. Es müssen gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft geschaffen werden und die Steuern für Geschäfte gesenkt werden. Es ist von

Subventionen abzusehen, denn gute Rahmenbedingungen reichen völlig aus.

1f) Die Basler Uni ist im Moment ein sehr grosser Apparat. Ob dies für einen Kanton mit nur rund 200'000 Einwohnern gerechtfertigt ist, lässt sich durchaus hinterfragen. Das Schulsystem in unserem Kanton ist ein absoluter Einzelgänger in der Region Nordwestschweiz, es ist unbedingt an unsere Nachbarkantone anzupassen.

2) Aus Sicht der FDP Riehen gehören die sechs Bereiche zusammen. Will man guten Nachwuchs in Handel und Gewerbe, braucht es die entsprechenden Schulen, Hochschulen und Universitäten. Will man den Staatshaushalt sanieren, braucht es eine starke Wirtschaft und die entsprechende Wohn- und Lebensqualität für Mitarbeiter etc. Um Emigranten zu integrieren, müssen die nötigen Arbeitgeber vorhanden sein.

3) Wichtigstes Anliegen ist sicherlich die Wahrnehmung der beiden Landgemeinden seitens des Kantons. Riehen und Bettingen sind im Kanton reine Nettozahler und werden oftmals als lästiges Anhängsel betrachtet. Es stehen immer wieder Übernahmen von Kantonsleistungen durch die Gemeinden zur Diskussion, dies kann geschehen, wenn auch die nötigen finanziellen Mittel mitgeliefert werden. Auch NPM ist ein Thema, dies würde sicherlich die Transparenz der Staatsrechnung zu Gunsten der Landgemeinden verbessern. Für diese Anliegen will sich die FDP Riehen bzw. ihre Vertreter im Grossen Rat einsetzen.

EIDGENÖSSISCH-DEMOKRATISCHE UNION (EDU)

Grundlegend christliche Partei

1a) Der Kanton Basel-Stadt ist mit 5,3 Mia. Franken verschuldet. Auf die Wohnbevölkerung von 188'000 verteilt, ergibt das 28'000 Franken pro Kopf bzw. eine Zinsbelastung von 1100 Franken (4 Prozent) im Jahr. Wir leben auf Kosten der Generation unserer Kinder, was nicht länger hingenommen werden kann. Die EDU will deshalb die Staatsausgaben auf das Wesentliche und Verantwortbare reduzieren.

1b) Die Steuerbelastung wie auch die Belastung durch Gebühren müssen gesenkt werden, damit unser Kanton auch für Besserverdienende wieder attraktiver wird. So kann der Staat insgesamt sogar mehr Einnahmen erzielen.

1c) Die EDU setzt sich dafür ein, dass wirklich Verfolgte weiterhin in unserem Land Zuflucht finden, wehrt sich aber gegen den Missbrauch unseres Gastrechtes. Die christlichen Werte müssen die Leitkultur bilden. Entsprechend hat sich zu integrieren, wer in der Schweiz bleiben will.

1d) Gott hat die Natur geschaffen. Es gilt sie zu schützen. Riehen soll als grüner Ort erhalten bleiben. Um die Lebensqualität zu erhöhen, will die EDU im Weiteren die Kriminalität rigoros bekämpfen, die Steuerbelastung senken und Wohnquartiere vom Verkehr entlasten.

1e) Nur durch eine funktionierende Wirtschaft können die Sozialwerke und der Wohlstand gesichert werden. Die EDU will deshalb die Wirtschaft durch

den Abbau bürokratischer Hindernisse, die Senkung der Steuerbelastung und einen attraktiven öffentlichen wie privaten Verkehr fördern.

1f) Auch eine gute Bildung ist Wirtschaftsförderung. Das baselstädtische System der sozialistischen Einheitschule hat versagt. Die EDU erachtet deshalb eine Angleichung an die Schulen in Baselland als sinnvoll. Hoch Begabte sind speziell zu fördern. Die Universität ist wichtig. Jeder weitere Ausbau muss aber vom Bund und den Nachbarkantonen finanziert werden.

2) Die EDU, Eidgenössisch-Demokratische Union, ist eine grundlegend christliche Partei. Die fremdkulturelle Einwanderung und die Islamisierung in der Schweiz muss gestoppt werden. Was im Kleinbasel abläuft, darf nicht auf Riehen überschwappen. Die EDU will die christlichen Werte als Leitkultur erhalten. Unser Wahlversprechen: die christlichen Werte ins Zentrum stellen, wie es das Kreuz in der Schweizer Fahne symbolisiert.

3) Die Zollfreistrasse muss gebaut werden – Staatsverträge sind einzuhalten. Die Achse Lösserstrasse-Baslerstrasse-Aüssere Baslerstrasse wird dadurch entlastet, was die Wohn- und Lebensqualität steigert. Die Steuerbelastung in Riehen darf nicht mehr weiter durch die städtischen Wähler angehoben werden. Die Gemeindeautonomie darf nicht angetastet werden. Die EDU setzt sich für einen verbindlichen Schutz in der Verfassung ein.

Die Parteien nehmen Stellung

SCHWEIZERISCHE BÜRGER PARTEI (SBP)

Schulsystem verbessern

1a) Trotz Reichtum der Stadt Basel sollte der Kanton keinen so gefährlichen Schuldenberg vor sich her schieben, ohne auszuweisen, wie viel Ausgaben der Kanton für die Stadt Basel und wie viel er für kantonale Aufgaben verursacht. Der Kanton sollte wenigstens die Verwaltung um den Anteil reduzieren, der dem Schwund der Einwohnerzahl (N.B. der Stadt Basel) um 40'000 entspricht. Bei allem Sparwillen sind notwendige Investitionen in die Zukunft nicht zu vernachlässigen.

1b) Der Kanton sollte sich am früheren Steuersystem der Gemeinde Riehen ein Beispiel nehmen und nicht Riehen in den Sog der Einwohnerflucht aus dem Kanton ziehen.

1c) Migrationen sind sorgfältig zu studieren und Integration ist primär eine Aufgabe derer, die in die Gesellschaft integriert werden wollen. Finanzmittel sollten dafür vom Staat nur minimal benötigt werden. Wer unter dem Deckmantel des Multikulti Anpassung scheut und nicht integriert werden will, hat sein Ziel falsch ausgerichtet. Das gilt überall auf der Welt.

1d) Die Lebensqualität im Kanton hat punktuell zu-, aber ausgerechnet in punkto Sicherheit der Einwohner abgenommen. Die Alarmzeichen werden verharmlost.

1e) Die Wirtschaftsförderung des Kantons hat bisher versagt, sonst wäre die Abwanderung aus der Stadt Basel nicht davongaloppiert.

1f) Die Primar- und OS-Schulen müssen verbessert werden, d.h. die Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen. Ihre Belastungen sind zu gross. Das Pro-

gramm «HOT» war bisher nicht mehr als Augenschwermere. Klassengrößen von mehr als 20 Schülerinnen und Schülern sind den Leistungen abträglich. Den Eltern der Schulkinder müssen Verantwortung und Verpflichtungen zurückgegeben werden. Die Elternräte können viele Aufgaben übernehmen, die ohnehin den Eltern zukommen.

2) Riehener Bürgerpartei-Grossräte werden sich selbstverständlich primär für die Riehener Interessen der zu erlangenden Autonomie Riehens verwenden und sicher weniger oder nicht mitreden in Sachen Stadt Basel, also nicht, ob die Freie Strasse in Basel gepflastert oder vergoldet werden soll, es sei denn, dass Riehener Steuerpflichtige daran zahlen sollen, obwohl dies eine Angelegenheit der Basler als Baselstädter ist. Es geht um die Bemühungen, in allen Themenbereichen auseinander dividieren zu helfen, welche Vorgänge des öffentlichen Lebens und welche Anteile der Aufwendungen die Stadt Basel, den Kanton Basel und die Stadt Riehen betreffen.

3) Aus dem Blickwinkel der Gemeinde Riehen betrachtet sind in den nächsten Jahren vor allem die Fragen der Subsidiarität zu lösen. Die Gemeinde Riehen ist kein Quartier der Stadt Basel, sondern zur Stadt herangewachsen, grösser als Liestal oder Solothurn. Riehen benötigt ein hohes Mass an Selbstständigkeit, um seine Fragen der Sicherheit, Lebensqualität, Steuerbelastung, des Verkehrs, der Migration und Integration, Bildung und Kultur vor Ort so effizient zu meistern, wie sie vom Kanton und der Stadt Basel gar nicht mehr genügend erfasst und gelöst werden können.

FREIE LISTE BETTINGEN/PHILIPPE RAMSEYER

Schulsystem weiterentwickeln

Ein wichtiges Thema in der kommenden Legislaturperiode wird sicher die Weiterentwicklung des Basler Schulsystems sein. Es wird in erster Linie darum gehen, die gegenwärtige Schnittstelle zwischen Orientierungsschule und Weiterbildungsschule, die für viele Probleme verantwortlich ist, aufzuheben. Zudem wird die ganze «Schullaufbahn» neu überdacht werden. Wenn Strukturen im Basler Schulsystem abgeändert werden, ist jedoch darauf zu achten, dass Erfolgreiches und Bewährtes nicht verloren geht. Die Orientierungsschule sollte nicht einfach abgeschafft werden.

Die Zukunft der Universität liegt in einer Universität beider Basel. Basel kann die Universität nicht alleine tragen. Bedauerlich ist, dass in letzter Zeit einseitig die naturwissenschaftlichen Fächer gefördert werden, während die geisteswissenschaftlichen Fächer Kürzungen hinnehmen müssen. Dabei sind die Geisteswissenschaften genauso wichtig wie die Naturwissenschaften und kosten zudem pro Studienplatz viel weniger. Ein Grund für den Geldmangel der Universität ist das rasante Anwachsen der Bereiche innerhalb der Universität, die nicht direkt mit der Lehre und Forschung zu tun haben. Geld sparen könnte die Universität zudem, indem sie die überdurchschnittlichen Gehälter der ordentlichen Professoren und Professorinnen heruntersetzen würde.

Um den Kantonshaushalt zu sanieren, ist es dringend notwendig, keine Defizite mehr zu «produzieren» und die Schulden abzubauen. Eine Einsparmöglichkeit besteht zum Beispiel darin, den Regierungsrat auf fünf Mitglieder, den Grossen Rat auf 80 Mitglieder zu reduzieren. Einige der Einrichtungen, die in den letzten Jahren geschaffen wurden, sind zwar «nice to have», aber

nicht «need to have», und könnten problemlos wieder abgeschafft werden, wie zum Beispiel das Stadtmarketing und der Stadtladen. Andere Einrichtungen, wie zum Beispiel die Quartiertreffpunkte, könnten durch die Bürgergemeinde der Stadt Basel finanziert werden statt durch den Kanton.

Die Wohn- und Lebensqualität im Kanton Basel-Stadt ist sehr hoch. Hier muss kein Geld ausgegeben werden. Auch für die Förderung und Sicherung des Wirtschaftsstandorts Basel-Stadt wird bereits getan, was getan werden kann. Freie Flächen, auf denen sich neue Industrie- und Gewerbebetriebe ansiedeln könnten, hat der Kanton leider nicht mehr zu vergeben, alles ist bereits überbaut und genutzt.

Das einzige Mittel, das der Kanton hat, um die Abwanderung der Einwohnerinnen und Einwohner in die Nachbarkantone abzumindern, ist, die Steuerbelastung zu senken. Solange jedoch der Kanton seine Rechnung nicht mit einem Überschuss abschliessen kann und den Schuldenberg auf ein vertretbares Mass reduziert hat, sind Steuersenkungen kein Thema.

Ein Bettinger Grossrat hat sich seit jeher dafür einzusetzen, dass die Eigenständigkeit Bettingens gewahrt bleibt. Zudem gilt es, die Interessen Bettingens zu vertreten. Dabei sind die Interessen Bettingens nicht immer gleichzusetzen mit denjenigen Riehens. Riehen verfolgt beispielsweise in der Frage, ob die Landgemeinden das Volksschulwesen (1.-9. Schuljahr) übernehmen sollen, einen Kurs, der nicht auf die Interessen Bettingens Rücksicht nimmt. Aus Bettinger Sicht ist es undenkbar, dass Bettingen die Verantwortung für die Volksschule übernimmt, aus finanziellen, aber auch aus administrativen Gründen. Wenn Riehen für Bettingen die Verwaltung der Schulen übernehmen würde, wäre für Bettingen nichts gewonnen.

In der Frage des Steuerschlüssels sind die Interessen Bettingens und Riehens sicher deckungsgleich. Die Vertreter beider Landgemeinden über alle Parteigrenzen hinweg werden sich darum bemühen, dass der Steuerschlüssel nicht noch mehr zu Lasten der Landgemeinden abgeändert wird.



Der Innenhof des Basler Rathauses: Welche Riehener und Bettinger Parlamentsmitglieder in den kommenden vier Jahren die Treppe zum Grossratsaal (rechts im Bild) hinaufsteigen werden, entscheidet sich am 24. Oktober. Foto: RZ-Archiv

AKTIVES BETTINGEN

Die Eigenverantwortung stärken

1a-f) Die wirtschaftliche Situation bedingt von uns allen ein Umdenken im Sinne, dass Eigenverantwortung des Einzelnen für sich, aber auch für das Allgemeinwohl wieder den Stellenwert erhalten muss, der Basis für das Wohlergehen einer Gesellschaft bildet. Dort setzt «Aktives Bettingen» seinen Schwerpunkt. Das bedeutet nicht, dass nun linear überall der Rotstift angesetzt werden soll, aber Bestehendes muss überprüft werden, ein effizienter Mitteleinsatz ist in jedem Einzelfall sicherzustellen. Ein wesentliches Rationalisierungspotenzial besteht unter anderem im Ausbau der Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft.

Die wichtigste Voraussetzung zum Ausgleich des Staatshaushaltes sind bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen für kleine und grosse Unternehmen, dafür setzen wir uns ein. Nach wie vor behindern unnötige administrative Belastungen unsere KMUs. Investitionen in Bildung und Forschung sind stärker zu fokussieren, fördern diese doch direkt und indirekt die Schaffung neuer Arbeitsplätze und wirken so als Motor

unserer Wirtschaft.

Um langfristig gute Steuerzahler zu gewinnen, sind die Bemühungen des Kantons um eine hohe Lebensqualität seiner Bewohner und Bewohnerinnen, insbesondere von Familien, zu unterstützen. Dies ist namentlich durch eine Steigerung der Wohnqualität, sprich grosszügige Wohnungen, Grünflächen und ein gutes Schulsystem, zu erreichen. In der Migration, in Basel offensichtliche Realität, sehen wir eine der grossen Herausforderungen unserer Zeit. Darum sind die Schulen, aber auch die Unternehmen in ihren Bemühungen zur Integration der ausländischen Wohnbevölkerung zu unterstützen. Dabei soll auch die ausländische Wohnbevölkerung, wo nötig, zur Integration verpflichtet werden. Durch all diese Anstrengungen kann die Steuerbelastung des Kantons auf ein vernünftiges Mass reduziert werden, ohne dass die Lebensqualität dabei eingeschränkt würde.

2) Die Steigerung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Basel-Stadt ist die Voraussetzung, um die Probleme von heute in den Griff zu bekommen.

Durch Abbau der steuerlichen und administrativen Aufwendungen soll der Wirtschaftsstandort Basel insbesondere für KMUs wieder interessant werden. Eine weitere Voraussetzung dafür ist die Verfügbarkeit von bestqualifizierten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Gleichzeitig ist alles daran zu setzen, durch Straffung des Staatshaushaltes die Rechnung langfristig ausgeglichen zu gestalten.

3) Die Landgemeinden und insbesondere die kleinere der beiden sollen als ernsthafte Partner innerhalb der Entscheidungsfindung im Parlament wahrgenommen werden. Basel muss der Versuchung widerstehen, durch Majorisierung in kantonalen Angelegenheiten (zum Beispiel Sanierung des Staatshaushaltes auf Kosten der Gemeinden) die Probleme der Stadt (vermeintlich) zu lösen. Insbesondere sollen die Gemeinden im Rahmen ihrer Steuerhoheit sich als selbstständige Gemeinwesen weiterentwickeln können. Dabei steht nicht der Alleingang, sondern die partnerschaftliche Zusammenarbeit im Vordergrund.

BETTINGER DORFVEREINIGUNG (BDV)

Dem Sicherheitsbedürfnis Rechnung tragen

1a) Die BDV propagiert die längst fällige Reduzierung des Verwaltungsapparates auf das Niveau vergleichbarer Agglomerationszentren, ohne dass wichtige Leistungen abgebaut werden. Dies kann unter anderem durch Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten mit Nachbarkantonen geschehen, Beispiel Umweltschutzamt beider Basel.

1b) Gefordert ist eine neuerliche Überprüfung und Herabsetzung des Steuerwertes von selbstgenutzten Liegenschaften unter Einschluss des zu versteuernden Eigenmietwerts zwecks Abbau des Gefälles zu Baselland, Aargau und Solothurn. Die im schweizerischen Vergleich viel zu hohe Vermögenssteuer im Kanton Basel-Stadt soll angeglichen werden, der Gebührenschonung ist zu durchforsten.

1c) Den gut verdienenden EU-Grenzgängern in unserem Kanton ist eine rasche, unbürokratische Wohnsitznahme zu ermöglichen, wie es in den bilateralen Verträgen vorgesehen ist. Bei den eingeschlagenen Massnahmen zur Integration der ausländischen Wohnbevölkerung ist der Verhinderung von Getto-

bildung besonderes Augenmerk zu geben.

1d) Dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung ist durch geeignete Massnahmen Rechnung zu tragen. Unterhalt und Optimierung des bestehenden Wohnraums sind durch ein kantonales Rahmengesetz zu fördern, um eine weitere Verwundung der Quartiere zu verhindern. Das kulturelle Erbe der Stadt Basel ist durch Sicherstellung dessen Finanzierung, unter anderem durch interkantonale Abgeltung, zu wahren. Es gilt genügend Alterswohnungen mit der dazugehörigen Infrastruktur bereitzustellen. Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Förderung und Wertschätzung der Freiwilligenarbeit.

1e) Die an sich guten Rahmenbedingungen für KMU und Grossindustrie sind zu erhalten. Die forschende Industrie benötigt dazu ausserdem einen Pool von bestausgebildeten Fachkräften sowie angelagerte Produktionsstätten zur Finanzierung.

1f) Das schon sprichwörtliche Bildungsgelände zu den Nachbarkantonen

ist umgehend abzubauen, damit unsere Schulabgänger mit denselben Chancen ins Erwerbsleben eintreten können. Massnahmen sind eine bessere Qualifikation der Lehrer und Überarbeitung der Lehrpläne (stärkere Betonung der technischen und wissenschaftlichen Fächer) sowie Förderung des individuellen Leistungspotenzials und Leistungswillens.

Die Stadt und die Regio brauchen starke und international anerkannte Hochschulen.

2) Aufgrund der Ausbildung und beruflichen Tätigkeit ist unser Kandidat – Rudolf Duthaler, Mitglied der FDP – bestens geeignet, um in den Themenkreisen Förderung des Wirtschaftsstandortes, Bildungspolitik und Kultur aktiv etwas zu bewegen.

3) Ohne klare Zuordnung von Kantons- und Gemeindeaufgaben werden die endlosen Diskussionen um den Steuerschlüssel und Finanzausgleich kein Ende nehmen. Auch zur Wahrung der Autonomie der Landgemeinden müssen diese Fragen verbindlich gelöst werden.

RZ-Telefon

Haben Sie in Riehen oder Bettingen etwas Lustiges, Ärgerliches, Neues oder Ungewohntes gesehen oder erlebt, dann rufen Sie uns an. Wir recherchieren gerne für Sie und berichten allenfalls mit einer Foto oder einem Artikel darüber. Sie erreichen uns über die Telefonnummer 645 10 00, von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 17.30 Uhr.
Die Redaktion

AUS DER BADISCHEN NACHBARSCHAFT

Selbstbewusster Knirps

Etwa um 19 Uhr am Montag dieser Woche wurde an der Weiler Strasse ein zweieinhalb Jahre alter Junge mit Tretrroller bemerkt. Von Mutter oder Vater war aber weit und breit keine Spur. Also wurde die Polizei verständigt. Der, laut Bericht, «äusserst selbstbewusste junge Mann» hatte aber offensichtlich beschlossen, seinen Namen nicht preiszugeben. Deshalb nahmen die Beamten den Ausreisser mit zur Wache. Mit dieser Massnahme war der Junge jedoch nicht einverstanden, schnappte seinen Tretrroller und fuhr von der Weiler in Richtung Basler Strasse los. Da er äusserst zielstrebig handelte und offensichtlich seinen Nachhauseweg genau kannte, begleitete ihn ein Polizist zu Fuss, ein weiterer folgte im Streifenwagen. In der Hauptstrasse fiel der ungewöhnliche Konvoi einem Passanten auf, der den Jungen kannte. So lieferten die Beamten den Jungen seiner überglücklichen Mutter ab, die bereits fieberhaft nach ihm gesucht hatte.

Synagogenplanung

«Als Vertreter der politischen Gemeinde sind wir in der Verantwortung,

der Israelitischen Gemeinde für den Bau einer Synagoge in Lörrach einen Standort bereitzustellen», sagte Oberbürgermeisterin Gudrun Heute-Bluhm zu Beginn des Informationsabends in der Aula der Hebelschule. Die Planung sieht vor, auf dem Gelände der Hebelschule, also inmitten der Stadt, etwa 160 Quadratmeter vom Schulhof für die Synagoge abzutrennen. Damit sind die Eltern der Schüler allerdings nicht glücklich, ist der Schulhof doch ohnehin knapp bemessen. Mehr als 120 Eltern und Lehrer der Grundschule kamen deshalb, um über den aktuellen Sachstand Neues zu erfahren. Die Oberbürgermeisterin stellte gleich zu Beginn klar, dass noch keine Entscheidungen gefallen seien. Die Ratshauschefin gab aber unmissverständlich zu verstehen, dass sie den Standort bei der Hebelschule für geeignet halte. Entscheiden darüber, wo gebaut wird, müsse der Gemeinderat. Heute-Bluhm erinnerte zu Beginn an die Zerstörung der Synagoge am Marktplatz im Dritten Reich. Die Stadt sei gefordert, der Israelitischen Gemeinde einen Platz zur Verfügung zu stellen – nicht in Randlagen, sondern im Zentrum, das dadurch weiter belebt werde. Architekt Fritz Wilhelm warb dafür, dieses Gemeindezen-

trum nicht auf die «grüne Wiese» zu verlagern, sondern in der Stadtmitte zu bauen. Architekt Detlef Würkert, der von der Stadt beauftragt wurde, eine Planung für die Schulhofgestaltung zu entwerfen, stellte dar, dass sich der Pausenhof in den angrenzenden Park öffnen lasse und dass die Angelegenheit planerisch in den Griff zu bekommen sei.

Ohne deutschen Pass

Rund elf Prozent, 24'000 Einwohner oder ein Neuntel der Bevölkerung des Landkreises Lörrach, haben keinen deutschen Pass. Etwas mehr als die Hälfte davon arbeitet als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Einst als Arbeitskräfte auf Zeit angeworben, liessen viele ihre Familien folgen oder gründeten neue. Rund 200 Nationalitäten leben derzeit allein in Lörrach. In kaum einer anderen Stadt Deutschlands wurde aber je mehr Italienisch gesprochen. Knapp 2500 italienische Staatsangehörige waren Anfang des Jahres hier gemeldet, fast dreimal so viele wie Einwohner aus der Türkei und viermal mehr als aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawien. Anders als im Landesvergleich stellen aber auch im Arbeitsamtsbezirk Lörrach

Beschäftigte aus Italien mit 37,1 Prozent die weitaus grösste Gruppe.

Vor allem die Textilveredelungsfabrik «KBC» hat schon bald nach dem Ersten Weltkrieg mehrere hundert Familien von jenseits der Alpen nach Lörrach geholt. Italienische Spuren muss man denn auch nicht lange suchen. Kreiswirtschaftsförderin Andrea Lutz, deren Arbeitsplatz im einstigen Handdruckgebäude der «KBC» und heutigen Lörracher «Innoce» liegt, erinnert sich an italienisch geschriebene Beschilderungen. Vor dem Umbau waren hier noch an vielen Stellen zweisprachige Anweisungen zu finden. Als Standard galt weder Englisch, Französisch noch Türkisch, sondern Italienisch: «Non fumare – Rauchen verboten».

Bei den Branchen, so Hanspeter Acker von der Lörracher Agentur für Arbeit, steht das verarbeitende Gewerbe bei ausländischen Arbeitnehmern ganz oben. Das gilt trotz den Rückwärtsbewegungen in der Textilindustrie, die in ihren Hoch-Zeiten bis zu 20'000 Arbeitsplätze bot. Immer noch 36,5 Prozent der verbliebenen Stellen waren 2003 im Arbeitsamtsbezirk Lörrach in dieser Branche mit Zuwanderern besetzt. Mit weitem Abstand fol-

gen der Handel, das Bau- und schliesslich das Gastgewerbe.

Auch konjunkturelle Einflüsse lassen sich am Anteil der ausländischen Arbeitnehmer ablesen. So vergrösserte sich deren Gruppe beispielsweise zwischen 1970 und 1973 zwar um 2,1 Prozent kreisweit auf 9,6 Prozent, fiel im Zuge der ersten Ölkrise aber wieder ab. Hinzu kam der 1973 von der Regierung verfügte Anwerbestopp für die Gastarbeiter. Seit den frühen Neunzigerjahren blieben die Zahlen stabil. Ein Grund dafür sind die so genannten «Secondos» der zweiten Generation. Den Bezug zur Heimat der Vorfahren haben sie wie den Pass noch behalten, die neuen Wurzeln sind aber schon stärker. Zuwanderung von Arbeitsmigranten aus den klassischen Gastarbeiterländern in Südeuropa gibt es inzwischen aber kaum noch. Statt dessen prägen Verschiebungen von Ost nach West wie die Spätaussiedler oder Kriegs- und Hungerflüchtlinge das Bild der Einwanderung. Dass Deutschland ähnlich wie die Schweiz schon wegen der problematischen Bevölkerungspyramide eine Migration braucht, ist bei Fachleuten unumstritten.

Rainer Dobrunz